

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 einschließlich 20 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit Illustration 10 Pfg. Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Zeit-
 abonnements-Preis 1.10 Mk. pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 3 Pfennig, für das übrige Ausland
 5 Pfennig pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Inserate
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
 gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schul-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
 16 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ercheint täglich außer Montags.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 24. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Fall Peters.

Das Urteil gegen Bennigsen, dessen Wortlaut die „Kölnische Zeitung“ mitteilt, ist in einem Punkte überaus befremdend. Das Bennigsen verrutelt wurde, war vorauszusetzen. Er hatte behauptet, daß Peters zwar nicht an den Bischof Luder, aber an den Bischof Woodwood einen Brief geschrieben habe, in dem Peters zugestanden habe, daß er einen Neger und eine Negerin deshalb habe hängen lassen, weil das Mädchen, das seine Konkubine gewesen sei, mit dem Neger geschlechtlich verkehrt habe. Mit diesem Brief meinte Bennigsen den sogenannten Briefentwurf des Peters an den Bischof Smithies. In diesem Briefentwurf befand sich aber nur das Eingeständnis des Peters, daß Mabruk, der gehängte Neger, mit der Konkubine eines seiner Offiziere geschlechtlich verkehrt habe, es wurde jedoch bestritten, daß dieser Geschlechtsverkehr die Veranlassung zu der Hinrichtung des Mabruk gewesen sei. Aus diesem rein formalen und für die Beurteilung des Peters ganz nebensächlichen Grunde war eine Verurteilung zu erwarten.

Was aber das Urteil in eigenartigem Lichte erscheinen läßt und eine nochmalige Feststellung der Tatsachen notwendig macht, ist die Erklärung des Gerichts, daß bei der Hinrichtung Mabruks sexuelle Motive nicht hätten angenommen werden können. In dieser Beziehung versucht also das Kölner Gericht das Urteil des kaiserlichen Disziplinarhofes vom 15. November 1897 einer Revision zu unterziehen. Dieses Urteil erkannte nämlich, daß Peters den Mabruk aus sexuellen Motiven hängen lassen! Es heißt in dem Urteil: „Aus allen diesen Erwägungen rechtfertigt sich die Überzeugung des Disziplinarhofes, daß der Angeklagte die Todesstrafe gegen Mabruk nicht nur wegen des Einbruchs verhängt hat, sondern daß dabei auch der vermeintliche Eingriff Mabruks in die zwischen den Offizieren und den Weibern der Station unterhaltenen geschlechtlichen Beziehungen mitbestimmend gewesen ist. Zu dieser Überzeugung würde der Gerichtshof auf Grund der vorgelegten Beweise auch dann gelangt sein, wenn er von der Aussage des Zeugen Bronsart von Schellendorf, dessen Glaubwürdigkeit der Angeklagte anzusehen versucht, ganz abgesehen hätte.“

Unser Ansicht, daß das Urteil des Disziplinarhofes und nicht das Kölner Urteil die Tatsachen objektiv und zutreffend würdigt, gründet sich aber nicht auf die Abneigung gegen den Peters, sondern auf die Erwägung der vorliegenden Tatsachen!

Das Kölner Gericht glaubt schon deshalb der Beurteilung des Peters, daß für ihn geschlechtliche Motive nicht maßgebend gewesen seien, Glauben schenken zu dürfen, weil die Suria, d. h. die Spezialkonkubine des Peters, zur Zeit des Einbruchs des Mabruk in den Vorratsraum, in dem 3 Weiber schliefen, sich gar nicht in diesem Vorratsraum befand, sondern im Zimmer des Peters. Diese Tatsache beweist aber nicht das geringste. Denn es ist ja niemals behauptet worden, daß Peters den Mabruk wegen seines Geschlechtsverkehrs mit dieser seiner speziellen „Suria“ hängen lassen, sondern wegen seines Verkehrs mit den anderen Weibern. Schon die Disziplinar-Kammer und später der Disziplinarhof stellten ausdrücklich fest, daß sich die Suria des Peters in dem Zimmer des Peters befunden habe. So heißt es beispielsweise schon in dem Urteil der Disziplinar-Kammer vom 24. April 1897: „In der Nacht des erwähnten Einbruchs schliefen drei dieser Weiber in dem Vorratsraum, die Suria des Angeklagten in seinem Schlafzimmer.“ Diese Tatsache aber hinderte den Disziplinarhof nicht, gleichwohl sexuelle Motive als mitbestimmend anzunehmen!

Worauf gründete sich die Auffassung des Disziplinarhofes? In erster Linie auf das sogenannte Urteil des Peters, das folgendermaßen lautete:

„Unter dem heutigen wurde Mabruk wegen nächtlichen Einbruchs und großen Vertrauensbruchs, dessen Wiederholung das Leben von Weibern bedrohen würde, zum Tode durch den Strang verurteilt.“

Silimandscharo-Station, den 19. Oktober 1891.
Der kaiserliche Kommissar Karl Peters.“

Nun hat aber nach dem Urteil des Disziplinargerichts vom 24. April 1897 Peters bei seiner Vernehmung am 26. August 1896 selbst zugegeben, daß er einen besonderen Vertrauensbruch darin erblickt habe, daß Mabruk sich mit einem Weibe eingelassen habe. Und am 9. Juni 1892 erstattete Peters dem Gouverneur Freiherrn v. Soden einen amtlichen Bericht, in dem es wörtlich hieß: „Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß der Delinquent denselben ausgeführt hat, um zu einer der Dienerrinnen zu gelangen, aber nicht zu einer in meinem . . . sondern zu einer im Dienste des Freiherrn v. Bachmann stehenden. Jedes ist dieses Urteil nicht dieserhalb so streng ausgefallen, sondern die Art des Einbruchs war so dreist. . . daß ich . . . in Uebereinstimmung mit den übrigen Weibern das Todesurteil aussprach.“

Hier gab also Peters zu, daß der Mabruk deshalb eingedrungen sei, um mit einer der Dienerrinnen geschlechtlich zu verkehren. Und diese Art des Einbruchs war so „dreist“, daß er das Todesurteil aussprach. Für jeden vernünftigen Menschen hängt aber der Charakter eines Einbruchs dessen Zweck ab.

Die „Dreistigkeit“ des Einbruchs konnte also nur in der Absicht des Geschlechtsverkehrs bestehen und deshalb also, so sagt die Logik, wenn es auch Peters leugnet, wurde Mabruk mit dem Tode bestraft!

Aber Peters hat ja auch selbst nach dem Urteil der Disziplinar-Kammer am 26. August 1896 zu Protokoll erklärt, er gäbe zu,

„daß der Umstand, daß sich Mabruk mit dem Weibe eingelassen habe, bei der Beurteilung erschwerend ins Gewicht gefallen sei, weil er darin einen besonderen Vertrauensbruch erblickte.“

Aber selbst, wenn sich Peters nicht selbst belastet hätte, so lagen noch andere erdrückende Beweise vor.

Dem Maler Kuhnert gegenüber äußerte sich nach dem Urteil des Disziplinarhofes der Peters in dem Sinne, daß eine solche Frechheit, das Weib des Banankupa (des Herrschers) zu benutzen, Todesstrafe verdiene! Ein eingeborener Häuptling hätte dafür ebenfalls die Todesstrafe eintreten lassen! Und das Gericht stellt ausdrücklich fest, daß die Glaubwürdigkeit Kuhnerts von dem Peters nicht bezweifelt worden sei. Auch Bronsart v. Schellendorf befandete genau dasselbe. Weiter hieß es in dem Urteil des Disziplinarhofes:

„Erwägt man, daß durch die Befundungen Bronsarts und Kuhnerts bereits erwiesen ist, wie gerade die geschlechtlichen Beziehungen Mabruks zu den Stationsweibern dem Angeklagten den Einbruch als todeswürdiges Verbrechen erscheinen ließen, so ist es unbedenklich, auch den dahingehenden Aussagen der von Raffel als glaubwürdig bezeichneten Neger Wsigudesa, Schauri und Hassani eine gewisse Bedeutung beizulegen. Alle drei haben nun bezeugt, daß der Angeklagte ihnen gegenüber das Todesurteil gegen Mabruk auf dessen Beziehung zu den Weibern der Station zurückgeführt habe. Wsigudesa sagt, er habe den Angeklagten gefragt, weshalb er seinen — des Zeugen — Bruder gebunden habe, und die Antwort erhalten, Mabruk habe ihm Zigaretten gestohlen und mit seiner Wibi zusammengehunden. Schauri bezeugt, der Angeklagte habe erklärt, Mabruk habe ihm Zigaretten gestohlen und werde auch mit seinen Wibis geschlafen haben, er werde diese befragen und, wenn sie es bejahten, den Mabruk töten; nach dem Verhöre der Mädchen habe der Angeklagte geäußert, er werde nun den Mabruk töten, denn er sei bei seinen Wibis (Weibern) gewesen. Hassani hat die letzte Aeußerung ebenfalls bestätigt.“

Außerdem aber erzählte Peters selbst am 6. Februar 1892 dem Dr. Mittelstedt, daß er am Silimandscharo einen Diener gehängt habe, weil er das Mädchen eines seiner Offiziere mißbraucht habe. Ähnliche Auslassungen hatte Peters gegenüber dem Ingenieur Hermes und dem Konsul Dr. Baumann getan!

Und trotz alledem erklärte das Gericht in Köln:

„Den von dem Angeklagten zu führenden Beweis, daß sexuelle Motive bei der Fällung des Todesurteils ausschlaggebend oder mitbestimmend gewesen sind, erachtete das Gericht um so weniger als geführt, als der Kläger überall da (??), wo er sich gelegentlich über diesen Punkt geäußert hat, sowie in seinem Briefe an den Bischof Smithies vom 3. April 1892, solche Motive mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen hat.“

Die Erzählungen gegenüber dem Mittelstedt, Baumann, Hermes erklärt das Gericht einfach mit dem Satz d. s. Peters zum Dramatisieren!

Also wo Peters leugnet, mißt ihm das Gericht Glaubwürdigkeit bei, wo er sich aber selbst belastet, hat er übertrieben. Und das, trotzdem auch gegen Peters sprechende amtliche Berichte an seinen Vorgesetzten v. Soden, trotzdem auch amtliche Protokolle über Aussagen in den früheren Prozessen vorliegen! Dieser Glaube an des Peters allerdings nur zeitweilige Glaubwürdigkeit erscheint um so seltsamer, als doch festgestellt ist, daß Peters amtlich an Herrn v. Soden die Unwahrheit geschrieben hat! Psychologisch richtiger nicht nur, sondern auch den festgestellten Tatsachen viel entsprechender erscheint uns die Ansicht des Disziplinarhofes über Peters Reimwuschungsversuche:

„Diese Behauptungen des Angeklagten verdienen keinen Glauben, weil sie mit seinen eigenen Aeußerungen zu dritten und seinem ganzen Verhalten bei und nach der Beurteilung Mabruks im Widerspruch stehen.“

Eine Würdigung aller Umstände führt vielmehr zu der Überzeugung, daß bei der Verhängung der Todesstrafe gegen Mabruk für den Angeklagten der Verdacht mitbestimmend gewesen ist, Mabruk habe eines seiner Weiber benutzt.“

Und die Auffassung des Kölner Gerichts erscheint noch befremdender, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Ungeheuerlichkeiten gerade der Kölner Prozeß nach ans Tageslicht gefördert hat! Ja, nach den Bestialitäten gegenüber absolut unschuldigen Rettungsfangenen, nach dem Wort: „Wollen Sie nicht noch einen Schwarzschützen“, nach dem „Goch auf dem seligen Mabruk“ usw. erscheint ein Eifersuchtsmord beinahe noch als harmlos!

Aber gerade weil Peters und seine mächtigen Freunde sich stets hinter nebensächlichen Dingen zu vertrieben suchen, ist es doppelt geboten, der Auffassung des Kölner Gerichts gegenüber die aus den Tatsachen sich zwingend ergebende Folgerung zu ziehen. Und diese Folgerung ist:

Das Urteil des Disziplinarhofes kann durch das Erkenntnis des Kölner Gerichts nicht im mindesten erschüttert werden!

Eia-Popeia.

Was man auch dem „Vorwärts“ nachsagen mag: daß wir man ihm jedenfalls nicht vorwerfen können, daß er den Hellemut des Freisinn, seine politische Ueberzeugungstreue und Konsequenz jemals überschätzt hätte. Aber wir wissen denn doch gestehen: ein so klägliches Eiapopeia, wie es am Mittwoch von den freisinnigen Rednern ohne Unterschied der Fraktion angesetzt wurde, hätten wir nicht für möglich gehalten! Daß die Kopsch, Biemer, Fischel und ihresgleichen nicht den Mut finden würden, ein kräftiges Wort gegenüber dem ungeheuerlichen Straßenterrorismus der Machthaber zu riskieren, stand ja für uns fest. Daß aber auch innerhalb der freisinnigen Vereinigung und der Süddeutschen Volkspartei jeder Rest von bürgerlichem Gewissen so sehr verschwunden ist, daß die Herren Schrader und Bayer kein Wort des Protestes gegen die Niederfäbelung friedlicher Straßendemonstrationen finden, ja, daß sie sich auf die Seite der Kretsch und Konjorten stellen würden, hätten wir denn doch nicht erwartet! So viel wir auch vom Freisinn getobt sind, ein solches Maß liberaler Selbsterkennung hätten wir der freisinnigen Vereinigung und der Süddeutschen Volkspartei nicht zugetraut.

Wenn die „Voss. Zig.“ den „Kampf“ für das Wahlrecht ankündigt — den „Kampf“, der bis jetzt nur in den würdelosesten Handlungsdiensten für die Reaktion, für das Sichduden unter die Peitsche der den Kanzler kommandierenden Agrarier bestanden hat — so ist das eine lächerliche Komödie, von deren Abgeschwächtheit auch die Herren Schrader und Bayer überzeugt sein dürften. Die Mehrheit des Freisinn hat bis jetzt nicht den mindesten Kampf geführt und wird auch keinen Kampf führen, wenigstens keinen Kampf für das Wahlrecht. Denn daß sie sich ernst rühren wird, um durch Täuschung der Wähler bei den Landtagswahlen möglichst gut abzuschneiden, ist ja eine ganz andere Sache. Den Kampf für das Wahlrecht hat die Sozialdemokratie geführt! Seit Jahren! Durch gewaltige Versammlungsdemonstrationen im ganzen Lande, durch Verbreitung von Massenflugblättern über das ganze Land, im Parlament, in der Presse, kurz: durch alle Mittel, die denkbar waren. Und was hat dieser Kampf genützt? Wilhoms Rede am 9. Januar hat es ja bewiesen. War es da nicht selbstverständlich, notwendig, ein konsequentes Ergebnis der politischen Lage, daß die Sozialdemokratie zum Mittel der Straßendemonstration griff? Und da trägt es kein einziger Freisinniger, diese Straßendemonstration zu verteidigen? Da mag es kein einziger Freisinniger, die ungeheuerlichen Attoden auf friedliche Demonstrationen mit gebührender Schärfe zu tabeln? Wie gesagt: Eine solche Entwürdigung des ganzen Freisinn hätten wir doch nicht für möglich gehalten.

Einsig Herr v. Gerlach schrieb kürzlich in seiner „Heftischen Landeszeitung“:

„Das Volk ging auf die Straße, um schweigend durch sein bloßes Erscheinen zu protestieren gegen die Mißhandlung durch die Regierung. Die Polizei wurde losgelassen auf die, wenn auch empörte, so doch friedliche Menge. Blut wurde vergossen. Und da fehlten sich die freisinnigen Zeitungsverleger zu Duzenden hin und entrüsteten sich über die Demonstrationen. Ja, zum Teufel, soll unser Volk sich denn in Hundedemut alles gefallen lassen? Gott sei Dank, daß nicht kaltes Fischblut durch seine Adern kriescht, daß Millionen von Männern und Frauen die Herzen beben und die Schläfen hämmern, wenn man die Rechte des Volkes mit Füßen tritt. Verzweifeln mühte man an unseren Arbeitern, wenn sie ruhig in ihren Wohnungen geblieben oder zum gemütlichen Schoppen gegangen wären, nachdem ihnen Wilhoms den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Dann könnten die Reaktionsäre mit Recht höhnen, daß das Volk ja augenscheinlich selber am Wahlrecht gar nicht interessiert sei.“

Die „Freisinnige Zeitung“ freilich entrüstet sich darüber, daß so etwas ein Mann, der einmal Reichstagspräsident der freisinnigen Vereinigung war, schreiben könne. Da wollen wir der „Freisinnigen Zeitung“ verraten, was seinerzeit ein Parlamentarier, der noch heute Gastpant der freisinnigen Vereinigung ist, über die Hamburger Demonstration geschrieben hat, über eine Demonstration, bei der es tatsächlich zu Ausschreitungen eines Janhagens gekommen ist. Der betreffende Parlamentarier sprach damals:

„Die Hamburger Arbeiterschaft hat mit dem Verbrecher gefinde in der Niederen Straßengegend so wenig etwas gemein, wie die Väter des unheilvollen Gesehntwurfes. Wenn man schon einmal von Schuld reden will, so könnte man mit größerem Rechte argumentieren: Ihr, die ihr die Wahlrechtsvorlage eingebracht, die ihr dadurch Erbitterung und Unfrieden hervorgerufen, ihr, die ihr pochend auf eure gegenwärtige Macht, versucht, die Verfassung zu ändern, ihr seid die wahren Schuldigen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. . . . Nun hat der Hamburger Arbeiter würdig und friedlich demonstriert. Hätte er es nicht getan, er wäre wert, seine Rechte zu verlieren! Recht euch! Der Arbeiter ist kein Spielzeug.“

Was den Hamburger Arbeitern recht ist, sollte doch wohl den preußischen Arbeitern gegenüber dem 60jährigen schwachen Unrecht der Dreiklassenwahl billig sein!

Und wer hat das geschrieben? Nicht etwa Herr v. Gerlach, oder Herr Dr. Barth, sondern Herr Dr. Siegfried Heßler, der „Blodjüngling“! Heute freilich würde Herr Dr. Heßler etwas Derartiges nicht mehr schreiben. Mit seinem Freisinn ist es ebenso rapid zu Ende gegangen, wie mit dem Freisinn des Freisinn überhaupt! —

Im badischen Landtag

Iam ed am Mittwoch zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Zentrumsführer Dr. Jehnter und dem Staatsminister v. Dusch, dem Präsidenten des derzeitigen Ministeriums. Der ganze Groß des Zentrums über seinen Mißerfolg bei den Landtagswahlen im Oktober 1905 entlud sich bei diesem Anlaß über dem Haupte des Mannes, dem die Schwarzgen die Begünstigung jener Großblockallii unterzogen, die sie um den Preis ihrer langjährigen politischen Propaganda brachte: zunächst über dem verflochtenen Polizeiminister Schenkels, und dann über Herrn v. Bodman, dem Nachfolger Schenkels, der bei den jüngsten Kammerpräsidentenwahlen den — allerdings mißlungenen — Versuch gemacht hatte, die Konservativen für den liberalen Vorschlag zu gewinnen und dadurch zu verhindern, daß — erstmals seit dem Bestehen des badischen Parlamentes — ein Zentrumsmann Präsident der Zweiten badischen Kammer wird. Dem Herrn v. Dusch hat die Duldung des Großblocks ein für allemal das Zentrum zum Feind gemacht, und wenn die Schwarzgen einmal Wache geschworen haben, dem verzeihen sie schuldungslos nicht nimmermehr. Das hätte sich auch der Herr Staatsminister sagen und es deshalb vorziehen sollen, den Kaden gegenüber den Herrlichen Angriffen keif zu halten, anstatt mit allerhand verbindlichen Versicherungen sozusagen um die Verzeihung des Zentrums zu bitten. Denn etwas anderes ist es nicht, wenn er ihnen am Mittwoch klar zu machen suchte, über einen Minister falle man nicht sofort „nach einem einzelnen Vorgang“ ein Urteil, sondern „warte erst seine Taten ab.“ Damit doch wohl schon gesagt sein sollte, daß Herr v. Dusch und sein Ministerium sich künftighin bemühen werden, den Wünschen des Zentrums nicht allzu energisch entgegenzutreten. Von wenig Zuversicht dem schwarzen Ansturm gegenüber zeugte auch die Schlusswendung in v. Duschs Rede: „Ich hänge nicht an meinem Amt, ich werde aber so lange im Dienste bleiben, als ich das Vertrauen des Landesherren besitze.“

Von Interesse für weitere Kreise ist die weitere Aeußerung des Staatsministers, der von der Regierung vor den Hottentottenblockwahlen des Januar 1907 herausgegebene Erlaß an die Beamten zum Eintreten für die Blockandidaten sei eine „nationale Pflicht“ gewesen, die um so gebotener erschien, als das Zentrum in jener Frage „selbstthätige Politik“ getrieben habe. Die schwarze Seite der Kammer reagierte auf diesen Angriff des Staatsministers mit dem entrüsteten Zwischenruf: „Sind wir denn nicht auch national?“ indes die „waterlandslosen Gesellen“ auf der äußersten Linken diesem bürgerlichen Streich um die Palme des Patriotismus schmunzelnd zuhörten.

Wenig Freude dürften an der Rede des Zentrumsführers Dr. Jehnter die Linken, Freisinn und Demokratie, erlebt haben, von denen jener mit einem Seitenblick nach der gegenwärtigen Situation auf dem preussischen Wahlrechtskampfe behauptete, sie hätten sich zu Heloten der Blockrechten herabwürdigen lassen, die ihre Grundzüge mehr oder weniger deckungelten. Den Bestrebungen einzelner liberaler Führer, in Baden vom Großblock loszukommen und eine ähnliche Parteigruppierung bei den nächsten Landtagswahlen herbeizuführen, wie sie bei den letzten Wahlen zum Reichstag vorhanden war, spricht der Zentrumstreiter jeden Erfolg ab: bei den Wahlen im Spätjahr 1900 würden ihre Beauftragten voraussichtlich ebensogut den Weg zum sozialistischen Wahlkomitee finden, wie es im Oktober 1905 der Fall war. Darüber, ob sie dort auch wieder dieselbe Aufnahme finden werden wie vor zwei Jahren, hat sich Herr Jehnter offenbar keine Gedanken gemacht. Und doch liegt der Gedanke im gegenwärtigen Moment sehr nahe.

Der Ueberfall auf das Metallarbeiter-Haus.

Ueber den Vorfall in der Charitèstraße geht uns folgende genaue Darstellung zu:

Am 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, stürzten sich in das Haus des Metallarbeiterverbandes, Charitèstr. 3, plötzlich etwa 6 erwachsene Personen und 8 Kinder. Als dies der Portier des Hauses, Bachmicht, sah, schloß er den Torweg. Darauf kommandierte der auf der Straße anwesende berrliche Polizeioffizier: „Zwei Mann abgehasst, die Halunken müssen alle raus!“ Der Torweg wurde gewaltsam geöffnet, der Polizeioffizier drang ein und mit ihm eine Anzahl Schuppleute, von denen 6 mit gezogenem Säbel die zu den Bureau führenden Treppen hinaufkletterten. Einer der Beamten stellte sich vor den rechten Eingang, der zu den Privatwohnungen führt. Auf der hier befindlichen Treppe befand sich das Kind des Portiers Bachmicht, Frau Bachmicht, die um ihr Kind Angst hatte, machte den Beamten darauf aufmerksam, daß niemand oben sei, wurde jedoch mit den Worten angeherrscht: „Machen Sie, daß Sie wegkommen, dämliches Weib!“

Zwei Beamte postierten sich vor die Eingangstür des Hauses. Sie verhielten sich harmlos aus dem Hause kommenden nichts ahnenden Mannen ohne jede Veranlassung einen Schlag mit flacher Klinge über den Rücken. Der Vertreter der Eigentümerin des Hauses, der Firma Schlick u. Co. in Stuttgart, Behold, der den Säem in seinem Bureau hörte und, um nach Ordnung zu sehen, auf den Hof hinausgehen wollte, wurde angefahren und nicht herabgelassen. Als die Schuppleute eindringen, stürzten zwei von den erschrocken Kindern über die Mauer, das dritte suchte Schutz hinter dem Müllhaufen, von wo es von einem Schuhmann mit dem Säbel hervorgeholt wurde.

Im dritten Stock stiegen die eingebrungenen Beamten auf den Metallarbeiter Tomaszek. Dieser war nach langer Abwesenheit von Berlin toben aus Posen zurückgekehrt. Er hatte keinerlei Ahnung von den Versammlungen und Demonstrationen. Er kam etwa um 1/4 Uhr zum Verband, um sich zurückzumelden und warde mit einer Anzahl Frauen vor den noch verlassenen Bureauräumen auf deren Eröffnung. Als die Polizeibeamten den ahnungslosen Tomaszek sahen, packte ihn ein Polizeibeamter an der Brust und forderte ihn auf, hinunter zu gehen. Tomaszek erwiderte: „Ich will hier hineingehen“, worauf der Beamte ihn zweimal mit der flachen Klinge über die Schulter schlug. Zugleich wurde Tomaszek in die zweite Etage hinuntergeführt. Durch den Säem aufgeschreckt, öffnete der in den Verbandräumen beschäftigte Gewerkschaftsbeamte Blumenthal die Tür und sah, wie Tomaszek gemißhandelt wurde. Er erklärte den Beamten: „Es ist unerhört, was Sie sich hier erlauben; wie kommen Sie dazu, unser Mitglied zu schlagen?“ Blumenthal ging darauf zur zweiten Etage hinunter und sagte voller Erregung zu dem dort stehenden Polizeibeamten: „Das ist doch unerhört von den Beamten, auf einen Bescholtenen so einzuschlagen!“ Auf die Aufforderung, sich zu entfernen, erwiderte Blumenthal, daß er hier angeht sei. Darauf sah der Hauptmann Blumenthal am Kragen, rief ihm Ladeit und Wache auf, ordnete seine Verhaftung an und schlug ihn mit dem Säbel über Kreuz. Ebenso schlug eine Anzahl hinzukommender Schuppleute mit dem Säbel auf Blumenthal ein. Blumenthal wurde nunmehr zur Wache transportiert, wo er bis gegen 8 Uhr abends bleiben mußte.

Ein besonderer Glücksfall war es, daß der die Kranken-Unterstützungen ausübende Gewerkschaftsbeamte einige Minuten vor 4 Uhr, der offiziellen Öffnungszeit der Krankenkasse, auf dem Bureau erschienen war, so daß die Kranken um 4 Uhr, als die Polizei eindrang, sich nicht mehr auf der Treppe

befanden. Diese, etwa 60—80 an der Zahl, gerieten schon durch das blähe Hören des Säems auf der Treppe in höchste Erregung und stiehn den Gewerkschaftsbeamten um Schutz an. Eine der Frauen wurde ohnmächtig.

Von der Leitung des Metallarbeiterverbandes wird gegen die schuldigen Beamten Strafanzeige erstattet werden, der sich der gerade in Berlin anwesende Miteigentümer des Hauses, Werner aus Stuttgart, anschließen wird.

Nicht nur die ordnungsliebende, nur auf Abwehr der „Angriffe“ bedachte Berliner Polizei, von der die verlogene „anständige“ Presse fafelt, sondern die ganze preussische Kulturherrlichkeit erscheint hier in einem höchst glänzenden Licht. In einem der westeuropäischen Kulturstaaten wäre eine derartige Polizeileistung nicht möglich, ohne daß die beteiligten Beamten schwere Strafe träge: im preussischen Polizeistaat wird wahrscheinlich die Strafanzeige ohne jeden Erfolg bleiben, vielleicht sogar noch der Polizei mit schönen Redewendungen bestätigt werden, daß sie nach preussischen Kulturbegriffen völlig korrekt gehandelt hat. Preußen marschirt eben in der Welt voran — zwar nicht in bezug auf die Lösung kultureller Staatsaufgaben, aber doch hinsichtlich der Qualität seines Polizeiregiments.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Januar 1908

Schenk, Majestätsbeleidigungs- und Tierhalter-Gesetze.
Aus dem Reichstag. Nach kurzer Debatte wurde das Schenkgesetz unabgeändert auch in zweiter Lesung erledigt.

Kaum mehr Zeit nahm die dritte Lesung des Majestätsbeleidigungsgesetzes in Anspruch. Der freisinnige Abgeordnete Gylling-Königsberg fühlte sich gedrungen, auf den Königsberger Prozeß zurückzukommen, indem er alle Vorwürfe wiederholte, die von Herrn Dfann in der ersten Lesung gegen die „Königsberger Volksztg.“ geschleudert worden waren. Er behauptete, daß in weitesten Kreisen des Volkes tiefe Empörung über den Denkmalsartikel empfunden wurde. Deshalb aber die Volksseele gerade in Herrn Gylling aufsuchte, erfuhr man durch sein Eingeständnis, daß er selbst dem Denkmalskomitee angehörte. Er hielt es indessen für nötig, ausdrücklich hinzuzufügen, daß er den Strafantrag nicht mit unterschrieben habe. Sonst suchte er noch die Königsberger „Hartungische Zeitung“ gegen den Vorwurf der Demagogie zu verteidigen, den Genosse Heine gegen dieses „freisinnige“ Blatt erhoben hatte. Herr Gylling versicherte mit warmer Nührung, daß der Staatsanwalt die „Hartungische“ gar nicht lese und deshalb zweifellos ganz aus eigener Initiative vorgegangen sei.

Genosse Frank verwies demgegenüber auf die auffällige Tatsache, daß der Staatsanwalt erst acht Tage nach Erscheinen des Denkmalsartikels an die Komiteemitglieder das freundliche Ersuchen richtete, sie möchten doch Strafantrag stellen! Was aber die lockende Volksseele anbetrißt, so gab er seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß weit mehr Menschen über das Urteil empört gewesen seien als über den Artikel.

Weitere Redner ergriffen nicht das Wort, und so wurde denn das Majestätsbeleidigungsgesetz in der Kommissionsfassung endgültig angenommen.

Die Abänderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wodurch die Haftpflicht der Tierhalter eingeschränkt werden soll, führte in zweiter Lesung zu einer eingehenden Debatte. Genosse Stadthagen wies eingehend nach, wie einschneidend die geplante Aenderung zugunsten der Geschädigten selbst und gegen ihre Binden und Waisen wirken müsse. Zur Illustration der agrarischen Skrupellosigkeit in der Ausnutzung ihrer Machtstellung berief er sich darauf, daß die Konservativen den Hasenschaden auf die kleinen Bauern abzuwälzen verstanden haben. Schon dies Beispiel zeige, wie windig die Behauptung der Agrarier sei, daß sie die Interessen des Mittelstandes im Auge hätten.

Der konservative Abg. v. Treuenfels erklerte darauf die Tribüne, um gegen Ausführungen Rolkenbührs in der ersten Lesung mit dem schweren Geschick medienburgischer Rhetorik zu Felde zu ziehen. Er bezeichnete es als Verleumdung, wenn sie Sozialdemokraten den Agrariern vorwerfen, daß sie den Armen das Brot verteuern wollten. Herr K a e m p f sah sich genötigt, wegen dieses Ausfalles seinem Biogegenossen einen Ordnungsruf zu erteilen. Dann aber zeigte Herr v. Treuenfels erst die stärkste seiner Künste: Nicht die Agrarier, sondern die Sozialdemokraten wollen den Armen das Brot nehmen. Zum Beweise dafür verlas er aus einem Bande von Reichstagsverhandlungen Beispiele von angeblichem — Gewerkschaftsterrorismus. Bei seinen Blockfreunden löste diese Leistung im Höhmestil wachsendes Unbehagen, bei den Sozialdemokraten wachsende Heiterkeit aus.

Genosse Stolle tat den abgedroschenen Treuenfels-Streif kurzer Hand ab, um dann noch durch den Hinweis auf die Automobilschäden zu beweisen, daß die Regierung sowohl wie die Agrarier da einen ganz anderen Maßstab anlegen als bei den weit zahlreicheren Tierchäden.

Schon die Rede Stadthagens hatte bei verschiedenen bürgerlichen Parteien die Ueberzeugung geweckt, daß es ratsam sei, auf eine Kommissionsberatung einzugehen, was sie bei der ersten Lesung abgelehnt hatten. Ein daraufhin von uns abermals eingebrachter Antrag: den Gesetzentwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen, wurde denn auch angenommen.

Aus dem Junkerparlament.

Das Dreiklassenhaus unterhielt sich am Donnerstag zunächst über die Frage des Wanddiskonts. Anlaß dazu gab eine Interpellation des Scharfmachers Kreth. Die Begründungsrede, die der besagte Herr seiner Interpellation mit auf den Weg gab war so langweilig und nichts sagend wie möglich. Augenscheinlich fühlte sich Herr Kreth nur dann in seinem Element, wenn er unter junkerlichem Weisheitsgebrüll für die heilige Luise schwärmte und Buchstabenstrafen über politische Gegner herabrufen kann. Dazu hat aber der Wanddiskont keine Gelegenheit. Nichts sagend und inhaltslos war auch die Erwiderung Rheinbogens. Für das Geistesniveau des Dreiklassenhauses ist es bezeichnend, daß die tiefsinnige Aeußerung von Riquels sel. Erben: „Jeder trägt noch viel zu viel Vergelt mit sich herum“ ein anhaltendes Geviereherte. — Rede, langweilig und nichtig war schließlich die Diskussion. Der Nationalliberale Frieberg schien eine, wenn auch nur leichte, bimetalistische Anwandlung zu haben. Bei den Blinden ist bekanntlich der Einäugige König, und so erschien in dieser Umgebung die dürftige Gemeinplagebe des freisinnigen Volksparteilers Träger als gediegene vellewirtschastliche Abhandlung. Der ganze Zweck der Interpellation ist augenscheinlich der, in irgendeiner Form wieder eine agrarische Liebesgabe zu ergattern.

Vorläufig scheint die Regierung allerdings noch etwas harthörig zu sein.

Nach der Gepflogenheit des Junkerhauses wurde rasch Schluß gemacht, worauf man sich der Beratung einer anderen Interpellation zuwandte. Diese betrifft den Unfug der Automobilisten. Die verschiedenen Redner brachten beredigte Klagen vor. Es ist aber bezeichnend für die fröhliche Unerschrockenheit der Junkerherren, daß sie in demselben Augenblick im Landtage über die Automobilisten zetern, wo sie im Reichstage ein Ausnahmegericht zugunsten der Pferdebesitzer durchzubrüden sich nicht schämen! Die Debatte wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Darüber erbot sich nicht mit Unrecht der frühere Müller-Sagan, jetzige Müller-Berlin. Seine Nichtbeförderung gab ihm sogar den Mut zu einer Anspielung, die, wenn sie von den Sozialdemokraten ausginge, sicher als „böswillig“ bezeichnet werden würde.

Am Freitag wird das Haus sich wieder in seinem ureigensten Elemente befinden: Der Etat der Gutsverwaltung steht auf der Tagesordnung.

Gruf englischer Sozialisten an die preussischen Wahlrechtskämpfer.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Englands (Sozialdemokratische Föderation) hat folgende Resolution beschlossen:

Die Sozialdemokratische Partei Großbritanniens sendet der Sozialdemokratie Berlins ihre brüderlichen Grüße, bekundet ihre herzlichste Sympathie mit ihrem Kampf um das gleiche Wahlrecht zum preussischen Landtag und hofft zuversichtlich, daß die Aktion der Berliner Arbeiter gegen die despotische Haltung Bülows und der Regierung und ihre militärische Polizei Erfolg haben und die ausbeutenden Klassen zwingen wird, die friedliche und konstitutionelle politische Reform zu bewilligen, die unsere preussischen Genossen fordern.

Polizeiaufgebote für den Reichstag.

Auch gestern war der Reichstag von mehreren starken Ketten Polizeitruppen umgeben! Fürchtete man einen Sturm auf das zur Beratung gelangte Schenkgesetz? Oder welchen Zweck sollte denn das Aufgebot haben? Der Polizeileiter ging soweit, daß auch Abgeordneten der Zutritt zum Reichstag erschwert wurde. So wurde der Abgeordnete Wäckermeister Niesberg (Mittelstandsbereitigung) nicht unbehindert durch die Schuppleute durchgelassen. Der harmlos und recht unschuldig dreinschauende Votum vor darüber entsetzt, daß man einen Herrn unbeanstandet durchgehen ließ, der nicht Abgeordneter war, aber eine etwas teurere Kleidung als der Banglebener Abgeordnete trug. Die seine Kleidung allein schützte aber auch nicht vor der polizeilichen Vermutung, daß der Passant ein Attentat auf den Reichstag vorhatte. So soll vorgestern auch der Minister von Rheinbaben nicht ohne weiteres die Schuppleute haben passieren können. Wöllig anstandslos kamen nur die sozialdemokratischen Abgeordneten durch. Ein Zuschauer wollte sogar eine besonders stramm-höfliche Haltung der Schuppleute beim Nähen eines Sozialdemokraten wahrgenommen haben. Er irzte sich wohl: die freundliche Haltung war auf die Freude zurückzuführen, endlich mal bekannte Gesichter zu erblicken. Wie lange soll eigentlich diese Bemierung des Reichstages noch dauern? Und welcher Zweck liegt in der Aufstellung der Polizeitruppe um den Reichstag? —

Postizisten als Bauarbeiter.

Ein höchst seltsames Vorkommnis wird uns gemeldet. Am 21. Januar, am Tage der Polizeiattaken auf die Arbeitslosen, wurde um 12 Uhr mittags in dem bekannten Geschäft von Rudolph Herzog angefragt, ob in dessen Räumlichkeiten 40—50 Schuppleute untergebracht werden könnten. Die Antwort war bejahend. Darauf erschienen gegen 2 Uhr die Schuppleute, bei denen sich auch eine Anzahl von Leuten befand, die infolge ihrer Kleidung — weiße Hosen, Arbeitsjacke, Mütze, Galschürer — den Eindruck von Bauarbeitern machten. Diese „Bauarbeiter“, die man aber für maskierte Schuppleute hielt, verließen später wieder das Geschäft.

Nach dem, was Genosse Fischer im Reichstage über das Treiben von Kriminalbeamten im Zuge der Demonstrationen berichtet konnte, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß diese „Bauarbeiter“ dazu bestimmt waren, als, sagen wir einmal Statisten bei den erwarteten Demonstrationen am 21. Januar mitzuwirken!

Vielleicht gibt die Polizeibehörde bekannt, was diese „Bauarbeiter“ nach dem Verlassen des Herzogischen Hauses getrieben haben! —

Das Reichstagsvotum.

Wenn auch die schlechte Geschäftsordnung des Reichstages gestern eine Abstimmung unmöglich gemacht hat, so hat doch die Debatte über die sozialdemokratische Interpellation gezeigt, daß die Majorität des Reichstages für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eintritt. Die Erklärung des Grafen Hompesch war sicherlich etwas kühl, aber sie war doch deutlich. Ebenso haben die Freisinnigen die Einführung des Reichstagswahlrechts verlangt und haben die jämmerliche Ausflucht der „Voll. Ztg.“, die noch vor der Erklärung Bülows den dummen Kompetenzeinwand der Unzuständigkeit des Reichstages vortreibt, sich nicht angeeignet. Damit steht aber die Majorität des deutschen Reichstages, die Majorität des deutschen Volkes hinter der Forderung der Rechtlosen in Preußen. In der wichtigsten politischen Frage ist also Fürst Bülow im Reichstag in der Minorität.

Wir wollen sicher die Bedeutung dieser Abstimmung nicht überschätzen. Gerade das Verhalten des Freisinn und besonders der freisinnigen Volkspartei zeigt, daß auch die wahlrechtsfreundlichen bürgerlichen Parteien ihre eigene Forderung vorläufig nur sehr platonisch vertreten. Trotzdem ist die Bedeutung der gestrigen Verhandlungen nicht gering. Zeigt sie doch deutlich, wie isoliert die Privilegierten, die unumschränkten Welterbhaber des preussischen Landtags in Wirklichkeit sind. Kann es eine aufreizendere Tatsache geben, als daß in Preußen unabänderlich das Recht bleiben soll, was im deutschen Reichstag von der großen Majorität als schreiendes Unrecht signalisiert wird? Zeigt aber nicht zugleich gerade wieder die Tatsache, daß die Meinung der Vertretung des deutschen Volkes von den Reichshäbern Preußens höhnischend beiseite geschoben wird, die Notwendigkeit der Erringung des gleichen Wahlrechts in Preußen mit größter Deutlichkeit? Der deutsche Reichstag bleibt solange ohnmächtig, der Wille des gleichen Wahlrechts solange bedeutungslos, als in Preußen der Landtag des Dreiklassenwahlrechts regiert. In seinem Ausmaß, an der preussischen Regierung, die den Bundesrat beherrscht, brechen sich alle Forderungen des Reichstages. Erst wenn der Reichstag die Kraft und den Mut findet, das, was er als richtig erkannt hat, auch durchzusetzen, wenn er mit dem Volke, das ihn gewählt hat, für das Recht des Volkes in allen

Einzelkosten unerschütterlich einsteht, erst dann kann er selbst zu einem starken und einflussreichen Parlament werden. Bis dahin ist er in allen Fragen freibewilliger Entwicklung ein löstiger und unbeachteter Kollege des preussischen Abgeordnetenhauses.

Die Wahlrechtsfrage in Braunschweig.

Vernünftiger als in Preußen denkt die Mehrheit des Landtages im Herzogtum Braunschweig über die Forderung einer Wahlreform. Vom Donnerstag wird aus Braunschweig berichtet:

In der heutigen Sitzung der braunschweigischen Landesversammlung wurde ein Antrag des Landesverbandes der sozialdemokratischen Partei auf Veränderung des Landtagswahlrechts verlesen, ebenso ein Antrag des Abgeordneten Kommerzienrats Hauswaldt und Genossen, der sehr zahlreiche Unterschriften trägt, und der den gleichen Gegenstand betrifft. Die Landesversammlung beschloß, in Erwägung darüber einzutreten, ob und in welcher Weise das Gesetz über die Zusammensetzung der Landesversammlung und das Wahlgesetz einer Veränderung bedürfen und ernannte eine siebenköpfige Kommission, die diese Materie vorbereiten und weitere Vorschläge machen soll.

Die braunschweigische Klassenbewußte Arbeiterchaft hatte, wie wir gestern noch meldeten, am Vorabend des Donnerstag durch imposante Straßendemonstrationen dem Herrschenden des Ländchens deutlich zu verstehen gegeben, daß sie um das freie Wahlrecht zu kämpfen gewillt ist. Die zunächst ganz ruhig verlaufenen Demonstrationen sind später durch die Polizei gestört worden. Es ist wie in Berlin zu Zusammenstößen gekommen. In bürgerlich-polizeilicher Darstellung sehen die Vorgänge so aus:

Am Volksweg kam es zu einem Zusammenstoß mit Demonstranten und der Polizei, wobei mehrere Personen Verletzungen erlitten. Die Schulpforte wurden mit Flaschen und Steinen beworfen; es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Es heißt, daß die hiesige Zeitung der sozialdemokratischen Partei die Demonstration auf Anordnung des Berliner Zentralkomitees ins Werk gesetzt habe. (1) Der Herzog-Regent verließ gegen 7 1/2 Uhr das Hoftheater und begab sich zum Schloß, da beabsichtigt war, nach Schluß des Theaters eine Kundgebung gegen ihn zu veranstalten.

In einer Korrespondenz des „Berliner Tagebl.“ vom 23. Januar heißt es:

„Für heute sind umfassende Vorkehrungen getroffen, um eine Wiederholung der Straßenszenen zu verhindern. Die Polizei hat Anweisung erhalten, keinerlei Ansammlungen zu dulden und erforderlichenfalls mit Hilfe des Militärs energisch von der Waffe Gebrauch zu machen. Es sind für heute etwa ein Dutzend Versammlungen vorgelesen. Die Zahl der Verwundeten ließ sich nicht genau feststellen, weil die verwundeten Demonstranten sich größtenteils nach Hause begeben haben, ohne die öffentlichen Kasernen aufzusuchen.“

Die braunschweigischen Genossen haben nach dem Zeugnis ihrer Feinde ihre Pflicht brav erfüllt — die Drohungen mit Hintz und Säbel werden sie ebenso wenig von weiterem Kampfe abschrecken, wie die Genossen Preußens! —

Die liberalen und ultramontanen „Wahlrechtsfreunde“ in der bayerischen Kammer.

Vor einigen Tagen schrieben wir hier zu der Mitteilung über die Wahlrechtsinterpellation der sozialdemokratischen Fraktion der bayerischen Kammer: „Bayerische Liberale und Zentrumsleute haben bei der Beratung der Interpellation Gelegenheit, den Grad ihrer Liebe zum allgemeinen, gleichen Wahlrecht vor dem bayerischen Volke zu zeigen.“

Sie haben ihn gezeigt, haben gezeigt, daß er unter Null steht. Wie wir gestern schon kurz mitteilten, haben sie dem Antrag auf Verprechung der Interpellation ihre Unterstützung versagt und so verhindert, daß unsere bayerischen Genossen dem Kanzler des Reiches die ihm gebührende Antwort auf seinen Angriff wider das Reichstagswahlrecht erteilen und ihm zu verstehen gaben, wie die Empörung über die preussische Reaktion im freieren Süden umgeht und die Einheit des Reiches erschüttert.

Die „Münchener Post“ berichtet über die liberal-gentrikliche Helldant unter der Ueberschrift „Schmachvoll!“ Wir entnehmen dem Artikel unseres südbayerischen Organs: Genosse Segitz wünschte, die Unterfütterung durch Abstimmung zu erlebigen. Der Präsident war damit einverstanden, er nahm sofort die Abstimmung vor; allein nur 24 Abgeordnete hatten sich erhoben.

Von der sozialdemokratischen Fraktion waren 17 Mitglieder anwesend, die übrigen Genossen befanden sich im Reichstag, einige sind erkrankt; von den Blinden stimmte nur Eisenberger für die Verprechung der Interpellation, von dem großen Zentrum ganze sechs Mann; dagegen erhob sich von der liberal-freimüthig-demokratischen Vereinigung nicht ein einziges Männlein!

Die Unterfütterung reichte also nicht aus. Damit war auch die Verprechung der Interpellation durch den Landtag abgesehen und der schmachvollen Haltung der Regierung ward durch das jämmerliche Verhalten der sogenannten Volksvertretung auch noch die Krone aufgesetzt.

Daß dabei der Wod sich besonders ausgezeichnet hat, ist weiter nicht verwunderlich, und daß neben dem Führer der Liberalen, Dr. Casselmann, der jugiliberale Dr. Thoma, des Freimüthigen Folge Süße, Professor Günther, und der unentwegte Demokrat Dr. Quide sitzen blieben, das muß lediglich tiefes Gehäug werden.

Wenige Minuten früher hatte man aus dem Munde Günthers gehört, daß z. B. in der Urantwimmmonopolfrage, in der kleinen liberalen Fraktion mindestens ein halbes Duzend verschiedene Anschauungen hervorgetreten waren. In dieser Frage aber gab es bei dieser Majorität keine abweichende Meinung. Auch Dr. Quide stützte aus voller Ueberzeugung, angeblich nach schwerem innerem Kampfe, mit allen anderen die Reaktion! In seiner Hand lag die Entscheidung. Sogar zwei katholische Geistliche haben ihm gezeigt, was in einer solchen Situation zu tun ist. Der demokratische Mundheld hat aber wieder einmal — just wo es darauf ankam — sein wahres Gesicht gezeigt.

Der gestrige Tag bedeutet kein Ruhmesblatt in der Geschichte Bayerns. Allein die Sozialdemokraten haben den Vorstoß gegen die Volks- und Wahlrechtsfreunde unternommen; sie wurden elend in Stich gelassen von den bürgerlichen Parteien. Die Wähler mögen sich dieses Ereignis fest einprägen. —

Demokratische Sitten.

In Wien fand vor einigen Tagen eine massenhaft besuchte Preisversammlung der technischen Hochschüler gegen das Gebaren der Polizei statt, die am Tage zuvor widerrechtlich in die Räume der Hochschule eingedrungen war. Die Studenten nahmen aber nicht nur eine geharnischte Resolution an, sondern formierten einen Demonstrationzug, der sich durch die Hauptverkehrsadern der Stadt, dem Opernring und die Kärntnerstraße bewegte. Dort stellte sich ihnen zwar ein großes Polizeiaufgebot entgegen, aber als die Studenten fürmisch und unter Pfuirufen den Abzug der Wachmannschaften verlangten, da — man denke sich! — gab kein Polizeioffizier den Befehl zum Einhalten, da blieben die blanten Allingen ruhig in ihren Scheiden stecken und die Polizei gab

sogar den Weg für die Demonstranten frei. Die zogen zwar von einer starken polizeilichen Ehrenwache begleitet, aber unbelästigt, noch durch mehrere Straßen und zerstreuten sich schließlich nach Abdingen eines Liedes, ruhig und in Frieden.

Es hat allerdings einer langen Erziehungsarbeit durch die Wiener Arbeiterchaft bedurft, bis die Wiener Polizei so vernünftig wurde. Aber die Berliner Polizei wird eben auch lernen müssen. —

Verst.

Nächst den Sozialdemokraten haßt die „Freisinnige Zeitung“ am meisten die demokratische Gruppe im Freisinn. In Magdeburg wurde von der Gruppe der Freisinnigen Vereinigung nach einem Vortrag Warth's eine Resolution angenommen, die die weitere Unterstützung der Wladimir Wilows durch den Freisinn als eine charakterlose Verleugnung der demokratischen Grundsätze bezeichnet. Dazu schreibt nun die „Freis. Ztg.“

„Mit der Charakterlosigkeit ist es so eine eigene Sache. Wenn unter dem Patronat des früheren Abg. Warth eine Resolution angenommen wird, in der von der charakterlosen Verleugnung von Grundfähen die Rede ist, so muß das unwillkürlich daran erinnern, daß derselbe Herr Warth im Jahre 1893 nicht nur einen Grundfäh, sondern ein seinen Wählern ausdrücklich gegebenes Versprechen verleugnet hat, indem er für die damalige Militär-vorlage stimmte. Solche Herren sollten doch in ihrem eigenen Interesse ja sehr vorsichtig sein, wenn sie über die angebliche Charakterlosigkeit anderer herzugehen sich anmaßen.“

Was es mit dem Versprechen Warth's auf sich hat, wissen wir nicht. Da die Geschichte in der „Freis. Ztg.“ steht, dürfte sie kaum wahr sein. Aber es ist doch eine nette Unverschämtheit, wenn das vollparteiliche Organ Herrn Warth aus der Bewilligung einer Militärvorlage einen Streich zu drehen sucht, zu einer Zeit, wo der gesamte Freisinn mit „Hurra, Ho!“ ins „nationale“ Lager abgeschwenkt ist und nur die eine Sorge kennt, sich in der Bewilligung nicht nur von Militär, sondern auch von Flotten- und Kolonialforderungen von niemanden überbieten zu lassen. Was aber Warth auf keinen Fall verleugnet hat, ist die Demokratie, die verleugnet zu haben allerdings der Inhalt der vollparteilichen Politik der letzten Jahre ist. Nur weil Warth diese Charakterlosigkeit gebührend annagelt, hat er sich den Hoh der Kleingeister von der „Freis. Ztg.“ zugezogen.

Schweiz.

Die Russen in der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Ein großer Teil der bürgerlichen Presse bezieht die Russenheße systematisch, und die „N. Zürch. Ztg.“ unterhält in Rußland einen besonderen Korrespondenten, der die niedrigste Beschuldigung der russischen Revolution, insbesondere der russischen Jugend, als Spezialität betreibt.

Der derzeitige Raubankfall mehrerer Russen in Montreux, wobei mehrere Menschen ihr Leben einbühten und andere schwer verwundet wurden, der neueste Erpressungsversuch gegen den reichen Russen Schiro in Lausanne und verschiedene Vorgänge anderer Art haben den Reaktionsären willkommenen Stoff zur Verstärkung ihrer Hebereien gegen die revolutionären russischen Studenten in der Schweiz geliefert. Der Bundesanwalt Kronauer will auf einer Konferenz der Vertreter der schweizerischen Universitäten ein einheitliches Vorgehen gegen die studierende russische Jugend anstellen. Es ist daher zu begrüßen, daß sich die russischen Revolutionäre in der Schweiz öffentlich vor-leibigen und ihren Standpunkt darlegen. So publiziert z. B. die Gesamtdelegation der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und die der Partei der russischen Sozialrevolutionäre in der Presse folgende Erklärung gegen die zarische Polizei:

„Die Polizei des Zaren, der die blutige Verfolgung jeder freiheitlichen Bewegung im Innern Rußlands nicht genügt, setzt wieder einmal alle Hebel in Bewegung, um den russischen Revolutionären auch die ohnehin kargliche Möglichkeit der Emigration zu rauben. Das Asylrecht, das den Emigranten, die von Land zu Land gehen werden, einen gewissen Ruhepunkt gewährt und somit für alle revolutionären Kreise so überaus wichtig ist, soll ihnen geraubt werden. Es soll den Regierungen der Schweiz, Frankreichs und anderer Länder, in denen bis zu einem gewissen Grade freiheitliche Traditionen bestehen, ein Vorwand geboten werden, die Emigranten in Massen aus dem Lande in die Arme der russischen Polizei zu jagen. Die Reichen häufen sich, daß die Revoluzure an der Arbeit sind, um in den ausliegenden Ländern Gewalttaten, insbesondere sogenannte „Expropriationen“ (Raubereien) anzustellen, die dort über nur als Mittel der Disziplinierung der Revolutionäre wirken können. Darum sehen sich die Unterzeichneten veranlaßt, zu erklären:

Eine jede Tat dieser Art, insbesondere jede Expropriation, ist ein Verrat an der Revolution, eine Niederträchtigkeit gegen die Emigration, da sie den Regierungen und deren Polizei ganz selbstverständlich ein Handhabe geben würde, das Asylrecht aufzuheben. Ein jeder, der sich an derartigen Plänen beteiligt, ist ein Provokateur oder ein Werkzeug der Provokation. Es ist die Pflicht eines jeden Revolutionärs, dem Zirkulus das Spiel zu verderben, das Asylrecht gegen alle Intrigen und Anschläge zu schützen, den Kampf gegen die Provokateure und die von ihnen ausgehende Verlockung mit aller Energie zu führen.“

Wie recht unsere russischen Parteigenossen haben, wenn sie hinter den russischen Schandbaten im Ausland die Hand der zarischen Polizei vermuten, bestätigt sich wieder durch die Entlassung des Sekretärs des Zentralsbüros der in der Schweiz befindlichen Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, namens Naum Tenenbaum (auch Treid, Melamed genannt), der zugestanden hat, daß er 1. am 8. August 1907 in den Dienst des Cbeffier-Bureaus der politischen Geheimpolizei getreten ist; 2. mit ihm korrespondiert; 3. eine ganze Reihe Mitglieder revolutionärer Parteien betrogen; 4. eine Menge konspirativer Parteiberichte dem genannten Bureau mitgeteilt hat.

Tenenbaum wurde daraufhin als Agent provocateur aus der Partei ausgeschlossen.

Man darf also mit Recht hinter den im Auslande vorkommenden russischen Schandbaten die russische Polizei vermuten, die alles tut, die Emigranten zu diskreditieren und das Asylrecht des Auslandes zu vernichten. —

Genf, 23. Januar. (B. S.) Die Polizei fehte gestern die Hausdurchsuchungen in den Wohnungen verdächtiger (!) Russen fort, unter anderem beschlagnahmte sie in der Wohnung des in München verhafteten „Terroristen“ Sarawitsch, der hier eine Villa besitzt (?), eine Anzahl wichtiger Schriftstücke, die den Gerichtsbehörden in Bern zugesandt worden sind.

England.

Frische Agrarunruhen.

London, 23. Januar. (B. S.) Eine ernste Agrarbewegung ist in dem irischen Bezirk Ceevagh im Gange. Infolge der Weigerung zweier Großgrundbesitzer, ihren Pächtern Farmen zu verkaufen, trafen diese die Verabredung, den Pachtzins nicht mehr zu entrichten. Auch verhinderten sie die Briefträger

an der Zustellung der gerichtlichen Vorladungen, die infolge der Zahlungsverweigerungen ergingen. 200 Polizeigenoten wurden beauftragt, die unbotmäßigen Pächter zu verhaften. Diese Verhaftungen — es erfolgten deren zwanzig — haben im ganzen Bezirke große Erregung hervorgerufen.

Marokko.

Die Situation wird kritisch.

Der Freitag soll für das Ministerium Clemenceau ein kritischer werden nach den Voraussagen französischer Blätter. Man munkelt in Paris von Unstimmigkeiten in Sachen der Marokkopolitik und Zwischenfällen im Kabinett, und hält es für möglich, daß diese Gegenstände bei der heutigen Verhandlung der Kammer über die Interpellation Jaurès' zutage treten. Jaurès wird im gewissen Maße von den Radikalsocialisten unterstützt werden. Der Radikalsocialist Dubief ist von seiner Partei beauftragt worden, die Regierung aufzufordern, der Agicirasafie treu zu bleiben und weder für Abdul Usid noch für Mulay Hafid Partei zu ergreifen.

Die Drausgängertaktik, die der neue Beschlähaber der französischen Expeditionarmee kultiviert, hat den Franzosen inzwischen schon eine Schlappe zugezogen. Seitdem General d'Amade am 14. Januar nach mehrstündigem Kampf nehmen ließ, ist am 17. Januar wieder von den Truppen Mulay Hafids, die in dem Kampf angeblich völlig zerprengt worden waren, besetzt worden. Die Franzosen haben nach offizieller Angabe den Ort vorher freiwillig geräumt, weil er außerhalb des Bereichs ihres Operationsfeldes liegt. Indes scheint bei dieser Darstellung etwas verschwiegen zu werden. Jaurès hat in den Verhandlungen der Kammer geäußert, er halte den Kampf bei Seltat für eine vollständige Niederlage des Generals d'Amade, der in eine Falle gelockt worden sei. Die Marokkaner hätten die Uebergangung, daß den französischen Truppen eine Niederlage bereitet worden sei. Dadurch trete die marokkanische Politik in eine neue, bedenkliche Phase ein.

Mulay Hafid ist neuerdings in mehreren Orten als Sultan anerkannt worden. In Fez sollen Stämme der Umgegend ein Judenmassaker veranlaßt haben. —

Kommunales.

Stadtoberordneten-Versammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Michalek eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Der Ausschuh zur Vorbereitung der Vorlage wegen Begründung eines Verkehrsverbandes mit den Vorortgemeinden ist gewählt; von der sozialdemokratischen Fraktion gehören ihm die Stadtw. Bergmann, Heilmann und Singer an. Im Ausschusse für die Neuwahl eines Stadtbaurats ist die Fraktion durch die Stadtw. Dr. Krons, Heilmann und Singer vertreten.

Eingegangen ist ein dringlicher Antrag Krons betr. Mahregeln gegen die Arbeitslosigkeit. Der Verhandlung in der heutigen Sitzung widerspricht Stadtw. Wommten (Fr. Fr.), da der Antrag den Mitgliedern und nicht einmal allen erst vor einer Viertelstunde zugegangen sei.

Der Antrag kann daher erst in der nächsten Sitzung beraten werden.

Von dem Stadtw. Warth (A. R.) ist mit Unterstützung von Mitgliedern aller Gruppen mit Ausnahme der sozialdemokratischen Fraktion der Antrag eingebracht worden:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu erwägen, ob zwecks Ueberwachung der Zahnpflege der Schulkinder in Berlin besondere Einrichtungen notwendig und durchführbar sind, und event. Mittel in den Etat einzustellen, um einen Versuch nach dieser Richtung zu machen.“ Der Antragsteller weist auf die ungemessene Verbreitung der Zahnkrankheiten hin, die man geradezu als Volkskrankheit ansprechen könne. Die allergrößte Ueberzahl der Schulkinder habe kariöse Zähne. Darüber, daß schlechte Zähne die Ursache vieler schwerer Krankheiten der Verdauungsorgane usw. bildeten, sei sich die Wissenschaft einig. Zahlreiche Kommunen hätten denn auch schon Einrichtungen zur Bekämpfung dieser Seuche getroffen; es befänden bereits in einer Reihe von Städten Schulzahnkliniken; die Erfolge seien sehr segensreich. Die große Zahl der Freunde des Antrags spreche doch gewiß für seine Zeitgemäßheit.

Stadtw. Dr. Wehl (Soz.): Der Vordredner hat sehr sachverständig gesprochen, aber die Begründung des Antrages erscheint mir doch viel sympathischer als der Antrag selbst, der sich sehr zaghaft und bescheiden darstellt. Der Magistrat soll danach erst erwägen, ob besondere Mahregeln notwendig sind, und wenn sie notwendig, ob sie durchführbar sind. Dann erst sollen Mittel eingestelt werden, um einen Versuch in der Richtung zu machen. Dieser bescheidene Wortlaut mußte wohl gewählt werden, um den Antrag die statliche Anzahl der Unterschriften zu verschaffen. Andererseits muß man doch anerkennen, daß auch dieser kleine Schritt nach vorwärts uns mit Genugthuung erfüllt. Zur Ehre der geschichtlichen Wahrheit muß ich hervorheben, daß wir uns schon am 22. Februar 1906 mit derselben Frage beschäftigt haben. Da hatten wir gelegentlich der Schulartzfrage beantragt, auch die Einrichtung von Schulzahnärzten, in erster Reihe von Schulzahnärzten, in Erwägung zu ziehen. Damals wurde dieser Antrag von den meisten Freunden des Antrages Warth abgelehnt. Da Herr Wommten unter dem jetzigen Antrage Warth steht, will er vielleicht mit uns einen kräftigeren Schritt vorwärts gehen, denn er führte damals aus, daß allerdings die Frage der Zahnärzte einmal erörtert werden müßte. Daß, wenn die Schulärzte Krankheiten erkennen und diese erkannten Krankheiten ungeheilt bleiben, das System der Schulärzte sehr unvollkommen bleiben muß, ist klar. Daher ist uns der Antrag Warth sehr angenehm, denn er liegt auf der Linie der Forderung, daß die gesundheitliche Ueberwachung der Schulkinder den Schulärzten selbst dienen muß. Wir tun hier auch keinen Schritt ins Dunkle. Es gibt schon 33 Städte mit Schulzahnkliniken, bei denen es also nicht bei dem bloßen Versuch geblieben ist. Gestern erst hat Charlottenburg den gleichen Beschluß gefaßt. Wenn Sie aber auch nicht soweit gehen wollen, die Behandlung der Kinder auf dem Gebiete der Zahnpflege intensiver zu gestalten, so liegt doch hier das Besondere vor, daß den Schulärzten für die Zahnheilkunde oder Zahnpflege die Zeit und das Soveränitätsverhältnis abgeht, um hier etwas Wesentliches zu leisten. Die Schulärzte selbst klagen in ihren Berichten, daß ihre die Zahnpflege betreffenden Anregungen von den Eltern vielfach unbeachtet bleiben. Das liegt meistens an Mittellosigkeit, vielleicht auch an Verständnislosigkeit oder Indolenz. Wenn wir Schulzahnärzte auch nur hinsichtlich der Pflege der Zähne anstellen, wird schon ein riesiger Fortschritt gemacht sein. Man wird nun wieder vom ersten Schritt reden, der auf die Behandlung selbst hinausgeht, was den Kranken Zähnen recht sei, sei den anderen Kranken Gliedern billig. Aber gerade die Karies ist eine Volkskrankheit wie die Tuberkulose. Gegen die letztere ziehen wir erfolgreich zu Felde; schließlich, daß ihre letzte Ursache in franten Zähnen liegt. Also muß auch die Karies planmäßig bekämpft werden. Auf dem Wege über die Schulzahnärzte kommen wir schließlich auch zur Schulzahnklinik. Das mindeste aber sind eben die Schulzahnärzte. Adln, Straßburg, Dresden usw. haben diese Einrichtung; die allgemeinen gesundheitlichen Verhältnisse der Kinder haben sich dort durch die Zahnpflege überall gebessert; die Verschämnisse sind geringer geworden, der Schulbetrieb als solcher ist also gefördert worden, die Unterrichtsfolge sind gesteigert. Unser Ziel ist die Sanierung der gesamten Mundverhältnisse der Schulkinder durch die Schule selbst. Hier können mit relativ geringen Mitteln große Erfolge erzielt werden. Auch bei größeren materiellen Opfern sollte das Nützliche und schließlich das humanitäre Interesse doch den Ausschlag geben. Es gibt keine wirtschaftlichere Kapitalanlage für ein Gemeinwesen, als die Aus-

gaben für die öffentliche Gesundheitspflege. Nehmen Sie unseren Antrag auf Ausschubberatung an! (Beifall.)
Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.) tritt für den Antrag Barth ein. Die Schuldeputation habe neuerdings bedauerlicherweise einen ähnlichen Antrag abgelehnt. Erweise sich, daß die Tuberkulosefranken Jähren ihren Ursprung verdanke. Der Grundsatz: „Keine Behandlung durch die Schulärzte“ dürfe nicht Platz greifen; im Interesse einer wirksamen Wohlfahrtspflege müsse hier prophylaktisch eingegriffen werden.
Stadtv. Dr. Isaac (R. L.) bebauert auch den ablehnenden Standpunkt der Schuldeputation und empfiehlt ebenfalls Ausschubberatung.
Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschritt.): Wir haben auch unsererseits den Antrag unterschrieben, obwohl sein Wortlaut etwas unklar ist. Früher man Zahnspzialisten ein, so ist der Weg zu Spezialisten für andere Organe event. nicht mehr weit.
Stadtv. Gassel (R. L.): Von unseren Grundrissen bei der Einführung der Schulärzte wollen wir auch hier nicht abweichen; wir wollen Ueberwachung, nicht Behandlung (Lebhafteste Zustimmung). Aber eine Ergänzung des Systems durch eine sachverständige Ueberwachung der Jähne ist vielleicht zweckmäßig. In diesem Sinne gehen wir an die Ausschubberatung.
Stadtv. Dr. Bittow (Fr. Fr.): Wir ist gewiß, daß der Ueberwachung der Jähne die Behandlung folgen wird und folgen muß. Die Mehrheit meiner Freunde steht dem Antrage skeptisch gegenüber. Wir können uns der Fülle sozialpolitischer Anträge kaum mehr erwehren. Auch im Interesse der Zahnärzte selbst liegt es nicht, daß Schulzahnärzte angestellt werden.
Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Der Vordredner vertritt hier einfach den Standpunkt des fatten Bürgers, der für soziale Gefühle nicht viel übrig hat. (Unruhe.) Die Eltern stehen heute vielfach noch auf dem veralteten Standpunkte, daß die Jange des Heilgehülfen das alleinigmachende Instrument ist; sie wissen nichts von einer rationellen Zahnpflege. Da muß eben mit einem gelinden Zwange nachgeholfen werden. Herr Ritter wird das Tatsächliche in meinen Ausführungen nicht bestreiten können. Hoffentlich kommt der Antrag etwas greifbarer und fester gestaltet, als wie er jetzt erscheint, aus dem Ausschub heraus!
Stadtv. Rommelen protestiert energisch dagegen, daß ihm und seinen Freunden das soziale Empfinden abgeprochen werde; ein Wortwurf wie der vom „fatten Bürger“ richte sich selbst.
Stadtv. Gassel legt sich gleichfalls für die sozialen Leistungen der städtischen Behörden gegen Dr. Wehl ins Zeug; allerdings könne man nicht auf jeden sozialdemokratischen Antrag hin ins Blaue hinein experimentieren.
Der Antrag Barth wird hierauf einem Ausschub überwiesen.

Wegen der Anlage des Schwibbogens zwischen den Gebäuden der Deutschen Bank in der Französischen Straße ist eine Änderung der Fluchtlinien nötig geworden. Der Ausschub empfiehlt die Zustimmung zu der bezüglichen Magistratsvorlage unter der Bedingung, daß der mit der Deutschen Bank abgeschlossene Vertrag dahin modifiziert wird, daß die Bank die Stadt gegen alle hieraus etwa seitens Dritter erhobene Ansprüche vertreten und auch selbst keine Ansprüche an die Stadt aus der etwaigen späteren Wiederherstellung der alten Baufluchtlinie herleiten wird.
Nach dem Referat des Stadtv. Staff (R. L.) beschließt die Versammlung nach den Ausschubvorschlägen.
Der Vordredner-Stellvertreter Gassel (R. L.) referiert über die Vorschläge, welche der eingesehene Sonderausschub über die Zusammensetzung der ständigen Ausschüsse, über die Abordnung der Mitglieder in die Verwaltungsdeputationen und Kuratorien, sowie über die Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder behufs Ausübung von Recherchen zu machen hat.
Die Vorschläge des Ausschusses werden fast ohne Diskussion gutgeheißen. Zu einer Auseinandersetzung führt nur die vom Ausschusse abgelehnte Forderung, den 138. Stadtbezirk dem Stadtv. Sassenbach zuzuteilen und dem Stadtv. Rosenow abzunehmen. Im vorigen Jahre war beschlossen worden, die Angelegenheit dem nächstjährigen Ausschusse zur Entscheidung zu übergeben.
Stadtv. Singer (Soz.): Es handelt sich hier um eine prinzipielle Frage. Im vorigen Jahre hat die Versammlung bei der Entscheidung eine direkt partipolitische Stellung genommen. Es ist Sitte, daß die Bezirke, in welchen die Stadtverordneten wohnen, diesen zur Recherche gegeben werden. Der Bezirk, den Herr Rosenow versch, war bis vor einiger Zeit von keinem Stadtverordneten bewohnt. Kollege Sassenbach ist vor wenigen Jahren hineingezogen. Damit entstand unter den genannten Voraussetzungen der Anspruch für ihn, diesen Bezirk überwiegen zu bekommen. Im vorigen Jahre hat es den Anschein gehabt, daß ein großer Teil der Versammlung sein Rechtgefühl nicht so weit hat zurückdrängen wollen, um offen und klar zuzugeben, daß es sich um die Zurückweisung eines Sozialdemokraten handelt. Herr Rosenow erklärte damals mit ihm ehrender Offenheit, daß er den Bezirk aus politischen Erwägungen behalten wolle, und er brachte es sogar dahin, daß eine Eingabe der Bezirksinsassen an und gelangte. Sie messen ja der Sache große Bedeutung bei, denn es ist durch Rundschreiben der drei Fraktionen aufgefordert worden, heute hier recht zahlreich anwesend zu sein, damit nur ja dem Kollegen Rosenow seine Bezirke bleiben. (Große Unruhe und Widerspruch.) Daß der Name in dem Schreiben vorkommt, habe ich nicht behauptet. Sie wollen also die sozialdemokratischen Einbrecher aus diesem Bezirk ausschließen. (Zuruf: Einbrecher sind sie alle! Benutzte Einbrecher!) Es ist das ein Beweis für die von uns oft aufgestellte Behauptung, daß die kommunale Tätigkeit, die hier ausgeübt wird, gleichzeitig von Ihnen benutzt wird, um für die politische Richtung Boden zu schaffen (Rufe: Pfui!), wenn Sie sich nicht scheuen, hier offen zu erklären, daß die Besetzung eines solchen Postens durch einen bestimmten Kollegen eine kommunalpolitische Angelegenheit ist, und ein solches Rundschreiben erlassen, so dokumentieren Sie, daß Sie nicht wünschen, daß andersgesinnte Stadtverordnete zu Recherchen zugelassen werden, weil Sie darin eine Gefahr für Ihre Partei erblicken. (Unruhe und Zustimmung.) Diese Feststellung zu machen und sie zur Kenntnis der Bürgerschaft zu bringen, war der Zweck meiner Bemerkungen.

Stadtv. Rommelen: Ich halte die Frage weder für kommunalpolitisch noch für überhaupt sehr bedeutend. Wir haben voriges Jahr beschlossen, die Angelegenheit übers Jahr zur Erledigung zu bringen; der Ausschub hat seine Erwägung ange stellt, und wir sollten ihm folgen. Das Rundschreiben der drei Fraktionen hatte nicht den Zweck, Herrn Rosenow den Bezirk zu sichern. (Stadtv. Singer: Habe ich nicht gesagt; ich habe nur den Schluß daraus gezogen.) Dieser Schluß war grundsätzl., denn erstens geht Sie ein Rundschreiben, das nicht an Sie gerichtet ist, gar nichts an (Lärm), und dann ist bloß aufmerksam gemacht worden, daß es heute zu Abstimmungen kommen könnte und Anwesenheit nötig sei. An den Stadtbezirk 138 hat kein Mensch bei dem Rundschreiben gedacht. Will Rosenow nicht verzichten, na, dann geben wir Herrn Sassenbach einen anderen Bezirk.
Stadtv. Schulze (R. L.) stimmt Rommelen zu.
Stadtv. Labewig (R. L.): Nach der Logik des Herrn Singer würden die Sozialdemokraten überhaupt keinen Bezirk bekommen. Wir lassen uns nur von der Gerechtigkeit leiten. Die Sozialdemokraten haben diesmal 17 Bezirke mehr bekommen als bisher.
Die Ausschubvorschläge werden genehmigt.

Von den Stadtv. Dr. Arons u. Gen. (Soz.) ist am 17. Januar der Antrag eingereicht worden:
Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemeinsamer Deputation über die Errichtung städtischer Krippen und Kindergärten zu beraten.
Stadtv. Barm (Soz.): Sie haben zwar vorher unserem Antrag ein schlechtes Prognostikon gestellt. Aber ich möchte Ihnen von vornherein die Anschauung nehmen, daß die Errichtung von Krippen

und Kindergärten als städtische Pflicht bloß ein sozialdemokratischer Gedanke sei. Würde Berlin dem Antrage entsprechen, so läme es doch nur hinter einer Reihe anderer deutscher Städte hintennach. Rungen hat in diesem Jahre beschlossen, die bestehenden Einrichtungen derart auf die Stadt zu übernehmen; der dortige Magistrat erklärte durch den Bürgermeister Brunner, der kein Sozialdemokrat ist, daß diese Uebernahme eine kommunale Notwendigkeit sei. Unserer Ueberzeugung nach besteht bei uns eine Lücke darin, daß die Stadt — welche sich ja jetzt mit den Säuglingen beschäftigt — auch infolge unserer Anregung von 1901, die Sie mit dem Magistrat zuerst als zukunftsstaatlich zurückgewiesen, während wir heute 7 Fürsorgestellen mit 287 000 M. im Etat stehen haben — gewissermaßen ihr Geld wegwirft, wenn man sich um die Säuglinge kümmert, aber nicht um die Kinder bis dahin, wo sie in die Schule kommen. Diese Lücke wird heute von der Privatwohlthätigkeit ausgefüllt, aber diese langt nicht mehr zu, die bürgerliche Wohlthätigkeit geht immer mehr zurück — es zeigt sich hier dasselbe traurige Schauspiel wie bei der Schulfinanzierung. Daß die Not die Ursache dieser beklagenswerten Erscheinung ist, steht ja fest. In den wohlhabenden Bezirken sterben pro Tausend der Kinder 106, in den ärmeren Bezirken aber 298. Daß die Not die Ursache ist, bezeugt die Zahl der unehelichen zu den ehelichen gestorbenen Säuglingen, 366 : 217. In den Großstädten kann man durchaus von einem Bethelemisrischen Kindersterben sprechen. Vom 1.—5. Lebensjahre ist die Sterblichkeit immer noch eine unheimlichmäßig große, obwohl bereits eine Auslese stattgefunden hat. Dieselbe Fürsorge, die den Säuglingen der ärmeren Bevölkerung zuteil wird, ist auch für die Kinder über 1 Jahr bis zum schulpflichtigen Alter hinauf notwendig. Gesundheitlichen und erzieherischen Schutzes müssen wir auch für diese Schicht verlangen. Bei der großen Masse der Familien, wo Mann und Frau in Arbeit gehen müssen, die Kinder der Straße überlassen bleiben, steht es am schlimmsten, da ist keine Fürsorge, und diese Lücke soll unser Antrag ausfüllen. Bis zum 3. Jahre werden gewöhnlich die Kinder in Krippen, in Kinderbewahranstalten gebracht, in den darauffolgenden Jahren versucht man auch durch Kindergärten erzieherisch auf sie zu wirken. Im November vorigen Jahres haben wir ja die Zuschüsse für die bestehenden Privatinstanzen erhöht. In den bestehenden Krippen und ähnlichen Anstalten müssen die Eltern Beiträge zahlen. Die 59 Anstalten der inneren Mission beherbergen 5000 Kinder, mit die größte Einrichtung in Berlin auf diesem Gebiete. Der älteste Kleinfinderbewahranstaltsverein besteht seit 75 Jahren, erhält 8000 M. städtische Zuschüsse, die Eltern zahlen 6 M., aber der Verein hat 1/2 Million Schulden und im letzten Jahre ein Defizit von 50 000 M. Was insgesamt für diese Zwecke geleistet wird, ist völlig ungenügend. Mit durchschnittlich 20 M. läßt sich keine ausreichende Kinderpflege schaffen, über mehr verfügen die Vereine aber nicht, und 50—60 M. sind mindestens für diesen Zweck erforderlich. Im Durchschnitt haben wir mit 80 000 Kindern aus dem 1. und 2. Lebensjahre zu tun. Denen, die in der glücklichen Lage sind, ihre Kinder besser zu verpflegen, muten wir natürlich nicht zu, sie mit 50 M. jährlich zu ernähren. Nehmen wir an, daß Leute mit unter 900 M. Einkommen nicht imstande sind, sich und ihre Familien zu ernähren, so würden etwa 1/2 von den 80 000, also 55—56 000 eine bessere Pflege notwendig haben, als ihnen zuteil wird. Wollen wir da weiter den Gevatter Tod die Auslese halten lassen, oder wollen wir von Stadtwegen eingreifen? Die Privatwohlthätigkeit vermag; die Frage ist nur, ob wir den privaten Vereinen größere Zuschüsse zuwenden oder diese Zerstückelung sofort radikal beseitigen und einen einzigen großen Verein schaffen, in dem alle Kräfte organisiert sind, nämlich die Kommune selbst? So ist München verfahren; so bringen wir Ihnen unseren Antrag.

Für die Kindergärten haben wir noch ein anderes Prinzip zu beachten: das Fröbelsche Kindererziehungssystem, neben dem noch das Oberlinssystem in Betracht kommt. Beide Systeme stehen sich heute noch ziemlich feindlich gegenüber, weil nämlich die Kindergärten mehr Geld kosten. Dazu kommt, daß Friedrich Fröbel der Regierung mißfiel, weil Julius Fröbel als Demagogie mißliebig war, und der damalige Kultusminister von Kammer so unwissend war, daß er diese beiden verwechselte! So verbot er die Kindergärten, und das Verbot ist erst 1860 zurückgenommen worden. Auch Herr v. Stub! hat bekanntlich einen Kindergarten in Charlottenburg verboten, obwohl da neben Sozialdemokraten auch Kaufmann, Penzig und Professor Förster im Kuratorium saßen. Bei den kleinen drei- und vierjährigen Kindern fangen wir, so sehr wir für Agitation sind, damit wirklich noch nicht an. (Heiterkeit.) Andererseits hat Falk den Städten ausdrücklich empfohlen, Kindergärten zu errichten. Wir befinden uns hier also in guter bürgerlicher Gesellschaft. In Berlin haben wir auf diesem Gebiete auch nur die Privatwohlthätigkeit, und diese noch geringer als bei den Krippen — von den Kinderhorten, die schulpflichtige Kinder aufnehmen, ist hier nicht die Rede —. Es gibt drei Volkstkindergärten, wo 6—12 M. jährlich Schulgeld bezahlt wird, 250 Kinder sind da untergebracht, Stadtzuschuß 6000 Mark; das einzelne Kind kostet durchschnittlich 52 M. Dann hat der Fröbelverein noch drei Gärten für Kinder bemittelter Familien. Der Verein der Kindergärten in Berlin hat sechs Anstalten, erhebt kein Schulgeld; die Stadt gibt 9000 M., 280 Kinder. Gerade dieser Verein klagt über Mangel an Mitteln; das Kind kostet dort 80 M. Verpflegung. Im Pestalozzi-Fröbelhaus sind zwei Kindergärten mit 230 Kindern; es wird bei 30 M. Schulgeld bezahlt; dann gibt es noch ein paar kleine. Im ganzen sind für 1040 Kinder Kindergärten vorhanden; der Zuschuß der Stadt beträgt 15 000 M. Alles in allem würde mit 100 000 Kindern bis zum 6. Lebensjahre zu rechnen sein; davon ist also 1 Proz. untergebracht, während vielleicht 50 000 es bringen nötig hätten. Das eröffnet „gefährliche“ Perspektiven. Aber Strahburg z. B. gibt 80 000 M., Wülhausen i. E. 47 000 M., Weh 26 000 M. selbst Dortmund 19 000, Köln 16 000, Düsseldorf 13 000 M. Das glänzendste Beispiel aber ist München, welches 9000 Kinder vom 1.—6. Lebensjahre übernommen hat; im Etat stehen einstweilen nur 71 000 M., aber das ist auch nur vorläufig, man will erst Erfahrungen sammeln, und dann eventuell die Kindergärten an die Gemeindeschulen angliedern, als Vorstufe der Schule, wobei aber natürlich nicht von Unterricht die Rede ist. Auch von einem wirklichen „Garten“ braucht bekanntlich bei diesen Kindergärten nicht die Rede zu sein. Neben diesem guten Beispiel ist dasjenige unserer eigenen Kieselfelderverwaltung anzuführen, welche solche Kindergärten eingerichtet hat. Aber wo soll nun das Geld dafür herkommen? Wollen Sie es sich bei den Kollegen, die die Wertzuwachssteuer abgelehnt haben! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)
Stadtv. Dove (R. L.): Auch wer, wie ich, für die Wertzuwachssteuer gestimmt hat, sieht sich der Frage gegenüber, wo das Geld herkommen soll. Die anderen Kommunen haben auf diesem Gebiete ungleich kleinere Aufgaben. Strahburg erhebt übrigens 0,5 Proz. (Zuruf: Soll ja 1910 aufhöhen!) Die Frage der Leistungsmöglichkeit muß eingehend geprüft werden, daher beantragen wir Ausschubberatung.

Stadtv. Dr. Nathan hält den Antrag für in hohem Grade angebracht und freut sich, daß auch der Vordredner ihn so wohlwollend aufgenommen hat. Die Deckungsfrage wird ja sehr schwierig sein, das darf uns aber nicht furchen.
Stadtv. Rosenow spricht dem Antrage ebenfalls seine Sympathie aus. Der betreffende Verein, dem er angehört, werde gern bereit sein, bei höherer Subvention die Zahl seiner Kindergärten erheblich zu vermehren.
Stadtv. Dr. Vangerhans (R. L.): Jede elterliche Erziehung ist der in Anstalten vorzuziehen. Von einer Loderung des Familienverhältnisses müssen wir die Hand davonlassen. Lieber unterthige man die Privatwohlthätigkeit von Stadtwegen reichlicher. (Beifall.)
Im Schlußwort erklärt Stadtv. Barm, daß er gar nicht die Meinung hat, die freie Liebestätigkeit auszuführen. Die sehr die Verhältnisse im organ lägen, zeige die Zunahme der Kinder, auch der Säuglingssterblichkeit. Die Not verhinere die Eltern immer mehr, ihre Elternpflicht auszuüben.
Der Antrag wird einem Ausschub zur Vorberatung überwiesen.

Der Stadt Berlin sind 30 000 Mark durch Testament einer Frau Bodien mit der Auflage vermacht worden, davon eine Stiftung zu errichten, aus deren Zinsen am 22. September, als am Geburtstag ihres Mannes, alljährlich 25 hälftbedürftige Handwerker oder kleinere pensionierte Beamte von über 50 Jahren und am 15. September, als an ihrem Geburtstag, alljährlich 25 Frauen oder ältere Mädchen in einem Restaurant gespeist werden. Das Auerer soll nicht mehr als 3 M. kosten; außerdem soll jeder 1/2 Flasche Wein erhalten; der etwa verbleibende Zinse rest soll gleichermäßen unter die 50 verteilt werden, und der Wirt des Restaurants darf kein Umstürzler sein.

Stadtv. Singer: Der Magistrat übernimmt hier eine etwas schwierige Aufgabe, die eines lombischen Weigeßmads nicht entbehrt. Wie soll er die Aufgabe lösen, herauszubekommen, ob der Wirt kein „Umstürzler“ ist? Ein Testament ist doch auf ewige Dauer berechnet, und es könnten politische Umschwünge eintreten, Deutschland oder Preußen könnte eine Republik werden. (Stadtv. Hoffmann ruft: Hab' man keine Angst!) Dann würde der Magistrat in der Lage sein, einen, der heute für die Monarchie begeistert kämpft, als Umstürzler zu betrachten. Diese lombische Episode hat aber auch einen ersten Hintergrund. Daß sich der Magistrat überlegt, ob es seiner Würde entspricht, uns eine solche Vorlage zu machen? Meine Partei gilt den anderen Parteien als umstürzlerisch, sie ist aber in Berlin die härteste Partei. Hat der Magistrat das Recht, einen so großen Teil der Berliner Bürger in dieser Weise verhöhnen zu lassen, hat er vielleicht nur gedacht „non olet“? Wir werden die Annahme der Vorlage nicht hindern, ich gönne den 50 bedürftigen Leuten, daß sie mal ein anständiges Mittagbrot bekommen, aber es ist doch eine gewisse Sorglosigkeit, diese Vorlage, die eine solche zweifelhafte Beleidigung enthält, uns unbesehen herüberzugeben. Darüber haben wir das Recht, uns zu beklagen, und ich wünsche dringend, daß solches für die Folge unterbleibt.

Bürgermeister Dr. Reide macht geltend, daß darin doch nichts Ungeheuerliches und keine Veremung läge. Er deutet den Ausdruck so, daß die Speisung im Hause eines ruhigen Mannes stattfinden solle, der die Gelegenheit nicht benutz, Parteipolitik zu treiben. Das könnte auch umgekehrt der Fall sein, der Reyer von heute sei der Gläubige von morgen.
Nachdem noch Stadtv. Gassel die Auffassung, daß hier eine Beleidigung vorläge, zurückgewiesen, wird der Annahme der Stiftung zugestimmt.

Mit dem Verein „Berlin-Treptow-Sternwarte“, Eingetragener Verein“ will der Magistrat einen Mietvertrag abschließen, der dem Verein ermöglichen soll, einen massiven Sternwartenbau und eine massive Vortragshalle zu errichten. Das städtische Gelände soll ihm dazu auf 30 Jahre mietsweise überlassen werden.

Nach kurzer Debatte, an der sich die Stadtv. Galland (R. L.) und Dr. Preuß (Soz.-fortschritt.) beteiligen, wird die Vorlage einem Ausschub überwiesen, der sofort vom Vorstand ernannt wird.

Die Vorlage, betr. die Erweiterung der Infektionsabteilung und des Wirtschaftsgebäudes des Krankenhauses Am Friedrichshain will Stadtv. Brunslow (R. L.) einem Ausschub überwiesen sehen. Die Stadtv. Körte (Fr. Fr.) und Dr. Wehl (Soz.), sowie Stadtrat Dr. Strahmann widersprechen; an der Debatte beteiligen sich noch kurz die Stadtv. Max Schulz (R. L.) und Singer. Die Vorlage wird darauf unverändert angenommen.
Schluß 1/2 9 Uhr.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Urteil im Prozeß Hohenau—Lynar.

Der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Dr. Matsche, verkündete gestern abend 9 Uhr nach 2 1/2 stündiger Beratung des Gerichtshofes folgendes Urteil:

Graf Wilhelm v. Hohenau wird freigesprochen, Graf Lynar wird zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten verurteilt.

Aus der Urteilsbegründung sei folgendes mitgeteilt: Bezüglich des Angeklagten v. Hohenau hat die Beweisaufnahme zweifellos ergeben, daß diesem Angeklagten Verfehlungen zur Last fallen, die wirklich widernatürlich sind. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme hat es aber zur Erfüllung des Tatbestandes des § 175 nicht ausgereicht, und das Gericht ist daher mangels genügenden Beweises zu einer Freisprechung gekommen, nicht aber wegen erwiesener Unschuld. — Der Angeklagte Graf Lynar ist in sechs Fällen wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt in rechtlicher Verbindung mit vier Fällen von Verfehlungen von Untergebenen und in 6 Fällen wegen sittlicher Verfehlungen, begangen mit Untergebenen, schuldig befunden und wird zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde ihm nicht angerechnet, weil er durch sein Zeugnis zur Verögerung der Hauptverhandlung beigezogen hat. Auf Ehrenstrafen erkannte das Gericht nicht, weil Graf Lynar bereits, als Anklage erhoben war, durch Einreichung seines Abschiedes aus der Armee ausgeschieden war.

Die weitere Urteilsbegründung, die die Einzelsfälle betraf, verhandelte das Gericht mit Rücksicht auf die Beschädigung militärdienstlicher Interessen und der öffentlichen Interessen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Publikum und Presse mußten den Saal räumen.

Ein „schwerer Junge“.

Köln, 23. Januar. (W. L. B.) Das hiesige Schwurgericht hat den Kaufmann Karl Otto Frahm aus Weida wegen des am 16. Dezember vorigen Jahres auf den Geldbrücker Abel in Köln verübten Raubmordes zu zwölf Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Grubenbrand.

Langendreer, 23. Januar. (W. S.) Auf der Zeche „Prinzregent“ brach auf neue der dort vor einiger Zeit eingedämmte Brand aus. Die Arbeiter wurden mit Nässe gerettet, ein Steiger ist erstickt.

Dumaauflösung in Sicht?

Petersburg, 23. Januar. (Von einem Privatkorrespondenten.) Der Führer der Oskobisten Graf Warow erklärte einem Berichterstatter, man habe der Partei einen Wink gegeben, falls die Marineforderungen abgelehnt werden, werde die Duma aufgelöst werden. Trotzdem bekundete Graf Warow den festen Entschluß, gegen das Marineprojekt zu stimmen; er glaubt, daß auch seine Parteifreunde in der oppositionellen Stimmung verharren werden. Der Kadettenabgeordnete Nisselowitsch äußerte, seine Partei werde in dieser Frage mit den Oskobisten gehen. Der Abgeordnete Purtschke ist sich von der äußersten Rechten hat sich bereits in voriger Woche gegen den Plattenbau ausgesprochen; die Mehrzahl der Blätter ist gleichfalls oppositionell.

Reichstag.

87. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Januar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Niederding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs eines Schiedgesetzes.

Abg. Krenndt (Rp.): Meine politischen Freunde und ich stimmen dem Entwurf zu. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß ich eigentlich erwartet hatte, daß man zunächst das Depositenwesen geregelt hätte; denn in diesem sehe ich die Grundlage des Schiedverfahrens.

Abg. Karmy (fr. Sp.): Herr Krenndt sagt, er will an die Goldwährung nicht rühren. Was haben denn dann seine Anträge auf Vermehrung der Silbermünzen und daß die Reichsbank bis zu 1000 M. in Silber soll zahlen dürfen, für einen Zweck? Da zeigt sich deutlich der bimetalistische Fehler. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Ich wende mich nun zum Schiedgesetz. Was wir erstreben, ist eine Vermehrung des Ueberweisungsverkehrs statt der Verzögerung. Freilich darf man das Schiedgesetz nicht überschätzen, der Schied soll Träger der Ueberweisung sein, wo sie unmittelbar nicht möglich ist. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Hornmann (fr. Sp.): Die Handelskammer meiner Vaterstadt Bremen ist mit den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs unzufrieden, doch wünscht sie die aktive und die passive Schiedfähigkeit mehr ausgedehnt, andererseits auch etwas eingeschränkt gegenüber den Bestimmungen des Entwurfs.

Abg. Dr. Krenndt (Rp.): Theoretisch bleibe ich Bimetalist, als Realpolitiker aber bin ich ein Befürworter der Goldwährung als die alle (Vachn links), denn Sie führen sie durch Ihre radikale Haltung dem Bankrott entgegen. (Gelächter links.)

Der Gesetzentwurf wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betr.

Wahrscheinlichkeitsbeurteilung.

Abg. Götting (fr. Sp.): Ich muß auf einige Ausführungen des Abgeordneten Heine in der zweiten Lesung zurückkommen. Er hat da gesagt: Ich wundere mich auch nicht, daß es eine liberale Zeitung war, die Königsberger „Hartungische Zeitung“, die in dieser Sache den Denunzianten gemacht hat. Ich weise diesen Angriff zurück. Bei der Staatsanwaltschaft hat niemand denunziert, vielmehr hat die „Hartungische Zeitung“ diesen Artikel zuerst zur Kenntnis der weitesten Öffentlichkeit gebracht. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Na also!) Das ist kein Denunziantentum, sondern solche Artikel aufzuschreiben zu gehören, ist Pflicht der bürgerlichen Presse. (Beifall rechts.) Auch der Staatsanwalt hat im Prozeß erklärt, daß er die „Hartungische Zeitung“ nicht lese, sondern den Artikel direkt in der „Königsberger Volkszeitung“ gelesen habe. Weiter hat der Abgeordnete Heine im Zusammenhang mit diesem Prozeß davon gesprochen, daß die Judikatur auf Söldner- und Linnwege wandelt. Diese schwere Beleidigung der Königsberger Richter hat der Staatssekretär Dr. Niederding mit treffenden Worten zurückgewiesen, denen ich mich anschließe. Zum Schluß bemerke ich, der Artikel der „Königsberger Volkszeitung“ hat in weitesten Kreisen Entrüstung hervorgerufen und Empörung über die Kampfmethode der Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Freisinnigen.)

Abg. Franke (Soz.):

Der Abgeordnete Heine ist heute durch Unwohlsein an der Anwesenheit verhindert und kann die eben erhobenen Angriffe nicht zurückweisen. Deshalb nur einige Worte: Der Vorredner hat behauptet, es habe sich eine allgemeine Entrüstung über den Artikel der „Königsberger Volkszeitung“ gezeigt. Ich bin der Ansicht, daß die Entrüstung über das Urteil jedenfalls in viel weiteren Kreisen vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er hat sich ferner dagegen verwahrt, daß die Königsberger „Hartungische Zeitung“ gegenüber ihrem Preßkollegen von der „Volkszeitung“ in der Rolle eines Denunzianten aufgetreten sei. Ich kann im Augenblicke das Material, wie es der Abgeordnete Heine getan, nicht auf den Tisch des Hauses niederlegen. Ich will aber doch feststellen, daß, als der Artikel erschienen war, der Staatsanwalt sich über eine Woge nicht gerührt hat. Im allgemeinen haben die Staatsanwälte ein schnelleres Tempo, wenn es sich um sozialdemokratische Reklame handelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Festgestellt ist ferner, daß die Mitglieder des Komitees nicht aus sich heraus die Anträge zur Strafverfolgung gestellt haben, sondern daß der Staatsanwalt bei ihnen angefragt hat, ob sie nicht so freundlich sein wollten und sich beleidigt fühlen. Ein Mitglied, wenn ich recht berichtet bin, gegen-

wärtig ein preussischer Minister, hat sich geweigert, den Strafentwurf zu stellen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann daher nicht zustimmen, daß Heines Ausführungen im Widerspruch mit dem Rechtsempfinden weiter Kreise stehen.

Weiter entrüstet sich der Vorredner darüber, daß Heine den Königsberger Gerichten vorgeworfen habe, sie gehen Schleich- oder Linnwege. Hiergegen hat der Abgeordnete Heine sich schon in persönlicher Bemerkung verwahrt; er hat im allgemeinen festgestellt, daß in Deutschland vielfach die Gerichte, auch die höchsten Gerichte, auf Schleich- und Linnwege Ziele erreichen, die sie bei der einfachen Anwendung des klaren Wortlautes der Gesetze nicht würden erreichen können. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Er hat das getan, als er den Beweis führte, daß ohne solche Schleich- und Linnwege eine Beurteilung wegen Ahnenbeleidigung nicht möglich wäre. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Götting (fr. Sp.): Nicht einer, sondern mehrere Mitglieder des Komitees, unter denen auch ich war, haben den Antrag auf Strafverfolgung nicht unterzeichnet.

Damit schließt die Beratung. Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs betr. Anwendung des § 833 des B. G. B. über die

Hastung der Tierhalter.

Die Ersatzpflicht soll nicht eintreten, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Berufe, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalte des Tierhalters dient, und der Tierhalter bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

Abg. Schmidt-Barburg (Z.) begründet den Antrag: Die Worte „bei der Beaufsichtigung des Tieres“ zu streichen, da es genügen würde, wenn der Tierhalter allgemein die erforderliche Sorgfalt beobachtet.

Abg. Varenhorst (Rp.) beantragt, statt „beobachtet“ zu sagen „beaufsichtigt hat“, um in jedem einzelnen Falle dem Tierhalter die Beweislast der Sorgfalt aufzuerlegen.

Staatssekretär Dr. Niederding bittet, es bei der Fassung der Regierungsvorlage zu lassen, die sich auch mit dem Sprachgebrauch des B. G. B. in anderen Paragraphen deckt.

Eingegangen sind ferner folgende Anträge Albrecht und Genossen (Soz.):

1. Dem § 833 folgenden Satz zuzufügen: Wer für einen von ihm verursachten Schaden deshalb nicht verantwortlich ist, weil ihm ein Vorfall oder Fahrlässigkeit nicht zur Last fällt, hat gleichwohl den Schaden insoweit zu ersetzen, als die Billigkeit nach den Umständen, insbesondere nach den Verhältnissen der Beteiligten, eine Schadloshaltung erfordert und ihm nicht die Mittel entzogen werden, deren er zum standesmäßigen Unterhalt sowie zur Erfüllung seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht bedarf.

2. Dem § 833 des B. G. B. zuzufügen: § 148 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft und § 135 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes werden aufgehoben.

3. Dem § 833 folgenden Satz zuzufügen: Für jeden durch Hofen angerichteten Schaden haftet der Jagdberechtigte.

Abg. Stadthagen (Soz.):

§ 833, wie er jetzt Gesetz werden soll, ist ein Ausnahmengesetz zuungunsten der Witwen und Waisen, zuungunsten derer, die bisher ein Recht hatten, im Falle der Verletzung durch Tiere einen vollen Schadenersatz zu verlangen. Und dieses Recht sollen sie verlieren wesentlich zugunsten der Großgrundbesitzer. Somit kennzeichnet sich das Gesetz als

ein antisoziales Ausnahmengesetz.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Varenhorst sagte, überall sonst sei das Verschuldungsprinzip maßgebend für eine Ersatzpflicht. Das ist unklar. Vielmehr ist man überall vom Verschuldungsprinzip abgegangen. Nach dem Eisenbahngesetz z. B. haftet auch nicht nur derjenige, den ein direktes Verschulden trifft. Genau so wie bei der Eisenbahnverwaltung liegt die Sache beim Tierhalter. Wenn der Juristentag mit allen gegen 7 Stimmen sich gegen die hier geplante Verschlechterung erhebt, so stellt sie sich so deutlich als ein Einbruch in die ganze Fortentwicklung unseres Rechts dar, daß selbst Juristen sich dagegen empören sollten. Wie kann sich denn der große Grundbesitzer beklagen, daß ihm Unrecht geschieht, wenn das, was seit hundert Jahren im römischen Recht gegolten hat, nun auch in Ostpreußen Recht werden soll? Gerade der Große kann sich doch versichern.

Kleines feuilleton.

Theater.

Kleines Theater: „Der Unfidere“, Schauspiel in vier Akten von Richard Kellinger. Sympathisch berührt die humane, vorurteilsfreie Gestaltung, die sich in der Behandlung des Problems ausdrückt, aber leider ist es nur der allgemeine, von der dichterischen Individualisierung losgelöste Gedanke, nicht die Individualisierung selbst was hier erwärmt. Ihn in seinem genialen Drama „Kosmopoliten“ läßt uns, allmählich die Vergangenheit enthüllend, Nebel aus Frebel, den läuternden Prozeß ihrer Seelenwandlung und die Rosenzweig, durch die sie zum Selbsterkenntnis getrieben wird, mit durchleben im Gefühl und Phantasie. Kellinger indessen weicht nur Unmöglichkeiten aus. Vielleicht hat sich das, was er vorführt, wirklich zugetragen, aber die Umformung zu einem in sich geschlossenen Organismus fehlt hier. Daß der Autor selbst ein Bewußtsein dieses Mangels gehabt, dafür spricht, daß er sein Stück nicht nach der Hauptperson, dem Velenner, sondern einer Nebenfigur, einem Vagabonden und Expreßler, benannt.

Simmer hat als junger Mensch bei einem Einbruchdiebstahl einen alten Weibchens erlötzen; sein Spießgeselle, ein Vagabond, der ihn als Feldwebel dann nach neun Jahren wieder als Rekrut in den Weg läßt, wurde ergriffen und eingesperrt. Er selbst entkam und bildete sich, durch die unglückselige Tat aus seinem Leichtsinne aufgedreht, zu einem verlässlichen Menschen, einem neuen Wesen, das von dem, das einst die Blutschuld auf sich lud, so meint er, durch eine Welt getrennt ist. Er hat, ohne daß sein Gewissen dabei schlug, das Los eines braven Mädchens an seines gefesselt. Die Kameraden achten und lieben ihn. Aber die Erscheinung des einstigen Genossen rührt die Bilder des Vergangenen wieder in ihm auf. Dieser zwingt den Feldwebel mit der Drohung der Anzeige allerhand Verwundungen ab. Schließlich fühlt sich der Vagabond so sicher, daß er Simmers Frau mit unterschämten Anträgen belästigt. Und nun auf einmal, die Motivierung weist hier große Lücken auf, wird Simmer, von dessen Innenleben bisher kaum die Rede war, plötzlich zum Velenner — nicht nur vor seinem Weibe, sondern auch vor den Kameraden. Das Stück hebt sich in diesen Szenen ganz bedeutend, jedoch die Wirkung ist bei dem apparatisch Unvermittelten der Wendung nur eine momentane. Man begreift, wie der Unglückliche sich an die Hoffnung klammert, die seine Lebensgefährtin werde ihn nach dem Gefändnisse so sehen, wie er sich selbst in seinem Innern sieht: als einen, der durch seinen Willen ein anderer geworden ist. Ganz unverständlich bleibt es aber, wie er ein Gleiches von den Kameraden erwarten kann. Ergreifend ist im Schlußakte die Rückkehr der Frau, in der hingebende Liebe und opfer-

Herr Schmidt-Barburg hat erklärt, es läge ihm gar nicht daran, die Großen zu entlasten, wohl aber die Kleinen Tierhalter. Mit unserem ersten Antrag machen wir die Probe auf dies Prinzip. Das ökonomische Ausgleichsprinzip, das wir hier anwenden wollen, hat auch sonst bereits im bürgerlichen Gesetzbuch Aufnahme gefunden, ja, die Kommission zur Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches hatte diesen Satz bereits angenommen, und er ist nur am Widerspruch der Regierung gescheitert. Nach diesem Antrag hätte also nicht der kleine Mann und der Mittelstand zu haften, wohl aber der Wohlhabende und der Großgrundbesitzer. Diejenigen, welche die Witwen und Waisen darben lassen wollen zugunsten der Großgrundbesitzer, werden diesen Satz nicht annehmen, Herr Schmidt-Barburg aber rufe ich zu: Nie Rhodus, hic salta! Hier haben Sie die Möglichkeit, zu zeigen, ob Sie ein Ausnahmengesetz zugunsten der Großgrundbesitzer machen, oder ob Sie dem Mittelstand helfen wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich zu unserem zweiten Antrag. Herr Varenhorst sagte, nur der soll für den Schaden haften, der ihn verursacht. Aber bei § 148 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft und § 135 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes ist dies nicht der Fall. Hier wird dieses Prinzip zuungunsten der Landarbeiter und der Industriearbeiter durchbrochen. Wenn der Großgrundbesitzer und der Großunternehmer sogar wegen fahrlässiger Körperverletzung und selbst wegen fahrlässiger Tötung des Arbeiters bestraft wird, so braucht er den verursachten Schaden doch nicht voll zu ersetzen, sondern $\frac{2}{3}$ der Invalidenrente werden ihm angerechnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Paragraphen müssen also gestrichen werden, wenn Sie nicht wollen, daß die Arbeiter anders behandelt werden als die Besitzenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich nun zu unserem dritten Antrag: daß für jeden durch Hofen angerichteten Schaden der Jagdberechtigte haften soll. Der Abgeordnete Varenhorst fragte mich, ob ich Hofen für Haustiere halte. (Weiterkeit.) Das tue ich natürlich nicht. Aber ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Reichsgerichtsentscheidungen vorführen, aus denen hervorgeht, daß auch ein Jagdberechtigt als Tierhalter anzusehen ist. Auch der Jagdberechtigte soll verantwortlich sein, nicht weil er sich Hofen hält, sondern weil er durch die Vernachlässigung des ausschließlichen Rechts, das er gegen Hofen hat, den Kleinen und Lediglich den Kleinen Bauern einen Schaden zufügt. Es ist notwendig, die ausnahmsrechtlichen Bestimmungen, die heute insofern für den Jagdberechtigten bestehen, als er Hofenschaden anrichten kann, ohne daß er ihn zu ersetzen braucht, und ohne daß der Geschädigte das Recht hat, den Schädiger niederzuschleppen, zu beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich hier um die erste Aenderung, die an dem bürgerlichen Gesetzbuch vorgenommen wird, und diese erste Gelegenheit zu einer Aenderung wird ergriffen, nicht zum Nutzen der Kleinen, sondern um die Taschen der Großen noch mehr zu füllen. Wenn man einmal an eine Aenderung des bürgerlichen Gesetzbuchs herangeht, dann sollte man zuerst einmal den § 815 ändern, der nur durch ein Versehen in der heutigen Fassung in das Gesetz hineingekommen ist. Der Reichstag hatte in dritter Lesung mit großer Mehrheit einen Beschluß zugunsten der unehelichen Mütter und Kinder gefaßt. Ohne Beschluß des Hauses und ohne eine Ermächtigung durch irgend jemand ist aber — offenbar durch ein redaktionelles Versehen — eine Fassung entstanden, die das gerade Gegenteil besagt. Wenn man anfängt, etwas zu ändern, dann sollte man zunächst dieses Unrecht zuungunsten der Allerärmsten wieder gut machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben einen dahingehenden Antrag nicht gestellt, weil wir meinen, daß das Sache derer ist, die das Unrecht begangen haben. Ich bitte Sie in erster Linie, die Vorlage abzulehnen im Interesse des Mittelstandes, im Interesse der Arbeiter und im Interesse der Witwen und Kinder. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Bischof rechts.)

Abg. v. Treuenfels (L.): Wenn es Juristen gibt, die gegen eine Aenderung des § 833 sind, so bemerke das wieder einmal, daß zwischen dem Rechtsbewußtsein der Juristen und dem Rechtsbewußtsein des Volkes ein Widerspruch besteht. Wenn der Abgeordnete Stadthagen sich als Beschützer des Eigentums des Kleinen Bauern ausspricht, so stimmt das mit dem sozialdemokratischen Grundsatze: Eigentum ist Diebstahl, sehr wenig überein. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Der Hofe ist ein Tier, das sich heute hier, morgen dort aufhält, dessen Halter sehr schwer festzustellen und für den Schaden daher auch nur sehr selten in Anspruch genommen werden kann. Durch die Vorlage soll gerade der kleine Mann geschützt werden. Auf die anderen Ausführungen des Abgeordneten Stadthagen gehe ich nicht ein. Nur protestiere ich mit aller Entschiedenheit gegen die Behauptung, als ob wir dem Kleinen Bauern das Brot wegnehmen. Es ist

Gegenstück zu Girardi Wiener, des Herrn Sondermann, der Ehefrau Hl. Junkers, die frühe Tochter Hl. Ballots und manche andere gutbesetzte Chargen trugen zum frühlichen Gelingen wader bei.

Humoristisches.

Balots Stellung in der Wahlrechtsfrage.
„Ich denk nicht dran — es kam nicht sein.“
„Es fällt mir ja im Traum nicht ein.“
„So was ist niemals zu riskieren.“
„Da muß ich unbedingt negieren.“
„Nicht heut, nicht morgen, nicht in spo.“
„Ein dreifach unterdrücktes „Ne“.“
„Ihr Vorschlag — unter der Kanone.“
„Was mich betrifft, auch nicht die Wagne.“
„Sie remen gegen eine Wand.“
„Seheim und gleich — nicht in die Hand.“
„Sie wollen was — rein lückerlich.“
„Sie wünschen was — ich drück mich.“
„Sie hoffen was, — das ist barod.“
„Und grüßen Sie mir schön den Bloß!“
(Lustige Blätter.)

Notizen.

Theaterchronik. Im Vorhingen-Theater ist die Erstaufführung von Don Juan auf den 31. Januar verschoben worden. — Die Neue Freie Volksbühne bringt Sonntag mittig im Neuen Theater August Strindbergs Volkskomödie „Die Hemdler“ zur Erstaufführung. — Populäre Klassiker-Vorstellungen zu ermäßigten Preisen wird künftig auch das Neue Schauspielhaus veranstalten und zwar am Sonnabendnachmittagen. Als erste Vorstellung soll Hebbels „Judith“ am 1. Februar in Szene gehen. — Musikchronik. Das dritte Sonntagkonzert des Schiller-Theaters, das Sonntag mittig 12 Uhr im Schiller-Theater Charlottenburg stattfindet, wird nur Mozartsche Kompositionen u. a. bringen. — Im Schiller-Saal, Charlottenburg, spricht Freitag Dr. James Simon über „Gustav Mahler“. — Aus der Musikwelt. August Wilhelmj, ein einst sehr bekannter Geigenkünstler, der seit Jahren in London lebte, ist dort im Alter von 82 Jahren gestorben. Er stammte aus Usung in Ostpreußen und war als Virtuos in der ganzen Welt herumgekommen. Als Wagner 1870 in Bayreuth die „Nibelungen“ einstudierte, wurde er sein Konzertmeister. — Ein Stirnerfund. John Henry Mader hat in Amerika zwölf unveröffentlichte politische Aufsätze Max Stirners aus dem Jahre 1848 entdeckt, welche demnächst zur Veröffentlichung gelangen.

bedauerlich, daß die Tribüne des Reichstags dazu benutzt wird, um einen großen Teil der Bevölkerung derart zu beschimpfen. (Sehr richtig! rechts.) Derartige Behauptungen kennzeichnen die Position des Abgeordneten Stadthagen und seiner Partei. (Sehr gut! rechts.) Wer in Wirklichkeit armen Leuten das Brot wegnimmt, mag aus folgenden Mitteilungen der Presse hervorgehen. Der Redner berichtet zunächst einen Fall sozialdemokratischen Terrorismus, der in Völsfeld gespielt haben soll. Christlich-nationale Arbeiter sollen gezwungen worden sein, die Stadt zu verlassen. Einen zweiten Fall führt der Redner aus Heidelberg an. (Abg. Frank: Die Sache ist längst als Lüge widerlegt, sie ist gelogen wie gedruckt.)

(Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) (Als der Redner noch am dritten Fall eines angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus aus Spandau vorträgt, rufen ihm mehrere Mitglieder der Linken zu: Tierhalter! Tierhalter!) Javohl, das gehört zur Sache; ich will beweisen, daß nicht wir, sondern Sie den Leuten das Brot wegnehmen. (Lachen bei den Sozialdemokraten; Abgeordneter Lebehour ruft: Reden Sie nur weiter, es ist sehr hübsch! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine gewissenlose Verleumdung, wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) behaupten, daß wir dem kleinen Mann das Brot wegnehmen.

Vizepräsident Kaempf: Sie haben eben in bezug auf Mitglieder dieses Hauses gesagt, sie hätten eine gewissenlose Verleumdung begangen. Wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. v. Treuenfels (fortfahrend): Ich weiß, daß ich einen unparlamentarischen Ausdruck gebraucht habe, aber es gibt gewisse Handlungswesen, für die man keine parlamentarischen Beschränkungen hat. (Sehr gut! rechts.) — Abgeordneter Scheidemann ruft: „B. B. für Ihre Verhalten.“ Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte, die Regierungsvorlage unverändert anzunehmen. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Kaempf: Die Abgeordneten Dr. Frank und Stolle haben beantragt, die Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Die Begründung des Hauses, ob ein solcher Antrag sogleich oder später zur Abstimmung kommen muß, ist bisher keine einseitige gewesen. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß die Abstimmung über diesen Antrag sofort erfolgen muß. Abg. Gatheln (fr. Bg.): Wenn wir jetzt abstimmen, kann der nächste Redner wieder Kommissionsberatung beantragen, und wir kommen aus den Abstimmungen gar nicht heraus.

Abg. Dr. Spahn (B.): Bei dieser Vorlage dürfte es sich empfehlen, die Abstimmung nicht sofort vorzunehmen. Die weitere Diskussion wird erst die Frage klären, ob eine Kommissionsberatung notwendig wird oder nicht.

Abg. Baskermann (natl.): Schließt sich dem Abgeordneten Spahn an, ohne ein Präjudiz für die Zukunft schaffen zu wollen.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Wir sind damit einverstanden, daß die Abstimmung am Schluß erfolgt.

Vizepräsident Kaempf: Ich richte mich natürlich nach dem Wunsch des Hauses.

Abg. Hagensaus (natl.): An mir soll es nicht liegen, wenn der Antrag nicht sofort zur Abstimmung kommt. (Heiterkeit.) Ich will Sie nur ganz kurz im Namen unserer Partei bitten, unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge, die uns zum Teil ein unehrerlicher Blick zu sein scheinen, die Regierungsvorlage im Interesse des Mittelstandes anzunehmen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Stolle (Soz.): Alle gegen den § 883 gemachten Einwendungen laufen darauf hinaus, daß der Tierhalter nur zu Unrecht hafte, wenn der Schaden nicht auf sein Verschulden zurückzuführen sei. So hat der Staatssekretär ausgeführt, daß zwar das französische Recht einen allgemeinen Schadenersatz nach dem Gefährdungsprinzip kenne, daß aber im deutschen bürgerlichen Recht durchweg das Verschuldungsprinzip herrsche und insoweit das Gefährdungsprinzip eine willkürliche sei. Das ist aber durchaus unrichtig. Im Betriebe des Eisenbahnunternehmens kennen wir die gleiche, weit ausgedehnte Gefährdung, und in dem neuen Automobilgesetz will die Regierung sie einführen. In der Begründung dieses Gesetzesentwurfes sagt derselbe Staatssekretär, der die Haftung des Tierhalters für ungerichtet erklärt, daß es den allgemeinen Rechtsgrundsätzen entspreche, daß der durch einen mit gemeiner Gefahr verbundenen Betrieb entstehenden Schaden von dem Leiter des Betriebes ersetzt werde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei ist es selbstverständlich, daß ein Betrieb oder ein Automobil seiner Natur nach viel weniger gefährlich ist als ein Tier, das sich selbständig, vom Menschenwillen unberührte Bewegungsfähigkeit hat. Wir haben also zwei Rechtsanschauungen in der Seele des Staatssekretärs, zwei rechtliche Tendenzen in dem Rechtsleben eines Staates. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär hat weiterhin ausgeführt, daß die Haftung des Tierhalters ja nur für diejenigen Fälle aufgehoben werden soll, in denen dieser nachweist, daß er die nötige Sorgfalt für die Beaufsichtigung und Leitung des Tieres aufgewendet hat, aber es besteht die große Gefahr, daß mit der Annahme des Regierungsentwurfes die Haftung des Tierhalters praktisch ganz beseitigt wird. Ein so hervorragender Jurist wie Prof. Encicorus hat auf dem 28. Deutschen Juristentage in Kiel ausgeführt, daß es den Tierhaltern sehr leicht werden würde, zu beweisen, daß auf ihrer Seite kein Verschulden liege und daß sie bei der Auswahl der Personen für die Beaufsichtigung des Tieres die nötige Sorgfalt aufgewendet hätten. Ein vorsichtiger Rechtsanwält würde, so meinte dieser Gelehrte mit Recht, nach Annahme des Regierungsentwurfes einen Prozeß auf Ersatz von Tierchaden überhaupt nicht mehr antreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich wundere mich, daß die Herren Juristen in diesem Hause so wenig Wert legen auf das Urteil der deutschen Juristenwelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Bei anderen Gelegenheiten hat der Staatssekretär selbst gesagt, daß er den Beschlüssen des Deutschen Juristentages die größte Bedeutung beimesse, aber jetzt scheint sich ja anlässlich dieses Gesetzes seine Anschauung gewandelt zu haben. Nach einer Statistik der Versicherungsanstalten läßt sich in tausend Fällen von Tierchaden nur bei 22 ein Verschulden des Tierhalters nachweisen. In welche Gefahr bringen Sie das deutsche Volk, den kleinen Handwerker und Arbeiter, der einen Tierchaden erleidet. Ich gebe ja zu, daß es hart ist für den kleinen Tierhalter, den Bauer oder kleinen Handwerker, der ein Pferd nötig hat, um sein Feld zu bestellen oder seine Waren zu verkaufen, wenn er einen Tierchaden erleiden muß und dadurch nahezu ruiniert werden kann. Aber was tauschen sie dafür ein? Haben Sie sich die Frage vorgelegt, was der Arbeiter oder kleine Handwerker machen soll, der einen Tierchaden erleidet hat und zum Krüppel geworden ist? Um tausend Tierhalter von der lästigen Erbschaft zu befreien, geben Sie tausend arme Familienbrot dem Hunger und Elend preis! Der Arbeiter und der kleine Handwerker können sich nicht gegen Tierchaden versichern; sie sind dem Elend preisgegeben, wenn sie einen Unfall erleiden und keinen Pfennig Entschädigung bekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wohin steuern wir? Um die Verluste zu entlasten, werden Tausende von Nichtbesitzenden in die größte Gefahr gebracht. Ich will den Agrarier nicht den Vorwurf des Eigennutzes machen, aber rein menschlich betrachtet ist der Regierungsentwurf eine Grausamkeit. Jeder Tierhalter kann sein Vieh für wenige Pfennige, kann sich gegen Pferdechaden für 3 M. im ganzen Jahre versichern. Das ruiniert selbst den ärmsten Kleinbändler und Landwirt nicht, es ist eine Saumseligkeit, wenn er diese Versicherung nicht abschließt. Nun sagt allerdings die Regierungsvorlage und mit ihr Herr v. Treuenfels, die Mehrzahl der kleinen Besitzer zu bewegen, die Versicherung zu schließen. Wir können die Bauern weder für so rückständig halten wie Herr v. Treuenfels, daß er glaubt, sie nicht überzeugen zu können, wenn man ihnen den Nutzen vernünftig auseinandersetzt, noch für so grausam, daß sie sich aus Eigennut ihrer Menschenpflicht entziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Treuenfels sagt: Dann müßten wir eine Zwangsversicherung einführen und das würde den Sozialdemokraten so recht in ihren Ram passen. Zwangsversicherungen

hat es in Deutschland gegeben, noch ehe der Gedanke der Sozialdemokratie geboren war, und überall haben sie sehr vorteilhaft und wohlwollend gewirkt. So wird z. B. die zwingende Feuerversicherung in meinem Heimatlande von Millionen als Segen empfunden. Wir würden es durchaus für richtig halten, wenn auch gegen den Tierchaden eine

Zwangsversicherung der Tierhalter eingeführt würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Treuenfels berief sich weiter darauf, daß nur der durch Arbeitstiere verursachte Schaden von der Erbschaft befreit sein sollte, nicht auch der durch Luxuspferde. Aber wie wollen Sie den Unterschied machen, wenn ein Großgrundbesitzer sich ein Pferd hält, das er zuweilen auch für die Landwirtschaft oder für die Ernte gebraucht? Dann wird ihm der Richter natürlich glauben müssen, daß das Tier ein Arbeitstier ist, und der Geschädigte kommt um den Ersatz. — Der Abg. v. Treuenfels hat langsam über den Terrorismus der Arbeiter gesprochen. Ich weiß nicht, wie das zu diesem Gesetze paßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) aber ich könnte Ihnen den ganzen Tag lang wahres Material vortragen über den

Terrorismus der Arbeitgeber in Stadt und Land.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben da Hunderttausende von Einzelfällen und nicht solche Fälle, wie der Abgeordnete v. Treuenfels, bei denen schon monatelang in den Zeitungen sehrgelacht worden ist, daß an ihnen kein Wort wahr ist.

Der Abgeordnete v. Treuenfels hat sich dann über unseren Antrag auf Ersatz des Hufschadens geäußert. Weis er denn als ländlicher Großgrundbesitzer nicht, daß der Jagdpächter oder Jagdinhaber als Besitzer des Wildes gilt und daß, wer ihm ein Stück wegnimmt, als Wilddieb bestraft wird? Den Vorteil von dem Besitze des Wildes wollen sie also einstecken, aber der Pflicht zum Ersatz des Hufschadens wollen sie sich entziehen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine Änderung des § 883 liegt nicht im Interesse des deutschen Volkes. Ich bitte Sie, die Regierungsvorlage im Interesse der Menschlichkeit abzulehnen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (fr. Bg.): Wenn wir den ersten Eingriff in das bürgerliche Gesetzbuch machen, so können wir wohl verlangen, daß dieser Eingriff nach gründlichster Ueberlegung erfolgt. Vor allem ist der Begriff des Hufschadens gar nicht geklärt. Wenn der Bauer am Sonntag mit seinem Pferde spazieren fährt, ist dieses Pferd zu dieser Zeit zweifellos ein Luxustier.

Staatssekretär Rieberding: Wenn die gewünschte Kommission es versuchen wollte, als die im Laufe der Diskussion berührten Zweifelsfragen zu lösen, so kann ich Ihnen versichern, daß sie damit niemals fertig werden wird. Ich bin überzeugt, daß die Kommission zu keinem wesentlich anderen Resultat kommen wird als die verbündeten Regierungen.

Abg. Dr. Spahn (B.) empfiehlt nochmals den Antrag Ritter.

Abg. Schmidt-Wardung (B.): Nachdem der Antrag auf Kommissionsberatung nun von einer großen Partei gestellt ist, (Zuruf bei den Freisinnigen: Ach, in der 1. Lesung waren es drei ganz kleine Parteien, die zusammen nicht so viel ausmachen wie die sozialdemokratische. Widerspruch bei den Freisinnigen. Große Heiterkeit) werden wir für ihn stimmen.

Abg. Stadthagen (Soz.): (Bei der großen Unruhe schwer verständlich) bleibt dabei, daß der Entwurf eine Vereinerung von Wohlhabenden auf Kosten von Witwen und Waisen minder Wohlhabender bedeute.

Herr v. Treuenfels hat eine Reihe von angeblichen sozialdemokratischen Terrorismusthatsfällen angeführt. Sie sprechen in diesem Gesetz von der „erforderlichen Sorgfalt“. Ich halte es für eine außerordentliche Verletzung der erforderlichen Sorgfalt, wenn jemand hier eine Anzahl Zeitungsausschnitte sich zusammenlegt oder Nebenläßt, deren Inhalt als trübe Lügen und Erfindungen an der Hand des Hauses längst erwiesen ist. Es gehört zur notwendigen Sorgfalt, daß man sich erst davon überzeugt, ob das wahr ist, was man hier vorträgt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es hieße die Zeit des Reichstags unnütz vergeben, wenn wir hier auf jede Unwahrheit, die von einer gewerdmäßig Unwahrheiten verbreitenden Zeitung weitergetragen ist, eingehen wollten.

Weiter sprach Herr v. Treuenfels von seinen böserlichen Kühen und Ochsen. Er meinte, ein Ochse der auf der Landstraße einen Zug von Wahlrechtsdemonstranten erblide, würde unruhig werden und Schaden anrichten. Als Pythagoras seinen Versuch endete hatte, soll er aus Freude darüber eine Dekameter Ochsen geopfert haben. Seitdem sättern bekanntlich alle Ochsen, wenn sie die Wahrheit wittern. Ich freue mich, daß die Ochsen des Herrn v. Treuenfels anfangen, die Wahrheit der Notwendigkeit des Reichstagswahlrechts in Preußen zu wittern. (Heiterkeit.)

Der Antrag Frank (Soz.) auf Einsetzung einer Kommission von 14 Mitgliedern wird hierauf mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und des Zentrums angenommen. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Freitag, 11 Uhr vormittags. (Aufschiebe zur Brüsseler Judenkonvention und Abkommen zwischen Rußland und Deutschland über den Jucker. Zweite Beratung der Wahl- und Gewichtsordnung.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Nachtrag zum gestrigen Parlamentsbericht.

Infolge eines Verzeichens ist aus dem Bericht über die Rede des Abgeordneten Kreth ein Teil fortgefallen. Wir holen dies noch: Als Kreth sagte: „Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) es nach italienischem Muster versuchen wollten, die Kinder und Frauen als Schild bei Ihrer Demonstration zu benutzen“, erhoben sich härmliche Entrüstungsrufe von der sozialdemokratischen Fraktion. „Ihre Unterstellung ist eine etwade Insamie“, „Freiger Verleumder!“ „Verteuerung des Stamm des Kreth“, „Polizeiabspaltung“, „Sie sind schämmer als ein Spitzel!“, „Ehrender Feigling“ schwirte es zum Redner. Die durch Kreths Äußerung hervorgerufene Unruhe dauerte mehrere Minuten. Vizepräsident Kaempf versuchte vergeblich die Ruhe wieder herzustellen. „Die Kritik meiner Verion“, fuhr der Redner, dem fortbauend zuzurufen wurde: „Munter von der Tribüne!“ fort, „durch Parteibudiler, ist mir ganz egal! Wenn Herr Stadthagen ruft, ich hätte Jurat, so proponiere ich ihm ein Renkontre mit mir und verpflanze mich, keine Polizei hinzuzuziehen.“ (Heiterkeit rechts, fortbauende Rufe von den Sozialdemokraten: „Munter von der Tribüne!“) Schließlich verläßt der Redner die Tribüne mit dem schon gestern wiedergegebenen Schlußsatz.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung am Donnerstag, 23. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Freiherr v. Rheinbaben. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abg. Kreth (L.) und Genossen: „Welche Maßnahmen gedenkt die königliche Staatsregierung zu ergreifen, um Schädigungen durch den hohen Handdiskontion tunlichst von den Erwerbsfreien des Mittelstandes fernzuhalten?“

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Abg. Kreth (L.): Der hohe Diskontion hat namentlich die kleinen Landwirte schwer getroffen. Ohne die Preußenklasse wäre der Zustand überhaupt unerträglich gewesen.

Finanzminister v. Rheinbaben: Mit der glänzenden Entwicklung unserer Volkswirtschaft haben unsere Zahlungsverhältnisse nicht Schritt gehalten. Jeder von uns trägt noch viel zu viel Last mit sich herum. (Lebhafte Heiterkeit.) Der Scheid- und Giroverkehr muß noch bedeutend erweitert werden. Was in meinen Kräften steht, werde ich gern tun, um dem Mittelstand und der Landwirtschaft billigen Kredit zu verschaffen. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. v. Oederbrand (L.) beantragt die Besprechung der Interpellation, die auch beschlossen wird.

Abg. Dr. Hoffender (B.) führt aus: Nicht die Zolltarifpolitik, sondern die Konzentration der Industrie und des Bankwesens, die eine Folge des Börsensturzes sei, sei die wirkliche Ursache der Versteifung des Geldmarktes.

Abg. Kewolst (H.) erklärt sich mit den Ausführungen des Finanzministers einverstanden.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Kleinere Zahlungen sollten mehr als bisher in Silber gelistet werden, um den Goldbestand zu schonen. Mit einer Erhöhung des Kapitals der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse bin ich einverstanden. (Beifall.)

Abg. Dr. Erüger-Hagen (fr. Bg.): Die Zollpolitik hat zweifellos zu einer Preissteigerung für alle Produkte und auch des Geldes beigetragen. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind eben das Produkt der gesamten Wirtschaftspolitik, und man sollte nicht bei den kleinen Gewerbetreibenden die Hoffnung erwecken, daß sie durch eine Erhöhung des Kapitals der Zentralgenossenschaftskasse vor den Schwankungen des Diskontionsfußes bewahrt werden könnten. (Sehr richtig! links.) Mit künstlichen Mitteln läßt sich auf dem Kreditgebiet gar nichts erreichen. (Beifall links.)

Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse Heitgenstadt: Den Vorwurf des Vorredners, wir wollten einen stabilen Zinsfuß einführen, hat er dem Arsenal seiner „östen Kamellen“ entnommen. (Heiterkeit.) Wir haben uns niemals angewagt, einen stabilen Zinsfuß einzuführen zu können, das ist nur in gewissem Maße in einem bestimmten engen Kreise möglich. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Münchberg (fr. Bg.): Um meisten haben die Großbanken unter dem hohen Zinsfuß zu leiden gehabt. (Sehr richtig! links.) Der hohe Zinsfuß ist doch nur die Folge der rückläufigen Konjunktur, die sich so schwer, besonders im Baugewerbe, bemerkbar macht und zu der großen Arbeitslosigkeit führt. Auch ich habe den dringenden Wunsch, daß der Scheckverkehr sich in den weitesten Kreisen einbürgert, aber der Herr Finanzminister sollte noch ein weiteres tun und eine allgemeine Verfügung erlassen, daß alle Beamten angewiesen werden, Schecks unter allen Umständen anzunehmen. (Bravo! links.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Es folgt die Beratung der folgenden Interpellation Graf v. Carmer:

„Welche Maßnahmen gedenkt die kgl. Staatsregierung zu treffen, um den immer mehr überhandnehmenden Ausschreitungen bei dem Betriebe von Kraftfahrzeugen besser wie bisher zu begegnen?“

Eisenbahnminister Breitenbach erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort:

Abg. Graf v. Carmer (L.): Die Robeit mancher Automobilfahrer, die rücksichtslos im rasenden Tempo dahinfahren, muß von uns auf das schärfste beurteilt werden. Besonders tun sich hierbei die sogenannten Sonntags-Automobilisten hervor. Das Schlimmste ist, daß sich solche Kautler dann noch der Verantwortung durch die Flucht entziehen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist in über 16 Woch. sämtlicher Anfälle der Fall gewesen. Ebenso beurteilenswert ist natürlich die Selbsthülle des Publikums, die sich auch gegen unschuldige Kautler richtet. Dabei muß der Staat mit Verordnungen eingreifen; die Prüfung der Chauffeure muß verschärft und unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Ferner müssen die Strafen, die natürlich nicht der Chauffeur, sondern der reiche Automobilbesitzer trägt, wesentlich erhöht werden.

Eine unerhörte Belästigung des Publikums liegt weiter darin, daß auf öffentlichen Straßen Automobilkennzeichen abgehoben werden. (Sehr richtig! rechts.) Endlich halten wir eine verstärkte Haftpflicht der Automobilbesitzer für dringend geboten und hoffen, daß das betreffende Gesetz dem Reichstag baldmöglichst zugeht. (Bravo! rechts.)

Minister Breitenbach: Die Regierung erkennt ihre Verpflichtung an, die Bevölkerung vor den Gefahren des Automobilverkehrs zu schützen. Andererseits ist es ihre Aufgabe, die Entwicklung der bedeutungsvollen Automobilindustrie zu fördern. Ein Teil der Beschwörden erklärt sich immer noch aus der Reueit dieses Verkehrs. (Widerpruch.) Bei der Einführung des elektrischen Straßenbahnverkehrs haben wir genau dieselben Erfahrungen gemacht. Der größte Teil der Gefährdungen durch Automobile ist allerdings auf Unwissenheit zurückzuführen. (Sehr richtig!) Es sind bereits jetzt einheitliche Polizeiverordnungen über das ganze Staatsgebiet erlassen, die scharfer sind als in allen anderen Bundesstaaten. Den Exekutivorganen ist es aber leider in vielen Fällen nicht möglich, die Exzedenten zu fassen. Zweifelslos weilt der heutige Zustand noch Mängel auf. Das Maximum der Polizeistrafe ist ungenügend. Durch Gesetz wird den Polizeibehörden die Befugnis gegeben werden müssen, höhere Haftstrafen zu erlassen, ferner unzuverlässigen Fahrern, auch Selbstfahrern, die Fahrerlaubnis zu entziehen. Weiter müssen von Staats wegen Kurse für Chauffeure eingeführt oder beauftragt werden. Leute, die wegen Robeitvergehen bestraft sind, sollten nicht zu den Prüfungen zugelassen werden. (Bravo! rechts.) Das Haftpflichtgesetz wird dem Reichstag bald zugehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Kehr v. Enneten (B.): Die Maßnahmen gegen fahrlässige Automobilisten sollten erheblich verschärft werden. Leute z. B., die auch nur einmal mit einer gefälschten oder ungenügend gemachten Nummer betroffen werden, sollten niemals mehr ein Automobil fahren dürfen.

Abg. Strocker (L.): Wir haben wohl alle die Empfindung, daß die Regierung gegen die Unwissenheit des Automobilverkehrs bisher nichts Genügendes getan hat; sonst hätten wir doch andere Erfolge zu verzeichnen. (Sehr richtig!) Der Kurfürstendamm in Berlin wird von den Automobilisten als Rennbahn benutzt. Bei der Tauwundernfahrt hat man tagelang die Chauffee für jeden anderen Verkehr

gesperrt.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung; Etat der Geseits- und der Domänenverwaltung.)

Schluß 5 Uhr.

Der Reiz des Militäretats in der Budgetkommission.

(28. Januar.)

Die Sitzung wird aufgenommen mit der Weiterberatung der einmaligen Ausgaben. Die Titel 99 bis 109, welche Forderungen für Unteroffizierschulen und Waffenwesen in verschiedener Höhe enthalten, werden ohne Debatte bewilligt. In Titel 110 werden 13 806 000 M. für Versuche im Waffenwesen gefordert, 10 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre. Der Referent Erzberger gibt auf Grund der ihm in einer vertretlichen Vorberprechung mit den Vertretern des Kriegsministeriums gewordenen Kenntnisse eine Begründung dieser außerordentlich hohen Forderung. Die Kommission will, ohne ein Wort zu sagen, die Forderung bewilligen, aber Genosse Sadelum erhebt Einspruch und verlangt, daß sie selbst die technische Begründung zu diesen hohen Forderungen gebe und sich nicht hinter den Referenten verberge. Erzberger läßt das als einen gegen ihn gerichteten Angriff auf, Sadelums Angriff richtet sich indessen allem gegen den Kriegsminister und dessen zahlreich antwortende militärische Beiräte. Trotz wiederholter scharfer Herausforderung des Kriegsministers durch Sadelum bleibt dieser schweigend sitzen, und die ihm unangegebenen Offiziere mögen natürlich nicht zu reden. Diese Rücksichtslosigkeit gegen die Budgetkommission, die allerdings, wie es scheint, nur von den Sozialdemokraten empfunden wird, dürfte zur Folge haben, daß die Posten im Plenum um so eingehender besprochen wird, was den Kriegsminister dann wohl um ein Spröden bringen wird. — Die Anforderung wird genehmigt, ebenso eine große Zahl weiterer Postionen.

Bei einer neuen Ausgabe für die Artillerie im Betrag von 13 Millionen Mark (Titel 118) zwingt Erzberger den General v. Armin dadurch eine Begründung zu geben, daß er selbst mit seinen Ausführungen wartet, bis die Militärverwaltung ausführliche Angaben gemacht hat. Diese Anforderung wie die weiteren in den Titeln 119 bis 121 werden ohne Debatte bewilligt. In Titel 122 werden 120 000 M. verlangt für Erweiterung eines eigenen Wasserwerkes der Militärverwaltung in M. Frödingen. Es liegt dazu eine Petition der Stadt vor, welche die Militärverwaltung Wasser anbietet. Sadekm., Erzberger und der Korreferent sprechen gegen die Forderung der Regierung, weil damit eine durchaus unwirtschaftliche Ausgabe gemacht werde; sie stellen den Antrag, den Vorkauf zu streichen. Nachdem der Kriegsminister die Forderung verteidigt und darauf hingewiesen hat, daß 40 000 M. für Grundwerb zur Erhaltung des schon bestehenden Werkes absolut notwendig seien, kommt Erzberger entgegen und beantragt nur 40 000 statt 120 000 M. zu bewilligen. Der Antrag wird gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen angenommen, die Petition als Material überwiesen. Der Rest der einmaligen Ausgaben wird ohne Erwägungen genehmigt.

Der außerordentliche Etat erfordert 40 Millionen Mark, meist für Festungsbauten. Es werden hierbei eine Anzahl Beschwerden über die Kanonendruckungen der Bewohner in den Festungen vorgebracht. Nach langer Debatte, in welcher die Militärverwaltung sich eingehend über das Festungswesen äußert, werden die geforderten Summen bewilligt.

Die einmaligen Ausgaben für den sächsischen und württembergischen MilitärEtat werden nach kurzer Begründung durch den Referenten ohne Abänderung genehmigt.

Die recht geringen Einnahmen beim MilitärEtat finden nach unwesentlicher Debatte Genehmigung.

Die Beratung wendet sich nunmehr dem folgenden, schon vor einigen Tagen gestellten Antrag Erzberger und Genossen zu: Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens im Reichshaushaltetat für das Jahr 1909 Maßnahmen zu treffen, um:

1. eine Erhöhung der Löhne der bei der See- und Seeverwaltung — ausschließlich der Feldzeugmeisterei — beschäftigten Personen in der Weise einzutreten lassen zu können, daß die Löhne mindestens nicht hinter den ortsüblichen Löhnen zurückbleiben;
2. für die in der Feldzeugmeisterei beschäftigten Personen den Neuntugendtag einschließlich der bezahlten Pausen durchzuführen zu können.

Korreferent v. Stern wendet sich gegen den Antrag; er beantragt seinerseits, daß die Militärverwaltung nur in Erwägung darüber einzutreten, ob die im Antrag Erzberger erhobenen Forderungen erfüllt werden können. General Sigt v. Armin glaubt, daß Erzberger zu seinem Antrag nur gekommen sei, weil die Lohnsituation schwer verständlich ist und kein genaues Bild gibt. Was die Arbeitszeit anlangt, so bestrebt sich schon fast überall der neuntägige Arbeitstag, allerdings die Pausen nicht eingerechnet.

Abg. Städel ist mit dem Antrag Erzberger einverstanden; dem zweifellos seien die Löhne zu niedrig. Bedenken erregt nur der Ausdruck „ortsüblicher Lohn“. Er möchte genaue Auskunft von der Militärverwaltung haben, was sie unter ortsüblichen Lohn versteht und wie sie den feststellt. Ihm sind Vorgänge bekannt, die ein recht eigenartiges Licht auf die hier bestehende Praxis werfen. Die Militärärzte suchten im Audienz beim Kriegsminister nach, um Klarheit über die Lohnfestsetzung zu erlangen; die Audienz wurde vom Kriegsminister abgelehnt, und nachdem die Arbeiter dann ihre Beschwerden schriftlich eingereicht, schrieb ihnen General Sadow, es liege keine Veranlassung zu Änderungen vor! Weiter bringt Städel Beschwerden über die

Rümpfe im Bekleidungsamt Altona-Wahrenfeld vor. Dort sollten die Schneider den neuen Waffentrock, der mehr Arbeit erfordert als der alte, zum gleichen Preise wie den alten fertigen. Es kam zu Konflikten und man machte zwei Arbeiterauschmittglieder, weil sie der Schneiderorganisation angehörten; Ueberhaupt bestanden dort tolle Zustände; die Arbeitsordnung gleicht einer Gefängnisordnung und fast hinter jedem Schneider steht ein Aufsichtsbote. Die Bezahlung ist auch sehr unterschiedlich in den verschiedenen Bekleidungsämtern; in Thorn und Danzig gab man Arbeit an Innungsmeister, welche sie aber bei Heimarbeiter herstellen ließen. Die Schneider des Bekleidungsamtes Straßburg erhalten z. B. für den Rod 6,80 M., jenen Zwischmeistern zahlt man 8,50 M.

Der Kriegsminister antwortete ziemlich heftig: Die Arbeiterdeputation habe er nicht empfangen, weil er voreilig gewesen. Die ortsüblichen Löhne würden festgelegt durch Erlaubigung bei den Handwerkerlammern und Gemeindebehörden. Es sei vorenthalten entlassenen Schneider seien „Deyer“ gewesen; es sei von der sozialdemokratischen Gewerkschaft ein förmlicher Feldzug gegen das Bekleidungsamt inszeniert worden. General Sadow malt das Bild noch etwas graufiger: Brandreden seien gehalten und Geld für die Gewerkschaft gesammelt worden; deshalb habe man vier Mann entlassen.

Erzberger zieht seinen Antrag zugunsten des v. Sterns zurück! Mit der Heimarbeiter ist er auch nicht einverstanden, glaubt aber dem General v. Sadow, daß die Konstitutionsfreiheit in den Militärwerkstätten gesichert sei. Städel hat keine Lust, sich mit dem Kriegsminister über die Sozialdemokratie auseinanderzusetzen. Zur Sache selbst weist er nach, daß Lohnführungen stattgefunden; die Festlegung des ortsüblichen Lohnes ist so, wie es jetzt geschieht, durchaus mangelhaft; die maßgebenden Stellen werden nicht erst gefragt. Im weiteren spricht er eingehend gegen die Heimarbeiter; auch an ihm gegen Heimarbeiter; über die Beschwerde Städel's will er sich kein Urteil erlauben. General v. Sadow gibt Städel zu, daß die Heimarbeiter von der Militärverwaltung nicht gefördert werden soll.

Der Antrag v. Stern wird daraufhin angenommen. Es werden sodann eine große Anzahl Petitionen erledigt, womit die Beratung des MilitärEtat's ihren Abschluß findet.

Der Etat des Allgemeinen Pensionsfonds führt zu einigen Auseinandersetzungen über Pensionsberechtigungen usw. Es wird ein Antrag des Abg. Dr. Orlow angenommen, wonach den Militärrentnern ein Teil ihrer Militärrentzeit bei Verrechnung des Grundgehalts anzurechnen ist.

Das Reichsvereinsgesetz vor der Kommission.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung des Reichsvereinsgesetzes setzte am Donnerstag ihre Beratungen bei § 2 der Regierungsvorlage fort, der nach dem Entwurf folgenden Wortlaut hat:

„Jeder Verein, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, muß einen Vorstand und eine Satzung haben.“

Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Woche nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen.

Ebenso ist jede Aenderung der Satzung, sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Woche nach dem Eintritt der Aenderung anzugeben.

Die Satzung sowie die Aenderungen sind in deutscher Fassung einzureichen.“

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.) stellte und begründete den Antrag, den Absatz 1 folgendermaßen zu fassen:

„Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein) muß einen Vorstand und eine Satzung haben.“

Auch das Zentrum hat eine Reihe von Abänderungsanträgen zu diesem Paragraphen gestellt. Sein Hauptantrag hat folgenden Wortlaut:

„Jeder Verein, der eine Einwirkung auf die Regelung poli-

schung haben. Politische Angelegenheiten im Sinne dieser Bestimmungen sind solche, welche Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates, die staatlichen Rechte der Bürger und die internationalen Beziehungen der Staaten in sich begreifen. Vereine, welche eine Einwirkung auf die Regelung politischer Angelegenheiten im Rahmen der Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personenzweige bezwecken, gelten nicht als politische Vereine.“

Weiter beantragt das Zentrum, dem § 2 einen neuen Absatz hinzuzufügen:

„Auf Zweigvereine, Ortsgruppen, Zählstellen und sonstige örtliche Abteilungen eines Vereins finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.“

Nachdem Abg. Trimborn (Z.) diese Anträge begründet hatte, verteidigte Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg die Regierungsvorlage. Er wandte sich gegen alle Anträge, die die Rechte der Vereine weiter einzuschränken, und wollte auch die Wahlvereine und Wahlversammlungen von den Polizeibestimmungen des § 2 nicht ausgenommen wissen.

Die sozialdemokratischen Anträge zu diesem Paragraphen begründete Genosse Heine: Wir schlagen für den Absatz 1 folgende Fassung vor:

„Jeder Verein, der bezweckt, durch mündliche Erörterungen und Versammlungen auf die Gesetzgebung des Staates einzuwirken (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben.“

Zur Begrenzung des Begriffes eines politischen Vereins sollen dem Absatz 1 noch folgende Worte hinzugefügt werden:

„Als politisch im Sinne des Vereinsgesetzes sind nicht anzusehen die Zwecke, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Teilnehmer oder weite Kreise herbeizuführen oder die geistige oder körperliche Ausbildung der Teilnehmer oder weiterer Kreise zu fördern, sowie religiöse Zwecke, auch wenn diese Zwecke durch Einwirkung auf die Gesetzgebung verfolgt werden.“

Der Absatz 2 soll nach den Anträgen unserer Fraktion folgende Fassung erhalten:

„Der Vorstand ist verpflichtet, die erfolgte Gründung des Vereins binnen einer Woche der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde anzuzeigen. Die Anmeldung von Vereinen, die ihre Tätigkeit über den Bezirk eines Ortes ausdehnen, z. B. durch Abhaltung von Versammlungen, Verendung von Druckschriften, Errichtung von besonderen Zweigvereinen, Filialen, Zählstellen oder dergleichen, hat nur am dem Orte zu erfolgen, wo der Sitz der Zentralverwaltung ist.“

Die Absätze 3 und 4 des Paragraphen sollen nach unseren Anträgen gänzlich gestrichen werden.

Unter Anführung zahlreicher Beispiele wies Genosse Heine nach, daß die Fassung des sozialdemokratischen Antrages am besten geeignet sei, die Polizeibehörden ein wenig einzubämmen.

Nachdem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg in längerer Rede versucht hatte gegen Heines Ausführungen zu polemisieren, wendete sich Abg. Kohl (Z.) in temperamentvoller Rede gegen die Angelegenheit der Vorstandsmittelglieder bei politischen Vereinen. Die Reichstagsabgeordneten aus Bayern würden sich bei der Annahme solcher Bestimmungen in ihrem Lande nicht mehr sehen lassen können. Der Redner sagte sein ganzes Entsetzen über den preussisch-reaktionären Charakter des Reichsvereinsgesetzes in die Worte zusammen:

„Gott sei Dank, daß ich kein Preuße bin!“

eine Bemerkung, die der Vorsitzende als „der Sache nicht dienlich“ bezeichnete.

Abg. v. Bayer (Deutsche Sp.) betonte, es schade jedenfalls nichts, wenn die Herren von der Regierung erfahren, wie die Stimmung im Lande sei. Die Vertreter der süddeutschen Staaten, die bis jetzt freiere Zustände gehabt hätten, empfänden die große Verantwortung, die sie mit der Annahme eines rückschrittlichen Reichsvereinsgesetzes auf sich nehmen würden. Er werde nach dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen seinen Antrag aufrecht erhalten, die Ausführungsbestimmungen zum Reichsvereinsgesetz der Gesetzgebung der Einzelstaaten zu überlassen. — Abg. Dr. Zund (natl.) forderte von dem Süden, daß er im Interesse eines einseitigen Reichsvereinsgesetzes auf seine Freiheiten verzichten solle! — Der Direktor im Reichsamt des Innern, Just., ließ keinen Zweifel daran, daß nach Ansicht der Regierung die Polizeipraxis und die Judikatur sich um die Definitionen des Gesetzes wenig kümmern würden. Wenn man auch die Zweigvereine usw. ausdrücklich von der Anmeldung befreie, so werde doch in jedem einzelnen Falle von der Behörde geprüft werden müssen, ob nicht eine selbständige Gründung und ein angelegentliches Vereinsgebilde vorliege!

Abg. Heine (Soz.) zog aus dem Gang der Beratungen den Schluß, daß die Kommission umsonst arbeiten werde. Die Regierung widerlegte sich auch den kleinsten Verbesserungsanträgen und wolle im § 2 des Entwurfs alle Schikanen, über die man sich bisher empört habe, aufrecht erhalten. Die Erklärung des Regierungsvorsetzers über das Recht der Filialvereine zeige deutlich die Absicht, alles beim Alten zu lassen.

Wenn die Regierung die vom Reichstage beschlossenen Aenderungen nicht akzeptiere, möge sie die Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes tragen.

Abg. Müller-Reinigen bittet den Staatssekretär und die besondern Parteien um wohlwollende Prüfung des freisinnigen Antrages. Aus den Worten des Abg. Kohl könne der Staatssekretär ja ersehen, welches Haberkelldreien seitens des Zentrums gegen die Liberalen in Bayern losgehen werde, wenn sie nicht darauf bestehen blieben, die Freiheit der Wahlvereine vor Eingriffen durch die Polizei zu sichern! Die Stellung der Liberalen sei so schwer, daß die übrigen Parteien und die Regierung darauf Rücksicht nehmen und die liberalen Anträge annehmen sollten. — Abg. Dietrich (L.) meinte, aus solchen Erwägungen dürften doch nicht Gesetze zustande kommen. Redner jammert nachdrücklich darüber, daß die württembergische Regierung den internationalen Sozialkongress in Stuttgart nicht durch ein Präsidiumsvotum bereite habe. — Graf Oppersdorf (Z.) teilt seine Erfahrungen aus der Praxis mit. Als Vorsteher eines Bauvereins habe er ein großes Interesse daran, die Anmeldebüro solcher Vereine zu beschließen.

Den Schluß der Beratungen bildete eine staatsmännische Rede des Herrn v. Bayer (Deutsche Sp.), der nicht radikal abgeneigt ist, an gewissen Stellen Opfer zu bringen! Aber dann müsse das ganze Gesetz einen erheblichen Fortschritt darstellen.

Nächste Sitzung am 30. Januar.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Beratung des dem Reichstage vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes betreffend Aenderung des § 63 des Handelsgesetzbuches hat gestern ihre erste Sitzung abgehalten. Bei der Beratung im Plenum hatten sich alle Parteien gegen die von der Regierung vorgelegene Aenderung, die den Handlungsgehilfen im Falle der Erkrankung während der ersten sechs Wochen ihr volles Gehalt sichern, dafür aber das Krankengeld als Teilersatz für die Gehaltszahlung dem Prinzipal zumachen lassen will, ausgesprochen. Es war deshalb anzunehmen, daß die Regierungsvorlage im Sinne des Reichstages abgeändert werden würde und daß bei der Einmündigkeit der Parteien eine einzige Sitzung für die Kommissionsarbeit genügen würde. Die Regierungsvorlage haben diese Absicht aber gründlich durchkreuzt. Der Unterstaatssekretär Richter hielt eine lange Rede, in der er immer und immer wieder die Versicherung aussprach: wenn man den Gehältern zu dem Gehalt auch noch das Krankengeld zählte, werde der Simulations-Tat und Tor geöffnet; deshalb dürfe man nicht weiter gehen als die Regierung vorschlägt.

Genosse Singer wies mit Nachdruck darauf hin, daß derjenige Gehälter, welcher Krankheit simuliere, die Kündigung zu gewärtigen habe und daß schon um deswillen und weil der Arzt auch nicht leicht zu täuschen sei, sich Mißstände nicht ergeben könnten. Die Regierungsvorlage bedeute gegenüber dem bestehenden Zustande für 83 Prozent der Handlungsgehilfen eine sehr nennenswerte Verschlechterung.

Hierauf verlas Geheimrat Stutzmann eine Menge von der Regierung bei Handelstaunern und auch einigen Kaufmannsgerichten eingeholter Gutachten über die vorliegende Frage, die mit wenigen Ausnahmen sich für eine Aenderung des jetzigen Rechts aussprechen. Kein Wunder! Die Unternehmer werden, wenn die Regierung ein Gesetz einbringt, welches sie entlastet, natürlich nicht sagen: wir sind mit dem bisherigen Zustande zufrieden.

Nächste Sitzung: Freitag, den 31. Januar.

Wahlprüfungskommission.

Gegen die Wahl der Abgeordneten Will, Zentrum (Wahlkreis Straßburg-Land) und Wittberger, ex-lothr. Zentrumspartei (Wahlkreis Hagenua-Weihenburg) lag der Protest eines einzelnen Wählers vor, der angibt, in seinem Wahlrecht beschränkt worden zu sein. Da der Protest sehr unklar und ohne jede Bedeutung für das Endergebnis der Wahl der genannten zwei Abgeordneten ist, wird von der Kommission die Gültigkeitserklärung beim Plenum beantragt.

Die Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Erleichterung des Wechselprotestes hat in zwei Sitzungen ihre Arbeiten bis auf die Feststellung des Berichtes beendet. Nennenswerte Aenderungen hat die Kommission an dem Entwurf nicht vorgenommen. Ein Antrag des sozialdemokratischen Mitgliedes der Kommission, des Abg. Lehmann, die Protestgebühren durch das Gesetz festzulegen, wurde abgelehnt, weil die Regierungsvorlage erklärt, freie Hand behalten zu müssen. Staatssekretär der Reichs-Verwaltung teilte auf Verlangen mit, daß die Postverwaltung für Wechselbeträge bis zu 500 M. 1 M. und für solche über 500 M. 1,50 M. als Protestgebühren in Aussicht genommen habe. Die von unserer Seite beantragten Gebühren von 50 Pf. für Wechselbeträge bis 200, 1 M. bis 500 und 1,50 über 500 M. fanden bei den Parteien wohl Billigung, nur wollte man die Regierung nicht binden. Für das Plenum wurde eine entsprechende Resolution von den Zentrumsdirektoren in Aussicht gestellt.

Einkauf.

Aus dem Reichstag: Inoffizielle, Vollziehungsprotokoll, Protokoll, Abkommen und Denkschrift nebst Anlagen in Sachen diverser Lieferverträge.

Resolutionen: Ortel (natl.), Fünfswanzenpfennigstücke, Dr. Heine (natl.), einheitlicher Strafpolizist für das Deutsche Reich und Vierung von amtlichen Wählurnen, Wasser (natl.), Sonderstrafrecht, Straßverfahren, Strafpolizist für jugendliche Personen, Fintel (natl.), die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den § 1 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes vom 30. Juni 1900 dahin abändern zu lassen, daß die Versicherungs-pflicht 1. auf alle Handelsgeschäfte, soweit sie mit Lagerungs- und Beförderungsbetrieben verbunden sind, ohne Rücksicht auf eine Eintragung in das Handelsregister und 2. auf die gesamte Tätigkeit des Geschäfts ausgedehnt wird.

Denkschrift, betreffend die Entwicklung des Kaufhaus-Gebiets in der Zeit vom Oktober 1906 bis Oktober 1907.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus: Antrag Dr. Gottschalk und Genossen:

Die königliche Staatsregierung um die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch den für den Umfang der Monarchie

a) die Dauer der Schulspflicht nach einheitlichen Gesichtspunkten, jedoch unter Berücksichtigung berechtigter Sonderverhältnisse der einzelnen Landesteile geregelt,

b) einheitliche Bestimmungen über die Folgen der ungerechtfertigten Schulverhinderung, die Voraussetzungen ihrer Strafbarkeit, den Kreis der verantwortlichen Personen, die Art und Höhe der Strafen und das Strafverfahren getroffen werden. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die weitere Klaffschließung des staatlichen Bezuges an Steinkohlenfeldern im Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Baubericht der Eisenbahnverwaltung für den Zeitraum vom 1. Oktober 1906 bis dahin 1907 (nebst den Rechenheftberichten über die Verwendung der extraordinären Dispositionsfonds dieser Verwaltung für das Staatsjahr 1906).

Aus der Partei.

Das Kommunalprogramm der französischen Sozialisten. Paris, 21. Januar. (Fig. Ver.)

Der Nationalrat hat in seiner Versammlung am Sonntag ein Manifest für die in diesem Jahr stattfindenden Gemeindevahlen beschlossen. Der Aufruf stellt ein Minimalprogramm auf, das folgende Forderungen enthält:

1. Proportionalwahl und Gemeindeautonomie.
2. Ausdehnung des Gewerkschaftsrechts auf alle Arbeiter und Angestellten der Gemeinde.
3. Einführung von Klauseln über Arbeiterschutz bei Vergabung von Arbeiten.
4. Beteiligung der Kommune bei der Versicherung der Mütter, Kinder, Greise, Kranken, Invaliden und Arbeitslosen.

5. Unentgeltliche Lieferung des gesamten Unterrichtsmaterials, Errichtung bezw. Ausgestaltung von unentgeltlichen Schulfantinen, Gründung von Fachschulen und Gemeindebibliotheken.

6. Aufhebung des Oktrois und freie Bestimmung der mit Teilnahme des Staats einzuführenden Erbschaften.

7. Rückfall der an Finanzgesellschaften überlassenen Monopole an die Gemeinden und Gemeindeverbände. Ausdehnung des landwirtschaftlichen und industriellen Besitzes der Gemeinde.

Der Aufruf schließt mit der Hervorhebung des grundsätzlichen Gegensatzes, der aus dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehenden sozialistischen Partei zu allen bürgerlichen Parteien. Er weist auf das Endziel des Sozialismus, die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln hin und verkündet die internationale Solidarität der Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie in Milwaukee. Ueberall, wo die Sozialdemokratie beginnt, „gefährlich“ zu werden, d. h. die Macht zu erlangen, da fangen auch die gegnerischen Parteien an, sich zu verbünden und zu verbinden gegen den „gemeinsamen Gegner“, eben die Sozialdemokratie. Diese Erfahrung machen jetzt auch die Genossen in Milwaukee, der Hauptstadt des Staates Wisconsin der Vereinigten Staaten. Dort finden demnach die Arbeiterwahlen statt. Die sozialistische Bewegung ist dort allmählich so erstarkt, daß Aussicht vorhanden ist, sämtliche 12 Aldermen mit Sozialisten belegen zu können und selbst die Erwählung eines sozialistischen Mayors ist nicht ausgeschlossen. Die Genossen von Milwaukee, die schon heute einen Teil der Stadtverwaltung in Händen haben, würden diese dann vollständig beherrschen, und da sie bisher einer ebenso energischen als klugen Politik befolgten, so ist nicht zu zweifeln, daß ihre Herrschaft der Stadt zum großen Vorteil gereichen würde. Große Teile der Bevölkerung, die der Sozialdemokratie heute noch feindlich gegenüberstehen, würden dann für sie gewonnen werden und die gegnerischen Parteien hätten wahrscheinlich überhaupt keine Aussicht mehr, die Sozialdemokraten aus der Stadtverwaltung zu verdrängen. Das Beispiel Milwaukee würde aber auch vorbildlich werden für die anderen Großstädte des Landes und das muß womöglich verhindert werden. Und so haben sich die beiden bürgerlichen Parteien, die Republikaner und die Demokraten mit einander verbunden, um den Sozialisten den Sieg freizugeben zu lassen. Die beiden Parteien stellen je sechs Kandidaten auf und wollen diese gemeinsam durchbringen. Werden die Korruptionäre der beiden

feindlichen Lager wirklich einig, so ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß sie diesmal die Sozialdemokraten nochmals verdrängen. Immerhin hat dieser Kampf das eine gute, daß er Klarheit schafft und vielen Arbeitern die Augen öffnet wird.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Polizei-Mergernis.

Am 11. Dezember 1907, während einer Versammlung in Thorn, erwarb der Abgeordnete der Polizei von unierem Genossen Kunkel ein Exemplar der Broschüre „Sodom und Gomorra“. Nach reichlich einem Monat erhielt Kunkel einen polizeilichen Strafbefehl, weil er „Druckschriften, die in sittlicher Beziehung Mergernis zu geben geeignet sind, in einer öffentlichen Versammlung, also an öffentlichen Orten feilgeboten habe.“ Mit dreißig Mark oder zehn Tagen Haft sollte die Missetat gesühnt werden. Diese neueste Thornener Polizeiaktion dürfte vor Gericht kläglich zusammenbrechen, denn die Sache zur Entscheidung unterbreitet wird. In ihrem Eifer die „in sittlicher Beziehung Mergernis erregenden Stellen“ der Broschüre herauszubestimmen scheint es der Polizei an Zeit gefehlt zu haben, sich auch darüber zu informieren, ob es sich um eine gerichtlicherseits verbotene oder auch nur beanstandete Druckschrift handelt.

Im übrigen hat sich die Thornener Polizei ohnehin schon gewissen Ruhm im Kampfe gegen die moderne Arbeiterbewegung erworben. Wir erinnern z. B. daran, daß ein „Ueberwachender“ seinerzeit die Entfernung der Spazierstöcke und Schirme aus dem Versammlungssaale verlangte. Die harmlosen Gebrauchsgegenstände sollten dem Polizisten Waffen zu sein. — In einem anderen Falle hatte man unseren Genossen Schulz in Thorn in Verdacht, Verfasser der staatsgefährlichen Schrift „Blut und Eisen“ zu sein. Ein Glück nur, daß der Thornener Schulz seine Unschuld nachweisen konnte. — Endlich bereitet die Polizei, bis in die neueste Zeit hinein, trotz aller zum Teil erfolgreicher Veschwerden, den Frauen Schwierigkeiten, die an öffentlichen Volksversammlungen teilnehmen wollen.

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung einiger Bergwerksbesitzer wurde der Genosse Schubert vom „Sächsischen Volksblatt“ zu Zwickau zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkchaftliches.

Terrorismus.

Man klagt in der Scharfmacherpresse gern über den angeblichen Terrorismus der Gewerkschaftler, während man umgekehrt den gegen diese geübten Terror tofschweigt oder beschönigt. Heute im Zeitalter der „Selben“ ist es nun schon keine Seltenheit mehr, daß nicht nur die Unternehmer, nein, daß auch die „besonders nützlichen Elemente“ gegen organisierte Arbeiter in einer Weise auftreten, die nur zu vergleichen ist dem Tun der Steinhunde, die nicht in die eigene Kette beißen, sondern auf den Losfahren, der sie davon bestreuen will.

Vor einiger Zeit fing in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik ein neuer Werkzeugmacher an. Ein Kollege fragte den Neueingetretenen, ob er organisiert sei. Auf diese ruhige Frage gab der neue Werkzeugmacher dem Fragenden einen Stoß vor die Brust, ergriff einen Hammer und wollte damit auf den Fragesteller einhauen. Die übrigen Kollegen, die bei diesem Vorfall zugegen waren, ließen sich trotz ihrer Empörung nicht hinhängen, sondern beauftragten eine Kommission, bei der Direktion vorfiellich zu werden, um die Entfernung des gewalttätigen Menschen aus der Abteilung und eventuelle Verlegung nach einer anderen Abteilung zu verlangen. Dieses Verlangen war auf Grund der Arbeitsordnung berechtigt. Doch was geschah? Der Direktor Walzer stellte die Arbeitsordnung auf den Kopf und erklärte, nicht der Mann, der einen Mitarbeiter tätlich angegriffen hat, ist zu entlassen, sondern die gesamten Werkzeugmacher der Abteilung haben aufzuhören und der Schläger bleibt. Wie übrigens die Geldern auch sonst verfahren, lehrt folgender Vorfall: Am Montagabend, als schon längst kein Streikposten mehr vor der Fabrik war, kam der Veranlasser der ganzen Differenz, ein Schlosser Bloch, aus dem Betrieb. Vor dem Betrieb standen 2 Mann. Der eine war ein Metallarbeiter, der auf einen Bekannten wartete, der andere war, wie sich später herausstellte, der Sohn des Schlossers Bloch. Die beiden hatten sich vorher ruhig über gleichgültige Dinge unterhalten. Als nun der Schlosser Bloch aus dem Betrieb kam und seinen Sohn mit einem fremden Mann im Gespräch sah, griff Bloch ohne weiteres in seine Leberziehtasche, holte einen Revolver heraus und feuerte ab. In der Nähe befand sich auch ein junges Mädchen mit einem Kinde. Beide sind, wie es scheint, mit dem bloßen Schreck davongekommen.

Ob wegen dieser Schlägerei gegen den „Selben“ etwas unternommen wird?

Wir glauben's leider nicht! Die Werkzeugmacher können sich nur selbst helfen, indem sie den Betrieb so lange meiden, bis man sie von der Gefellchaft derartiger Terroristen befreit.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter und Handwerker der Englischen Gasanstalten Berlin und Umgegend haben Lohnforderungen aufgestellt, über welche sie in einer öffentlichen Versammlung, die am Mittwochabend in den Armnhallen stattfand, Beratung pflogen. Der Referent Wolenski führte aus, daß die Gasarbeiter gerechten Anspruch auf eine Erhöhung der Löhne haben. Seit 1899 wurden einmal die Löhne, nämlich 100%, und nur um 5 Proz. erhöht. Im vorigen Jahre war die Bewegung unter den Gasarbeitern auf eine Ver- längerung der Arbeitszeit gerichtet und man hatte auch Erfolg damit. Jetzt gilt es, den geringen Lohn etwas zu verbessern. Im Sommer hatte man einen Vorstoß gewagt und die Ver- waltung der Werke erklärte sich nicht gegen eine Erhöhung der Löhne, wollte aber erst darauf warten, daß die städtischen Gasanstalten eine Lohnhöhung vornehmen.

Die folgenden Forderungen sind durch die Arbeiterausschüsse des Aufgebetriebes, der Gaswerke Gitschinerstraße, Schöneberg, Marien- dorf, Oberpreze, der Ammoniakfabrik und der Gaslocherabteilung eingereicht worden:

In die Stelle der Tagelöhne treten Wochenlöhne unter Zu- grundlegung von 6 Arbeitstagen zu 9 Stunden bzw. 6 Schichten zu 8 Stunden.

In die Woche fallende Feiertage werden voll bezahlt.

Für Arbeiten an diesen Tagen sowie für Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 100 Proz. gewährt.

Ueberstunden werden mit 50 Proz., Nacharbeit mit 100 Proz. Zuschlag bezahlt.

Für Schichtarbeiter gilt die 7. Schicht innerhalb einer Woche als Sonntagsarbeit und wird dementsprechend berechnet.

Die Wochenlöhne betragen:

Für Handwerker erst. Maurer und Rohrleger Anfangslohn 30 M., steigend bis zu 37,50 M. nach 5 Jahren.

Maschinen- und Feizer Anfangslohn 35 M., steigend bis zu 42,50 M. nach 5 Jahren.

Sohlenarbeiter 45 M., Maurer 39 M., Betriebsarbeiter 36 M., Betriebshilfsarbeiter 33,00 M.

ohne Steigerungen unter Beseitigung aller Affordarbeit.

Verstärker, Nagelarbeiter, Vorarbeiter und Steuerleute der Ammoniakfabrik. Anfangslohn 30 M., steigend bis zu 35 M. nach 5 Jahren.

Schichtarbeiter der Ammoniakfabrik. Anfangslohn 28 M., steigend bis zu 33 M. nach 5 Jahren.

Helfer, Hofarbeiter, Glühlichtarbeiter, Wasseraufzieher. Anfangs- lohn 27 M., steigend bis zu 32 M. nach 5 Jahren.

Laternenwärter. Anfangslohn 90 M. monatlich, steigend bis zu 105 M. nach 5 Jahren.

Bei Zulieferungen von Steigesträngen ist den Rohrlegern und Helfern eine Zulage von 25 Pf. pro Tag zu zahlen.

Die ersten Wasseraufzieher erhalten neben den für Aufzieher festgesetzten Löhnen eine Zulage von 1,50 M. pro Woche.

Bei den Arbeiten am Leer sowie im Reiniger ist pro Tag ein Zuschlag von 50 Pf. zu zahlen.

Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 22. Januar 1908 in großen Saale der Armnhallen, Kommandantenstr. 58-59 versammelten Arbeiter und Handwerker der Englischen Gasanstalten Berlin und Umgegend haben erneut zur Frage der Wochenlöhne Stellung genommen.

Die Versammelten erachten die Forderung auf Zahlung von Wochenlöhnen für durchaus gerechtfertigt, angeht es der eigenartigen, monopolistischen Stellung, welche die Gasanstalten im Wirtschafts- leben besitzen und die ihnen die Gewähr regelmäßiger, stetig steigender Einnahmen verbürgt.

Die in den Wochenlöhnen vorgesehenen Erhöhungen von zehn bis zwölf Prozent gegenüber den jetzigen Löhnen entsprechen nur der in der letzten Zeit besonders stark in die Erscheinung getretenen Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel.

Die Versammelten erwarten, daß die Direktion in Rücksicht dessen den Anträgen ihre Zustimmung geben werde.

Als sicheres Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organi- sation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.

Achtung, Schäftbrände! Seit Montag sind die Kollegen der Lederhandlung und Stepperei von R. Radde, Markgrafenstr. 81, in den Aufstand getreten. Die Ursache desselben ist die Entlassung zweier Arbeiter.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Kriegsbereitschaft.

In einer Versammlung der Vertreter fast sämtlicher Gruben- verwaltungen des nörderrheinisch-westfälischen Industriebezirks wurde der seit Anfang der 1890er Jahre bestehende Ausstandsversicherungsv- erband, dessen Vertragsperiode mit dem 1. Februar d. J. abläuft, nach einigen Satzungsänderungen auf die Dauer von fünf Jahren verlängert.

Siebenundzwanzig Monate und drei Wochen Gefängnis

Verhängte am Dienstag das Schwurgericht in Erfurt über sechs Arbeiter, weil diese sich von der Polizei nicht gutwillig an der Aus- übung ihres Koalitionsrechtes hindern lassen wollten. Im Sommer kam es in Erfurt zu einem schweren Kampf im Baugewerbe, der 22 Wochen lang mit aller Erbitterung geführt wurde. Damals versuchten die Unternehmer, mit allen Mitteln Streikbrecher heranzuziehen, um dann, nachdem alle diese Versuche mißlungen waren, es mit italienischen Arbeitern zu versuchen. Diese wurden in großer Anzahl heringeschafft, wobei besonders die Polizei willige Helfersdienste leistete. Natürlich stieg damit auch die Erbitterung der Streikenden. Als nun wieder einmal ein solcher Schuß italienischer Arbeiter von Halle aus mit dem Zuge ankam, versuchten einige der Streikenden, die Italiener von dem Streik zu unterrichten und zur Rückkehr zu bewegen. Polizei- und Bahnbeamte legten sich ins Mittel — und dabei soll es zu einem kleinen Tumult gekommen sein: eben demselben, auf dem sich die ganze Anklage erhebt.

Dem Tumult oben auf dem Bahnhofsperron ist ein zweiter, größerer, unten auf dem Bahnhofsvorplatz gefolgt. Der hatte aber schon die Strafkammer beschäftigt, wobei einige nur sehr geringe Gefängnisstrafen absprachen. Die Strafkammer erklärte sich aber auch gleichzeitig in der ihr zur Aburteilung überwiesenen Sache bei einem Teile der Angeklagten für unzuständig, da die Gefahr einer Verletzung des § 125 St.-G.-B. (Landfriedensbruch) vorliege. Und so kam diese Angelegenheit vor das Schwurgericht.

Angeklagt waren die Maurer Heinemann, Groß, Grün, Menge, Hugel, Jäger, Vogt und die Bauarbeiter Rudolf und Bed. Sie sollten sich des Aufruhrs, Landfriedens- bruchs, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruchs, der Beleidigung und — last not least — des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben.

Die neun Angeklagten bestritten, sich irgendwie einer straf- baren Handlung schuldig gemacht zu haben. Sie wollten teilweise überhaupt nicht in der larmenden Menge auf dem Bahnhofsperron gewesen, mit dem betreffenden Zuge erst angekommen, zur Zeit des Tumultes mit einem anderen Zuge schon fortgefahren sein, teilweise wollen sie in ruhiger, gütlicher Weise auf die ankommenden Italiener eingetreten und nirgends Gewalt gebraucht haben.

Nach den freilich sehr ungenügenden Aussagen der Zeugen — meist Polizei- und Bahnbeamte — haben sich die Vorgänge an dem fraglichen Abend auf dem Bahnhofsperron ungefähr so abge- spielt: Vor Anfuhr des Zuges, der die Italiener bringen sollte, sind einige der streikenden Maurer nach dem Bahnhofsperron gekommen. Hier war schon der Maurermeister Grohmann mit zwei seiner Agenten anwesend. Die Polizei und der diensttuende Oberbahn- amtsschiff waren schon von der Anfuhr der Italiener unterrichtet worden. (Der letztere hatte sich auf Erfragen bereit erklärt, die Italiener einen anderen Ausweg nach der Stadt nehmen zu lassen — damit sie nämlich den vor dem Bahnhofsvorplatz stehenden Streik- posten nicht in die Hände fielen!) Nachdem der Zug eingelaufen war — vorher hatte nur ein kleines Konfite zwischen den war- tenden Maurern und dem Maurermeister mit seinen Agenten statt- gefunden —, versuchten die Streikenden, an die aussteigenden Italiener heranzukommen. Daraus wurden sie durch das Dazwischentreten der Polizei gehindert! Kon- suchte die Beamten bei Seite zu drängen, Bahnbeamte kamen den Polizeibeamten zu Hilfe, die Italiener wurden in den Wagon zurückgedrängt. Rufe wie: „Weiterfahren! Wir bezahlen alles! Hier ist Streik!“ fielen — und so entwickelte sich in wenigen Mi- nuten eine turbulente Szene, verbunden mit einigem Lärm, wobei wohl ein kleines Schieben und Drängen entstand, doch niemand irgendwie verletzt oder irgendwas zer- trümmert worden ist. Die Polizei hatte inzwischen Ver- stärkung erhalten und so konnten die Andringenden zurückgehalten und die Italiener nach der anderen Seite des Wagens heraus- gelassen werden. Sie wurden über die Weise nach dem gegenüber- liegenden Güterzug gebracht, um von da nach der Stadt ge- führt zu werden. Die Maurer gingen sofort in das Innere des Bahnhofes, um ins Freie zu gelangen und so die Italiener doch noch fassen zu können. Dabei entwickelte sich eben der zweite, weit größere Tumult, der schon vor der Strafkammer erledigt worden ist.

Nachdem die Beweisaufnahme geschlossen worden war, bean- trugte der Staatsanwalt, bei sechs Angeklagten die Frage nach Aufruhr und Landfriedensbruch zu bejahen und die übrigen frei- zusprechen. Die Geschworenen bejahten diese beiden Hauptfragen bei vier der Angeklagten. Nachdem der Staatsanwalt Gefängnis- strafen bis zu 10 Monaten beantragt hatte, wurde nachts 1½ Uhr folgendes Urteil verkündet: Heinemann und Rudolf je 7 Monate Gefängnis; Vogt 7 Monate 1 Woche Gefängnis; Groß und Grün je 3 Monate, Hugel 2 Wochen Gefängnis; Bed, Jäger und Menge werden freigesprochen.

Das Rechtsmittel der Revision wird jedenfalls gegen das Urteil der am härtesten Betroffenen eingelegt werden, da sie wegen der Vorgänge auf dem Bahnhofsvorplatz schon vor der Strafkammer standen, dort diese Angelegenheit gegen sie bis zur Erschöpfung durchgeführt worden ist und nach Ansicht der Verteidigung die Handlungen der betreffenden Beurteilten auf und vor dem Bahn- hof eine einzige Handlung bildeten — die zweite Beurteilung mithin zu Unrecht erfolgt ist.

Ein gelber Zungenheld.

Ein sehr interessanter Prozeß fand vor dem Schöffengericht in Augsburg statt. Der Sekretär des Deutschen Metallarbeiter- verbandes, Genosse Bernthaler, klagte gegen den Prokuristen der Maschinenfabrik Augsburg, namens Pfeiffer, der zugleich Geschäftsführer des gelben Vereins in jener Fabrik ist. Dieser Pfeiffer hatte in einer Versammlung der Gelben über den Genossen Bernthaler die unflätigsten Verleumdungen aufgestellt, wie sie in der Reichsberandspresse fortwährend auftauchen. Ein Be- weis, daß die Behauptungen des gelben Führers unwahr sind, brauchte eigentlich gar nicht geführt zu werden, denn der Herr konnte unmöglich von der Wahrheit seiner Aufstellungen überzeugt sein. Der Beweis mußte aber formell geführt werden. Nun fing der an den Pranger Gestellte zu kniefen an. Er nahm für sich den § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) in Anspruch, denn er, der Prokurist, sei Ehrenmitglied des gelben Vereins, ferner Sekretär des Bayerischen Metallindustriellenverbandes und außerdem noch Geschäftsführer des Augsburger Industriellenverbandes. Während der Verhandlung stellte der Herr gegen den verleumdeten Genossen Bernthaler Widerklage, weil B. ihn in einem Wirtshaus beleidigt habe. Die Beweiserhebung hierüber war für den Sekretär der Gelben geradezu vernichtend. Es wurde festgestellt, daß der Herr in jener Wirtshaus ein großes Festgelage veranstaltet, geleerte Weinflaschen an die Wand geschleudert, daß die übrigen Gäste dabei erheblich gefährdet wurden, ferner als Chemann eine anwesende Dame geküßt und sich noch weiter höchst unanständig aufgeführt und daß sich Bernthaler lediglich ab- fällig gegen den Standal geäußert hat. — Das Gericht wies denn auch die Widerklage des Herrn ab und verurteilte ihn wegen der Beleidigungen gegen Bernthaler zu 10 Mark Geldstrafe und zur Tragung sämtlicher Kosten. Der moralisch hingekochte Führer der Gelben ließ in der Presse sofort erklären, daß er gegen dieses Urteil Berufung erheben werde. Nun hat er die Berufung aber zurückgezogen; das Urteil ist rechtskräftig geworden.

Verfammlungen.

Vor dem Zentralverband der Zimmerer sprach am Mittwochabend in dem „Alhambraaal“, Wälder-Theater-Straße, Robert Schmidt über das Thema: „Die sozialpolitischen Geseßesvor- lagen im Reichstage“. Eingangs seiner Rede besprach er die Auf- gaben der Sozialpolitik zugunsten der wirtschaftlich Schwachen im allgemeinen. Viel Widerstand war zu bestreiten, ehe die Auffassung durchdrang, daß die Schwachen und Hilfsbedürftigen geschützt werden müßten durch die Nachmittel des Staates. Heute kommen auch die bürgerlichen Parteien mit allerlei Vorschlägen in der Sozialpolitik, aber es scheint, als wollten sie nur nach außen glänzen, denn sobald es sich um die Durchführung eines Vor- schlages handelt, werden vielerlei Bedenken und Einwände geltend gemacht und Ausnahmebestimmungen ohne Zahl verlangt. Einige der wichtigsten Anträge, die gegenwärtig dem Reichstage vorliegen, beleuchtete der Redner durch längere Ausführungen. Er nannte zwei Novellen zur Gewerbeordnung und eine Novelle zum Handelsgefeßbuch, ferner Bestimmungen über den Un- terstützungsmoßsitz, über die Heimarbeit in der Zigarenindustrie, Reuerungen zum Hülfklassen- gefeß, ferner die Sicherung der Bauforderungen und damit in Verbindung die Sicherung der Lohn- forderungen der Bauarbeiter, was von unseren Vertretern verlangt worden ist.

Eingehend verweilte Schmidt bei den Novellen zur Ge- werbeordnung und hob die Notwendigkeit von Bestimmungen zum Schutze der Frauen als besonders wichtig hervor. Inter- nationale Vereinbarungen, die in Konferenzen von Vertretern der modernen Industriestaaten zustande gekommen sind, liegen dabei zugrunde. So wurde in der Berner Konferenz beschlossen, die Nachtarbeit der Frauen in den Vertragsstaaten von 1910 ab zu verbieten, dabei sind aber noch viele Ausnahmen gestattet; ebenso soll von 1910 ab die zehnstündige Arbeitszeit für Frauen in Kraft treten, bis dahin soll die elfstündige Arbeitszeit gelten; auch hier sind viele Ausnahmen vorgesehen. Die Industriellen leisten gegen derartige Bestimmungen stets und überall einen sehr hart- näckigen Widerstand, und da müsse es als ein großes Verdienst von dem sozialistischen Minister Millerand anerkannt werden — trotz allem, was gegen ihn gesagt worden ist —, daß er die zehnstündige Arbeitszeit in Frankreich einführt. Heute ersiehene uns eine 10- oder 11stündige Arbeitszeit als nicht mehr so wichtig wie früher, weil die Arbeitszeit von den Gewerkschaften vielfach gerogelt wird und weil heute die Lichtstundenforderung obenan steht, immerhin seien aber Uebergangszeiten notwendig, damit die Industrie sich darauf einrichte. — Andere Änderungen in der Gewerbeordnung zielen auf den Schulzwang für jugendliche Arbeiter und für Arbeiterinnen hin und auf eine Sicherung der Vorschriften im sanitären und im allgemeinen Schutzeinteresse bei der Arbeit. Es wird verlangt, daß nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter bei Strafe angehalten werden, die Vorschriften zu beachten. Im Prinzip könnte man sich dafür er- klären, wenn auch die Strafen für die Arbeiter viel zu hoch be- messen sind. Die Arbeiter müßten selbst dazu erzogen werden, die Schutzbestimmungen, denen sie aus Unberücksichtigung oft nicht den gebührenden Wert beilegen, zur Durchführung zu bringen. — Viele andere Punkte der Novellen beleuchtete der Redner noch und wies dann darauf hin, daß eine Reihe wichtiger Forderungen noch nicht erfüllt sind und in der Vorlage fehlen.

Kurz und scharf kennzeichnete er die übrigen sozialpolitischen Vorlagen und erklärte, daß die ganze Sozialpolitik gegenüber den großen Mäkten nur etwas Nidmerk darstellt, daß sie in vielen Dingen kaum noch etwas ändert. Anstatt voranzuwieken, kommt sie nach- gelassen und findet dann, daß die Gewerkschaften der Arbeiter schon überall vorgearbeitet haben. Um diesen Mängeln unserer Sozialpolitik abzuhelfen, bleibt den Arbeitern nichts übrig, als in ihren Organisationen Ersatz zu suchen. (Lebhafte Beifall.)

Die Versammlung erklärte den Wahlrechtsdemonstranten vom letzten Sonntag ihre volle Sympathie und sprach den Opfern der Polizeistaaten ihr Mitgefühl und Bedauern aus. Unter allge- meinem Beifall wurde diese Erklärung abgegeben.

Der Zentralverband der Dachdecker hielt am Sonntag eine Ver- sammlung ab, die sich mit dem bevorstehenden Gantage beschäftigte. Eine Reihe von Anträgen, die zum Gantage gestellt sind, wurden diskutiert. Zustimmung fanden einige Anträge des Gewerkschaftes, die den Vorschlag, der Lohnhöhe entsprechend, abgestuft und auch die Unterstufungsätze in derselben Weise bemessen werden sollen; ferner, daß der Gantag von 3-5 Personen betreten und der Gantag alle zwei Jahre abgehalten werden soll. Als Delegierte zum Gantag wurden Hensel, Janetz, Mehlwein und Gornitz ge- wählt. — Hieran gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1907. Die Einnahme betrug 6317,70 M., der alte Bestand 1014,80 M., die Ausgabe 5698,53 M., bleibt ein Bestand von 1335,73 M. Dann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes, die folgenden Ergebnisse hatte: 1. Vorsitzender Gornitz, 2. Vorsitzender Althaus, 1. Kassierer Stalzenheim, 2. Kassierer Ulrich, Schriftführer Mehlwein, Beisitzer Reubauer, Aug. Schulz. — Revi- soren Stanitz und Wladau.

Kautsky zur Antwort!

Die Behauptung Kautskys, im zweiten Band des „Kapital“ siehe „nichts vom Wesen und Wirken des im Handels- und Bankbetriebe arbeitenden Geldes“ ist eine rabulistische Wortklauberei ersten Ranges.

Freilich wird die Verfechtung des in der Zirkulation funktionierenden Kapitals erst im dritten Band eingehend behandelt; nichtsdestoweniger werden die ökonomische Natur dieses Kapitals und seine Grundfunktionen bereits im 2. Band generell dargelegt. Marx selbst weist im 2. wie im 3. Band wiederholt und nachdrücklich darauf hin, daß das verfechtungsfähige Geldkapital „durchaus nichts anderes ist“, als das Waren- und Geldkapital des Produzenten, der den Verkaufsprozeß von Ware um Geld und Geld um Ware selbst besorgt oder durch einen Angestellten besorgen läßt. So sagt er:

„Das Warenhandlungskapital ist also durchaus nichts anderes als das Warenkapital des Produzenten, das den Prozeß seiner Verwandlung in Geld durchzumachen, seine Funktion als Warenkapital auf dem Markt zu verrichten hat, nur daß diese Funktion statt als beiläufige Operation des Produzenten nun als ausschließliche Operation einer besonderen Gattung von Kapitalisten, der Warenhändler erscheint, verfechtungsfähig wird als Geschäft einer besonderen Kapitalanlage.“ (Kapital III, I, S. 253.)

Das Geschäft gilt vom Geldhandlungskapital: „Die Bewegungen dieses Geldkapitals sind also wiederum nur Bewegungen eines verfechtungsfähigen Teiles des in seinem Reproduktionsprozeß begriffenen industriellen Kapitals.“ III, I, S. 259.)

Der ganze zweite Band ist sonach von grundlegender Bedeutung für das Verständnis der Funktionen auch des verfechtungsfähigen Waren- und Geldkapitals.

Von besonderer Wichtigkeit für die Einsicht in die ökonomische Natur der im Kaufmannsbetriebe vereinigten verschiedenartigen Funktionen ist das 8. Kapitel, überschrieben: „Die Zirkulationskosten.“ Hier wird der Begriff der rein zirkulatorischen Funktionen erst scharf herausgestellt, indem die in die Zirkulationsphäre hineinragenden Fortbewegungen des Produktionsprozesses davon abgetrennt werden. Das Kapitel weist folgende Inhaltspunkte auf: I. Reine Zirkulationskosten. I. Kauf- und Verkaufszeit. 2. Durchführung. 3. Geld. II. Aufbewahrungskosten. 1. Vorratsbildung überhaupt. 2. Eigenlicher Warenvorrat. III. Transportkosten. — Die bloßen Ueberführkosten genügen, um die Kautskysche Behauptung ins rechte Licht zu setzen im zweiten Band siehe „nichts vom Wesen und Wirken“ des im Kaufmannsbetriebe arbeitenden Geldes. Man braucht weiter nur daran zu erinnern, daß es in diesem Band Erörterungen über die Metallzirkulation und Abschlüsse gibt mit der Ueberführung „Die Reproduktion des Geldmaterials“, „Die Schatzbildung“, um zu zeigen, was es mit der entsprechenden Behauptung hinsichtlich des Bankbetriebes auf sich hat.

Und dieser selbe Kautsky, der jetzt nichts, rein gar nichts mehr dort findet, was sich auf Waren und Geldhandel bezieht, schrieb beim Erscheinen des zweiten Bandes in der „Neuen Zeit“ (1896, S. 104):

„Der Hauptzweck der Untersuchungen des ersten Bandes ist die Fabrik, der des zweiten das Kontor.“ Damit meinte ich nicht das Kaufmanns- sondern das Fabrikkontor — wird er einwerfen. Darauf ist ihm zu antworten, daß nach Marx die zirkulatorischen Funktionen des Kaufmannskontors durchaus wesentlich mit denen des Fabrikkontors sind, mag ihr Grundcharakter auch noch so sehr verdunkelt, ihre Methode auch noch so sehr kompliziert werden durch die Verfechtungsfähigkeit auf hoher Stufenleiter.

Ich bin weit entfernt davon, meinen Satz als eine wissenschaftlichen Zwecken genügende Charakteristik des Inhalts des zweiten Bandes anzusehen; ich verkenne auch nicht, daß seine Fassung einem rabulistischen Kritiker, der literarische Fädel sucht, willkommenen Anhaltspunkte bietet. Aber man gebe mir eine kurze, auf das Verständnis eines ganz ungefalteten Vortrags berechnete Fassung, die das nicht tut. Jedenfalls ist die Kautskysche Präzisierung, der Hauptzweck der Untersuchungen des zweiten Bandes sei das „Kontor“, um nichts weniger mißverständlich und angrifflich als die meinte.

Tanach kann ich es dem Leser überlassen, die ebenso ungenügende wie unvollständige Bemerkung Kautskys zu werten, ich hätte weder den zweiten noch den dritten Band zu lesen. Diese Behauptung ist außerdem dumm, da ihre Unklarheit durch rein äußere Beweismomente nachgewiesen werden kann. Richtig wäre da schon, zu behaupten, ich hätte weder den einen noch den anderen Band verstanden. Vielleicht gibt er seiner weiteren Volemil diese Punkte. Ich kann ihm im voraus versichern, daß ich den Nachweis meiner Unfähigkeit, in die Geheimnisse der reinen Lehre einzudringen, mit der gebührenden Heiterkeit hinnehme.

Im übrigen bin ich mit keinem Augenblick im Unklaren gewesen über das eigentliche Motiv des Kautskyschen Angriffs. Es ist in der Tat unerhört vom Parteivorstand, einen Mann meiner Richtung mit der Abfassung eines solchen Buches zu betrauen. Da muß ihm gezeigt werden, wozu das führt. Zwar habe ich mich strengster Objektivität bei der Darstellung der Parteiliteratur und ganz besonders bei der unermesslichen Verwässerung der inneren Kontroversen befolgt. Niemand, der ehrlich prüft, kann das bestreiten. Aber diese Objektivität beider Richtungen gegenüber, ist es gerade, was den Grimm Kautskys erregt. Er will keine unparteiische Orientierung für die junge Mannschaft, sondern eine streng im Sinne seiner Richtung gehaltene Instruktion. Er will überhaupt keinen Referenten-Führer, sondern einen „Referenten-Trichter“. Mag er doch einen schreiben!

Eduard David.

Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Am Mittwoch wurde in Becker's Saal in der Weberstraße der 8. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (der sogenannten Lokalfisten) eröffnet. Dem Kongress liegt ein

Nachrichtensbericht der Geschäftskommission

vor, dem wir folgenden entnehmen: Ende Dezember 1906 gehörten der Freien Vereinigung 100 Organisationen mit 16 681 Mitgliedern an. Ende September 1907 waren es 203 Organisationen mit 17 296 Mitgliedern, die der Freien Vereinigung angeschlossen waren. Für die einzelnen Organisationen sind folgende Mitgliederzahlen angegeben: Maurer 3316, Metallarbeiter 3010, Zimmerer 2944, Bauarbeiter 2348, Würfelmacher 100, Dachbeder 90, Biesenleger 760, Glaser 118, Arbeiterverein Fürth 9, Gemeinbedarbeiter Nürnberg 220, Jolitzer 855, Rühlener 502, Raler 183, Mühlenarbeiter (Mannheim) 18, Musikinstrumentenarbeiter 835, Köhler 70, Stallkutscher 20, Vereinigung sämtlicher Verufe Görlitz 29, desgleichen Stuttgart 12, desgleichen Ludwigshafen 100, Schiff- und Bootbauer 556, Töpfer 860, Tischler 483, Lapazierter 100, Weber (Arefeld) 215, Weber (Schächeln) 145, Weber (Fischeln) 22, Weber (Wern) 22, Hinz- und Meißler 60. — Von den angeschlossenen Organisationen wurden im Jahre 1907 99 Streiks mit 2126 Beteiligten geführt, ferner fanden 14 Aussperrungen mit 56 Personen statt. Im Jahre 1907 werden verzeichnet 98 Streiks mit 6177 Beteiligten und 21 Aussperrungen mit 1170 Beteiligten. Die Streiks im Jahre 1906 folgten 88 054 M., die im Jahre 1907 geführten Streiks erforderten 293 301 M. Für die Aussperrungen wurden ausgegeben im Jahre 1906 2010 M., im Jahre 1907 98 825 M.

Rater eröffnete den Kongress namens der Geschäftskommission. Er gedachte in seiner Eröffnungsrede der Wahlrechtsbewegung und der damit in Verbindung stehenden Vorgänge, die sich in den letzten Tagen in Berlin abgespielt haben. Hierzu beantragte er eine Protestresolution, welche einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

„Der 8. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorgehen der Berliner Polizeibehörde gegenüber den um die Wahlrechte demonstrierenden Arbeitern und arbeitslosen Proletariern.“

Die Entziehung auf allen Gebieten, sowie die herrschende Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit sind die Frucht der heutigen Gesellschaftsordnung und der herrschenden privatkapitalistischen Produktionsweise.

In voller Erkenntnis dessen führt das Klassenbewusste Proletariat aller Länder einen unermüdlichen Kampf gegen dies System mit allen hiergegen anwendbaren Mitteln.

Der Kongress erklärt sich solidarisch mit den kämpfenden und um ihre Rechte demonstrierenden Arbeitern aller Länder und spricht die Erwartung aus, daß sie sich durch keinerlei Maßnahmen der Regierungen und ihrer Behörden an diesem Kampfe behindern lassen.

Der Kongress protestiert gegen jede Entziehung des arbeitenden Volkes durch die herrschenden und dadurch herrschenden Klassen und verpflichtet sich, mit allen geeigneten Mitteln den Kampf um die Befreiung des Proletariats aus der Kapitalherrschaft zu führen.“

Nach Erledigung der geschäftlichen Formalitäten trat der Kongress in die Tagesordnung ein. — Rater und Kleinlein machten längere Ausführungen über die Geschäfts- und Klassenführung der Freien Vereinigung.

Am zweiten Sitzungstage (Donnerstag) kam es im Anschluß an den

Bericht der Mandatsprüfungskommission

zu einer längeren und lebhaften Debatte über die Frage, wer zur Teilnahme am Kongress berechtigt ist. Aus Anlaß der gewerkschaftlichen Einigungsfrage und der sonstigen Gegenstände, welche in der Freien Vereinigung bestehen, ist der gegenwärtige Kongress viel zahlreicher besetzt wie seine Vorgänger. An dem vorigen Kongress nahmen nur 68 Delegierte teil. Der gegenwärtige Kongress ist von 184 Delegierten besetzt, die 143 Mandate haben. Die Mandatsprüfungskommission beantragte, alle diejenigen Delegierten nicht zuzulassen, deren Organisationen den Uebertritt in den zentralen Zentralverband beschlossen haben. — Ehe es zur Generaldebatte über diesen Antrag kam, entstand ein kleines Vorgericht, welches keinen Zweifel darüber ließ, daß die Mehrheit der Einigung über die Mehrheit der Delegierten verfügen. Es handelte sich zunächst um die Prüfung einiger Mandate, die mehr aus formalen Gründen beantragt wurden, obgleich auch hier der Gegenstand in der Einigungsfrage zurunde liegt. Die Konferenzen der Vereinigungen der Zimmerer, Maurer und Bauarbeiter haben bekanntlich den Anschluß an die Verbände beschlossen und Delegierte für diesen Kongress gewählt, die hier im Sinne der Konferenzbeschlüsse wirken sollen. Einzelne Vereine der Zimmerer, Maurer und Bauarbeiter, die mit den Konferenzbeschlüssen nicht einverstanden sind, haben selbst Delegierte zum Kongress entsandt. Die offiziellen Vertreter der betreffenden Organisationen erklärten diese Sonderdelegationen für unzulässig. Nach dem geltenden Programm seien die Konferenzen die höchsten Instanzen der Organisationen, ihre Beschlüsse seien für die Gesamtorganisation des Berufs maßgebend, die Einzelorganisationen hätten deshalb kein Recht, den Kongress zu beschließen. — Diese Einwendungen wurden zwar von seiner Seite widerlegt, aber die Mehrheit des Kongresses beschloß doch, die Delegierten der betreffenden Einzelvereine zuzulassen.

Gehl und Th. Fischer bezeichnen diesen Beschluß als einen Bruch des Programms der Freien Vereinigung und sagten, hier- nach sei der Ausschluß aller Einigungsfreunde nicht mehr zweifelhaft. — Nun setzte die Debatte über den grundsätzlichen Antrag der Mandatsprüfungskommission ein, der dahin geht, daß die Einigungsfreunde nur an der Diskussion des Geschäftsberichts teilnehmen dürfen, nach Erledigung dieses Punktes aber den Kongress zu verlassen haben. — Dagegen verlangten die Einigungsfreunde, daß sie auch noch an der Verhandlung des folgenden Punktes der Tagesordnung teilnehmen könnten, welcher lautet: „Der Beschluß der sozialdemokratischen Parteitage in Essen bezüglich der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“. Die Einigungsfreunde betonen sich darauf, daß sie und ihre Organisationen bis jetzt noch der Freien Vereinigung angehören und deshalb zur Teilnahme am Kongress berechtigt seien. Sie wollten beim nächsten Punkt der Tagesordnung die Angriffe zurückweisen, welche aus dem Hinterland gegen sie gerichtet worden seien, sie wollten ihren Standpunkt begründen und ihre Anträge betreffend Auflösung der Freien Vereinigung zur Annahme zu dringen suchen. Wenn das nicht gelinge, wenn der Fortbestand der Freien Vereinigung beschlossene werde, dann würden sie gern auf die weitere Teilnahme am Kongress verzichten.

Der Vorsitzende Rater bemerkte, beim folgenden Punkt der Tagesordnung werde nicht über Programmänderungen oder sonstige Angelegenheiten verhandelt werden, die beim Fortbestehen der Freien Vereinigung von Bedeutung wären. Nach dieser Erklärung hielt der Kongress eine weitere Debatte für überflüssig und ließ die Einigungsfreunde auch beim nächsten Punkte der Tagesordnung zu.

Nun folgte die Debatte über die

Tätigkeit der Geschäftskommission und der Redaktion

der „Einigkeit“. Schon bei dieser Gelegenheit wurden die Gegensätze zwischen den Freunden und den Gegnern der Einigung berührt. Seitens der Einigungsfreunde wurde der Geschäftskommission vorgeworfen, daß sie auf die Anfrage des Parteivorstandes nicht die Einigungsverhandlungen in die Hand genommen, sondern dies den einzelnen Organisationen überlassen hat. Ferner wurde gerügt, daß man die Freien Vereinigung angeschlossene Organisationen die Solidarität bei Streikunterstützungen vermissen ließen, und gerade solche Organisationen, die sich als besonders radikale Vertreter der Arbeiterinteressen aufspielten. Es wurde auch scharf kritisiert, daß die Vereinigung der Betonarbeiter Mitglieder aufgenommen habe, welche ihrer bisherigen Organisation den Rücken kehrten, um die Extrabeiträge beim Bauarbeiterstreik nicht zahlen zu brauchen. Gegen den ausdrücklichen Protest der Maurer seien diese Mitglieder aufgenommen worden. — Ein Vertreter der Betonarbeiter sagte dagegen, seine Kollegen hätten schon seit zwei Jahren die Absicht gehabt, aus dem Maurerverband auszutreten. Ihm wurde entgegnet, damit sei die aufgestellte Behauptung nicht widerlegt. Der Redaktion der „Einigkeit“ wurde zum Vorwurf gemacht, sie nehme keinen eigenen Standpunkt ein, sondern gehe den widersprechendsten Richtungen Raum. Besonders seien einige Anhänger der anarcho-syndikalistischen Richtung als eifrige und gut bezahlte Mitarbeiter tätig und hätten durch ihre Artikel unter den Mitgliedern Uneinigkeit erregt.

Rater verteidigte die Geschäftskommission gegen die Kritik ihrer Haltung in der Einigungsfrage. Es könne keine Rede davon sein, daß sich die Kommission, wie ihr vorgeworfen wurde, nicht getraut habe, die Einigung in die Hand zu nehmen. Die Kommission habe ja die Organisationen befragt, wie sie sich zu Einigungsverhandlungen stellen, und das ablehnende Votum der Mehrheit sei dem Parteivorstand mitgeteilt worden. Die Geschäftskommission habe geglaubt, angesichts dieses Resultats werde sich der Parteivorstand sagen, es lohne sich nicht, Einigungsverhandlungen zu beginnen. Der Parteivorstand habe sich aber an die einzelnen Organisationen gewandt, um sie zu fragen, ob

die der Geschäftskommission recht berichtet hätten. Die Organisationen hätten dem Parteivorstand dann anders geantwortet, als sie der Geschäftskommission geantwortet hätten, und so seien die Verhandlungen mit den einzelnen Organisationen zustande gekommen. — Zu dem Vorwurf, die Redaktion lasse die verschiedensten Richtungen zu, sagte der Redner: Das sei der Redaktion als Verdienst anzurechnen, daß sie die verschiedenen Richtungen zum Wort kommen lasse und so durch alle Klippen hindurchschiffe, die sich in der Freien Vereinigung bemerkbar machten. Nachdem der Redner noch auf andere in der Diskussion gemachten Einwendungen eingegangen war und Kleinlein das Schlusswort über den Klassenbericht gesprochen hatte, war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Aus Industrie und Handel.

Zur Geschäftslage in der Textilindustrie.

Das Abflauen der Konjunktur macht sich in der Textilindustrie immer mehr fühlbar. Außerordentlich still liegt das Geschäft in der Seidenbranche. Schon im Jahre 1907 bestand teilweise Mangel an Aufträgen. Der im letzten Frühjahr einsetzende Preisrückgang der Rohseide und die damit folgenden fortgesetzten Preisrückwärtigkeiten liegen einen lebhaften Geschäftsverkehr nicht auskommen. Nun wird die Unsicherheit vergrößert durch die anbauernbezügliche und die reiche Weltweidenente, Fabrikanten, Großhändler und Detailisten befürchten weiteren Preisrückgang und warten. So fährt eine reichliche Ernte im Rohprodukt zu Störungen in der Fabrikation und zu mangelnder Beschäftigung für die Arbeiter. In allem gesehen sich noch politische Händel. Weil Kanada den englischen Seidenzeugnissen bei der Einfuhr Vergünstigungen gewährte, welche es den deutschen verweigerte, entzog Deutschland Kanada die Preisvergünstigung, Kanada beantwortete diesen Schritt, indem es den Zoll auf deutsche Erzeugnisse um 33 1/2 Proz. erhöhte. Sehr trüb sind die Aussichten in der Stidereibranche. Die Stidereiindustrie liegt momentan vollständig daneben. Dasselbe ist im sächsischen Vogtland — neben St. Gallen der Hauptort der Stidereiindustrie — der Fall. Die sächsischen Stidereiindustrie haben eine glänzende Vergangenheit hinter sich. Es sind jetzt gerade 50 Jahre verflossen, seitdem in Plauen die erste Stidemaschine aufgestellt wurde. Seitdem hat sich Plauen zur Großstadt entwickelt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg ständig. Der Verdienst der Stiderei stand über dem Durchschnittslohn der übrigen Textilarbeiter. Personen aller Verufe lernten das Stiden und viele der kleinen Kräfte mögen geglaubt haben, daß diese Herrlichkeiten niemals andere würden. Schon vor Jahren zeigte sich jedoch ein Wandel. Zahlreiche kleine Seidenwebmaschinenbesitzer machten Bankrott. Die Konjunktur, welche auch den Bedarf von Luxusartikeln steigerte, belebte aufs neue die Branche. Jetzt setzt die Krise mit verheerender Wucht ein. Der Hauptabnehmer ist Amerika. Mehr als die Hälfte der exportierten Waren gehen dorthin. Die amerikanischen Käufer können jetzt nicht kaufen. Die Folge ist Krisis, Arbeits- und Verdienstlosigkeit der Arbeiter und der zahlreichen kleinen Maschinenbesitzer im Vogtlande. „Aus dem Arbeitermangel“, so schreibt die „Textilzeitung“, ist in Zeit von einem Jahre ein ganz ausgeprägter Arbeitsmangel geworden. Selbst weibliche Hilfskräfte sind jetzt im Ueberflusse vorhanden.“ Gleich traurig sieht es in der Posamentenbranche aus. Schon seit Anfang des Jahres 1907 hatte diese Branche über mangelnde Beschäftigung zu klagen. Infolge der hohen Lebensmittelpreise, welche die Kaufkraft der Bevölkerung schwächten, konnte auch das Weihnachtsgeschäft nicht in alter Weise belebend auf die Branche einwirken. Die Krisis in der Strumpfwirkerlei hat sich weiter verheerend. Es wird das verhältnißmäßig, wenn man bedenkt, welche große Rolle in der Strumpfwirkerlei Amerika spielt. Im Jahre 1908 wurden für 5 671 948 Dollar Strumpfs- und Stridwaren in Amerika eingeführt. Davon kamen für 7 830 080 Dollar aus Deutschland. Die Unternehmer arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit oder nur 4 Tage pro Woche. Die übrigen Zweige der Wirkerlei sind noch voll beschäftigt. Nur in einigen Zweigen der Handwebbranche macht sich ein Abflauen der Konjunktur bemerkbar. In der Tuchbranche ist Aussicht auf Besserung noch nicht vorhanden. Recht lebhaft prosperiert noch immer das Pallementeriegeschäft in Wuppertal, die Gardinenbranche und die wichtige Baumwollspinnerei. Die Spinner sind für das ganze laufende Jahr mit Aufträgen versehen, und denken deshalb nicht daran, mit den Breiten zurückzugehen. Nicht so günstig steht es mit den Baumwollwebereien. Aus einzelnen Zweigen derselben — Schlafdecken, Bettlaken, Rockstoffe — werden Betriebsbeschränkungen gemeldet. So aus R.-Glabbach und Neugersdorf. Die Sammetwebereien haben noch leidlich zu tun. Doch nimmt auch hier der Inlandsbedarf merklich ab und beginnen die Unternehmer, wie ihre Organe bezugen, einzuleben, daß der Abfall nach dem Auslande durch die Handelsverträge immer mehr erschwert wird.

Monopol in der Händholzindustrie.

Auf einem Kongress in Moskau, an dem von 90 existierenden Händholzfabriken Auslands 50 Vertreter teilnahmen, wurden die Maßregeln erörtert, wodurch die Produktions- und Absatzverhältnisse dieser Industrie geregelt werden sollen. Die Händholzproduktion Auslands wird von der „Zeitung für angewandte Chemie“ auf 26 bis 27 Millionen Kubel pro Jahr inklusive Klyse geschätzt und beläuft sich auf etwa 8 Millionen Kubel zu 1000 Schachteln pro Klyse.

Es wurde die Gründung einer Aktiengesellschaft beschlossen, welcher der Verkauf der Händholzer obliegen wird und die insbesondere den Zwischenhandel beseitigen soll. In größeren Städten werden große Lager errichtet, auch wird die Gründung einer gegenseitigen Versicherung angebahnt.

Die gleichen Bestrebungen sind auch in Japan zutage getreten. Nach amtlichen Berichten ist die Vereinigung der japanischen Händholzfabrikanten mit Hilfe englischer Kapitalisten zu Stande gekommen. Das Kapital, dessen Gründungskapital etwa 2 500 000 bis 3 000 000 Pfund Sterling beträgt und von den japanischen Fabrikanten und den englischen Kapitalisten zu gleichen Teilen gezeichnet ist, wird auch die kleineren Händholzfabriken umfassen. Unter anderen hat das Syndikat die Ausdehnung des Absatzgebietes für japanische Händholzer auf Europa und Australien zum Ziele.

Eine internationale Elektrizitätsausstellung wird für das kommende Jahr in Marseille geplant. Es hat sich dafür schon eine Generalkommission von 27 Mitgliedern gebildet, um diese Angelegenheit in die Wege zu leiten. Voranschläglich wird sich an dieser Ausstellung auch die deutsche Elektroindustrie hervorragend beteiligen, da Marseille als sehr wichtiger Durchgangspunkt zu den gesamten französischen Kolonien betrachtet wird.

Industrielle Krisis in Finnland.

Finnland ist kein Land der Großindustrie. Die große Mehrzahl der Bevölkerung obliegt der Landwirtschaft. Das Land ist arm an Produkten, welche als Vorbedingung der Entwicklung einer Großindustrie in Betracht kommen. Eine Ausnahme bilden die Waldprodukte. Die Wälder liefern viel Holz als Ausfuhrartikel in der Gestalt von Brettern, Planen, Grubenholz usw. Aber vielfach noch mehr Holz wird im Lande selbst zu Papier verarbeitet. Die zahlreichen Seen, die Flüsse und die guten, natürlichen Hafensplätze begünstigen diese Industrie. Außerdem können die zahlreichen Wasserfälle als ungeheure Kraftquellen von außerordentlichem Wirkungsgrad in Betracht. Es bestehen daher im Lande bereits recht viele Sägereien, namentlich in Kosta, Wiborg usw. die für die Ausfuhr arbeiten. Hunderttausende von Arbeitern finden bei diesen Betrieben

als Holzschläger, Möbeler, Fabrikarbeiter, Hafenarbeiter usw. Beschäftigung.

Im Sommer 1907 war die Ausfuhr der Waldprodukte noch sehr lebhaft, jetzt ist sie jedoch ins Stocken geraten — infolge der verminderten Nachfrage auf allen ausländischen Handelsplätzen. In Korka soll eine große Sägerei den Betrieb einstellen. Die Papierfabriken hatten vor Jahresfrist noch soviel Arbeit, daß sie kleinere Bestellungen ausschlugen und alle Aufträge nicht bewältigen konnten. Aber schon im Sommer setzte die Krise ein. Die Fabriken lieferten sehr viel Papier nach Ausland, weil die finnischen Fabriken trotz des Postes billiger lieferten als die russischen. Der im Anfang der Revolution vergrößerte Bedarf an Papier — die Herausgabe großer, neuer Zeitungen und die Gründung zahlreicher neuer Verlagsfirmen — förderte die finnische Papierindustrie sehr merklich. Als aber die Reaktion in Rußland die Oberhand gewann, gingen viele dieser Unternehmungen ein und manche Rechnungen blieben unbezahlt. Die finnischen Papierfabriken waren gezwungen, ihre Tätigkeit einzuschränken. Die große Aktiengesellschaft der Kymmene-Papierfabrik hat bereits 1400 Arbeitern gekündigt. Es ist zu befürchten, daß auch andere Fabriken ihre Betriebe entweder stark reduzieren oder gar ganz einstellen.

Infolge der schlechten Lage in der Papierindustrie mußten die Arbeiter der Aktiengesellschaft Enso ihren begonnenen Kampf soeben bedingungslos aufgeben.

Die Metallindustrie ist hier im allgemeinen noch weit zurück, so daß die Metallarbeiter vergleichsweise unter schlechteren Bedingungen arbeiten müssen als die Arbeiter anderer Berufsweige. Im Sommer 1906 führten die Metallarbeiter einen erbitterten Kampf. Der Streik dauerte über drei Monate und mußte schließlich doch aufgegeben werden, ohne daß etwas erreicht wurde.

Die Metallfabriken hatten viele Bestellungen von der russischen Regierung. Als die Finnen sich aber im Herbst 1905 auch sehr „unehrlich“ betrug und die russische Polizei davonjagten, drangen die „Schrotten“ mit Erfolg darauf, den Finnen alle Staatslieferungen zu entziehen. Da kam im Sommer der Streik und bot einen günstigen Anlaß, da einige Schiffsreparaturen und andere Arbeiten nicht zum Termin geliefert werden konnten. Das Ministerium beschloß, nach Finnland Bestellungen weiterhin nicht mehr zu vergeben und die noch nicht in Angriff genommenen Arbeiten abzubestellen.

Im Baugewerbe melden sich die ersten Vorböden einer Depression. In Delsingfors, in Wiborg und in allen Städten wurde in den letzten Jahren viel gebaut. Der Zudrang in die Städte ist groß, das Baugewerbe rentiert sich gut. Es entstanden große Wohnungs-Gesellschaften, und es wurden sehr große Gebäude aufgeführt, aber die Wohnungsnot ließ sich nicht steuern. Noch im letzten Herbst stiegen die Mieten sehr merklich.

Ruin haben die Banken den Zinssatz erhöht, was schon an und für sich das Bauen erschwert; aber in Anbetracht der allgemeinen Geldkrise geben die Banken überhaupt keine Kredite mehr. Das muß auf das Baugewerbe sehr lähmend wirken.

Aus der Frauenbewegung.

Für die Genossinnen des Kreises Niederbarnim

Am Dienstag eine öffentliche Versammlung in Weihensee statt. Sie war sehr stark besucht. Der Saal „Zum Palast“ reichte kaum aus, um die zahlreich erschienenen Frauen und Männer aufzunehmen. Genossin Jhrer sprach über den Vereinseingeweihten, den sie besonders vom Standpunkt des Interesses der sozialdemokratischen Frauen beleuchtete. Ihr allgemeines Urteil über den Entwurf gab die Referentin dahin ab: Die Verfasser des Entwurfs haben nicht — wie Minister Rosa dasowsky seinerzeit in Aussicht stellte — auf die Werkzeuge aus der Kammern des Polizeistaates verzichtet. Die Regierung hat nicht nur die alten Werkzeuge aus der Kammern des Polizeistaates in den Gesetzentwurf hineingebracht, sondern noch einige neue hinzugefügt. Mit diesem Entwurf kann die Arbeiterklasse nicht einverstanden sein. Auch die sozialdemokratischen Frauen lehnen denselben ab, obgleich er ihnen das Recht der politischen Organisation zubilligt. Diese Zubilligung hatte vor 20 Jahren eine größere Bedeutung als heutzutage. Die sozialdemokratischen Frauen haben seit langer Zeit gelernt, trotz aller Beschränkungen, welche das preussische Vereinsrecht ihnen auferlegt, in der großen, Hoffenbewegten Arbeiterbewegung tätig zu sein. Wenn es nicht anders sein kann, werden sie auch unter dem alten Vereinsgesetz weiterarbeiten. Der neue Entwurf bringt für die gesamte Arbeiterbewegung so erhebliche Einschränkungen, daß die proletarischen Frauen, in dem Bewußtsein, die Interessen der Gesamtheit stehen über ihren eigenen Interessen, mit dem gesamten Proletariat gegen diesen Entwurf protestieren. Die Referentin begründet diese Anschauung an der Hand der einzelnen reaktionären Bestimmungen des Entwurfs und schloß unter lebhaftem Beifall mit der Bemerkung, es werde dem einmütigen Protest des Proletariats gelingen, zu verhindern, daß dieser Entwurf Gesetz werde.

Genossin Neumann erläuterte ihren Bericht als Kreisvertrauensperson. Die Frauenbewegung im Kreis Niederbarnim ist langsam, aber sicher vorwärts gegangen. Daß der Fortschritt ein langsamer war, das ist den rein ländlichen Bezirken des Kreises zuzuschreiben. Dort ist es sehr schwierig, für unsere Ideen zu agitieren und Anhänger zu gewinnen. Wenn auch wenig nach außen hin sichtbare Erfolge zu verzeichnen sind, so hat die Frauenbewegung doch insofern Fortschritte gemacht, daß die Beteiligung an den Arbeiten zugunsten der Frauenbewegung eine regere geworden ist. Die Bewegung erstreckt sich auf 12 Orte des Kreises. In 9 Orten bestehen Vereine der Frauen, in 3 Orten sind Vertrauenspersonen, aber keine Vereine vorhanden. Die Zahl der Mitglieder in den 9 Vereinen ist im abgelaufenen Jahre von 543 auf 688 gestiegen. Die „Gleichheit“ hat 620 Abonnentinnen. Im Sommer vorigen Jahres waren es 832. Der Rückgang der Abonnentenzahl deutet aber nicht auf einen Rückgang des Interesses, sondern er ist verschuldet durch die wirtschaftliche Krise. Wegen Arbeitslosigkeit ist ein Teil der Abonnentinnen abbestellt worden. Die Zahl der Leserinnen ist deshalb aber nicht geringer geworden, denn an ein und derselben Nummer sind oft mehrere Abonnentinnen und Leserinnen beteiligt. In den freiwilligen Parteibeiträgen beteiligten sich 205 Frauen. In gewerkschaftlicher Hinsicht haben die Frauen des Kreises Niederbarnim an der Agitation für den Baderhofstift und besonders an den Arbeiten zur Durchführung des Janodorf-Vorfalls in hervorragendem Maße teilgenommen. Die Einnahmen betragen 1153,22 M., die Ausgaben 1040,40 M., es bleibt ein Bestand von 112,82 M. Die Versamm-

lung nahm den Bericht ohne Debatte entgegen und wählte Frau Neumann als Kreisvertrauensperson einstimmig wieder.

Frau Demmig gab einen kurzen Bericht als Vertrauensperson für Weihensee. Da sie wegen Krankheit auf eine Niederwahl verzichtete, wurde Frau Kahl als örtliche Vertrauensperson gewählt.

Klärung über Geschlechtskrankheiten. Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird heute in den Auguste-Viktoria-Sälen, Lutherstr. 31/32, vor einem Publikum von weiblichen Angehörigen der praktischen Ärztin Fräulein Dr. Hader „Ueber die Gefahren der Unwissenheit auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten“ sprechen. Die Hausangestellten, besonders die Dienstmädchen, für welche der Vortrag bestimmt ist, bedürfen einer solchen Klärung notwendig.

Aus sanitären sowohl wie aus Billigkeitsgründen wäre es daher mit Freuden zu begrüßen, daß recht viele „Herrschaften“ ihren Haus- und Dienstmädchen den kurzen zweistündigen Urlaub zum Besuche des Vortrages heute abend gewährten, um ihn so zum beiderseitigen Vortheile angewendet zu sehen.

Bund für Mutterschutz.

Die Unterzeichnete sieht sich veranlaßt, der Öffentlichkeit folgendes mitzuteilen:

Da der frühere Verleger der von mir begründeten Zeitschrift „Mutterschutz“ den Abdruck eines Abschiedswortes im letzten Heft rechtswidrig verhindert hat, um meine Leser absichtlich im unklaren zu lassen, bin ich gezwungen, auf diesem Wege mitzuteilen, daß die Zeitschrift in bisheriger Weise, die allen Seiten der sexuellen Probleme gerecht zu werden sucht, von mir mit denselben Mitarbeitern als Publikationsorgan des Bundes für Mutterschutz weitergeleitet wird und nur Namen und Verlag geändert hat. Sie erscheint fortan unter dem Titel „Die neue Generation“ im Verlag von Deiterheld u. Co., Berlin W. 15, Liebenburger Straße 48, von wo die soeben erschienene erste Nummer allen Interessenten auf Wunsch gratis zugesandt wird. Die jetzt im Verlag von Sauerländer erscheinende Zeitschrift hat mit dem Bund für Mutterschutz nichts mehr zu tun; vielmehr wird der bisher dem Bunde angehörende Redakteur durch Beschluß der Generalversammlung und des Vorstandes als ausgeschieden betrachtet.

Dr. phil. Helene Stöcker,

Berlin-Wilmersdorf, Pfalzburger Straße 70.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Weihensee. Montag, den 27. Januar, 8^{1/2} Uhr, bei Frölich, Kloster Straße 61: Vortrag. Frau Jeeze: „Der Wert der Arbeit“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 7 Fahrstuhl, 7 Uhr wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Größe 7 Uhr wochentags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer in ein Buchstabe und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— M. G. 1. Ema zu 20 M. monatlich würde der Betreffende auf Klage hin verurteilt werden. 2. Wenn Sie unbescholten waren, ja. 3. Nein. — C. S. 100. Leider ja. — W. J. 15. Der Belagerte, wenn er das Verlobnis nicht aufgehoben hat. — M. 141. Nein. Sie können sich aber mit dem Vorstand der politischen Organisation zwecks eventuellem Entschädigung in Verbindung setzen. — W. J. 23. 1. Ja. Die Stellung wäre für Ihre eventuelle Reklamation unerheblich. 2. Allgemeine Adressschwäche, die vorläufig den Eintritt in das Heer hindert. — C. J. 100. Ja. — W. 109. Sie sind im Arztem. — G. 35. Wenden Sie sich direkt an den Nachbarn. — R. S. 16. Das in der Ehe Erworbene gehört dem Mann. — R. S. 76. Gar nichts. — Z. R. 33. Ihre Stiefmutter kann innerhalb 6 Wochen nach dem Tode erklären, ob sie nach männlichem Recht oder nach dem Recht des bürgerlichen Gesetzbuches erben will. In dem ersten Falle würde ihr die Hälfte des gesamten Vermögens (Nachlass und eigenes Vermögen) zufließen. Die andere Hälfte fällt unter dessen Kinder zu gleichen Teilen. Statt des verstorbenen Bruders treten dessen Kinder ein. Erbt Ihre Mutter nach dem bürgerlichen Gesetzbuch, so steht ihr ein Viertel, den Kindern drei Viertel des väterlichen Nachlasses zu. — Groß. Chamsberggarnisten, Schloßleute, „Röbberleuten“ usw., die monatlich mieten, können bis am 15. Juni 1. nicht aber umgekehrt, die monatlich und gefälligst werden. — G. B. 2. Die Versicherungsgeldigkeit ist leider im Recht. — R. R. 1. bis 6. Mütter für ein uneheliches Kind sind bis zu dessen zurückgelegtem 16. Lebensjahr zu tragen. Der Vater hat, auch wenn er sich verheiratet, keinen Anspruch auf Herausgabe des Kindes. Die Mutter kann das Kind von einem anderen adoptieren lassen. Der Vormund und das Vormundschaftsgericht, nicht aber der Vater hätte die Adoption zu genehmigen. Keineswegs steht dem Mann der Einnahme zu, er dränge nicht zu zahlen, da er Vater eines zweiten Kindes ist, oder weil die Mutter noch ein anderes Kind besitzt. 7. Zu einem Vergleich über die Mütter ist abzugeben von der Zustimmung der Parteien Genehmigung des Vormundschaftsgerichts erforderlich. 8. Ja. Die Klage ist an das Amtsgericht zu richten. — 16. Ja. — W. 24. 21. 1. Ja. Über die beim Tode des einen noch lebenden Eltern oder Schwiegereltern können ihr Väterlicherecht geltend machen. 2. Ja, vorausgesetzt, daß alles bis zum Tode des Mannes von diesem und das folgende von der Frau eigenhändig geschrieben ist. 3. An das Gericht. 4. Ja. 5. Wenden Sie sich an Genossen Simanowski, Engelw. 15. 6. Nein. — G. M. 100. Ja. — G. J. 100. Leider ja. — J. 2. 18. Wenden Sie sich an das Bezirkskommando. — J. G. 16. Sie hätten bis am 3. Januar Einspruch einlegen müssen, jetzt ist es zu spät. — G. 312. Aus Grund der von Ihnen beschriebenen Urkunde können Sie bei dem Amtsgericht die Pfändung des Arbeitslohnes beantragen. — G. M. 50. Leider könnten Sie nur durch gütliche Vereinbarung etwas erreichen. — Ein Demonstrant. Das Angebot können Sie bei dem Standesamt, in dessen Bezirk Sie oder Ihre Braut wohnen, vornehmen lassen. Ihre Militärpapiere und die Geburtsurkunden sind erforderlich. Ist Ihre Braut noch nicht volljährig, so ist die Einwilligung des Vaters erforderlich. — Frau. Der Unfallversicherung gehören Sie nicht an. — J. M. 33. 1. Ja. 2. Es würde dann Verläumdungsbeweis gegen Sie ergehen. 3. Nein. — G. S. 100. Das mündliche Versprechen ist nicht gültig. Die Urkunde verliert in 30 Jahren. — G. S. 99. Der Nachlass Ihrer Mutter, dasjenige also, was wirklich Ihrer Mutter gehört hat, kommt zur Teilung. Gegenstände, welche Ihr Stiefvater erworben hat, oder die in sogenannter Gemeinschaft erworben sind, gehören dem Stiefvater. Eine Veräußerung des Nachlasses kann stattfinden. — K. P. J. Rein. — S. C. Fortschritt. Für Darlehen, die die Frau annimmt, haftet der Ehemann nicht. — M. 99. Zwischen 810 und 880 Mark. — W. 78. Wenn Sie 400 Mark in 10 Jahre geliebt haben, so beträgt die Invalidenrente 198 M. — W. 2. 23. 1. Sie müßten sich an die Polizeibehörde mit der Klage wenden, wobei der Betreffende gezogen ist, und bei der Polizeibehörde des neuen Anwaltsbüros weitere Verhandlungen eingeleiten. 2. bis 4. Auf Grund des rechtskräftigen Urteils können Sie Vollstreckungsregeln, auch den Offenbarungseid noch jetzt vornehmen.

— G. S. 72. 1., 4. und 5. Zum Unterhalt sind Sie verpflichtet, da Sie die Verpflichtungen übernommen haben. Nach dem Gesetz ist der Ehemann zum Unterhalt einer erwerbsunfähigen Mutter verpflichtet, als er hierzu vermögend ist, ohne seinen und der Seinigen standesmäßigen Unterhalt zu gefährden. Wie viel das im Einzelfall ist, ist im Streitfall vom Gericht zu entscheiden. 2. und 3. Nein. — M. S. 04. 1. Wenden Sie sich an die Entbindungsanstalt in der Artilleriestraße. 2. Klagen Sie auf Zahlung der Entbindungskosten, falls der Betreffende nicht in einer öffentlichen Urkunde seine Vaterpflicht anerkennt und sich zur Zahlung von Alimenten verpflichtet. — C. G. W. 10. 1. und 2. Nein. — G. W. 34. 350 Mark für jede Erklärung. — M. G. 5. 1. bis 3. Ertragen Sie sofort die Interventionstage und ferner die Klage an, daß der Betreffende nicht berechtigt ist, die von Ihnen näher zu bezeichnenden Gegenstände zu pfänden. 4. Die betreffende Firma ist uns nicht bekannt. — M. S. 34. 1. Ein Teil ja. 2. Nach zutreffender Ansicht nein. — G. S. 100. Auskunft erhalten Sie in der Post-Auskunftsstelle Köpenickerstr. 61. Die betreffenden Sachen sind nicht vollst. Das Paket wird in Amerika geöffnet. — W. D. 987. Sie haben recht. — Klub Dabeim. Sie können es auf eine Klage antworten lassen. Voraussichtlich würde der Wert abgewiesen. — J. 100. Wenn Sie die Klage beweisen können, so würden Sie gewinnen. Die Beweislast liegt Ihnen ob. Haben Sie keine Augen, so bleibt Ihnen nichts übrig, als es auf ein Zeugnis der Frau des zu Verklagenden und einen Eid des Beklagten ankommen zu lassen. — Kreis VI. Die Forderung kann 30 Jahr lang von der letzten Pfändung abgerechnet in vollem Umfang begehrt werden. Mittel zur Sicherung dagegen gibt es nicht. — J. 2. 188. Nein, eventuell würde Beschwerde einzulegen sein. — M. W. Lassen Sie es auf eine Klage antworten und stellen Sie derselben entgegen, daß Ihr Verdienst nur zum Unterhalt Ihrer Familie ausreicht. — M. S. 389. 1. Ja, zur Hälfte. 2. Es genügt eine Vereinbarung mit den Eltern. Sie können auch ein Verkaufrecht mit Ihrem Bruder vereinbaren und das eintragen lassen. — Birkenwerder. Nein. — Tausend. Ja. — Grünheide. Leider ist das Erkenntnis rechtskräftig. Weitere Schritte wären erfolglos. — G. S. 27. 1. Rein. 2. und 3. Ja, falls nicht etwa der Vorstand Ihres Vereins dem entgegensteht. 4. Ja; gegen sämtliche Beteiligten. — Ernst 46. 1. und 2. Sie könnten die Sachen fortnehmen und könnten Unterstufung beim Vormundschaftsgericht nachsuchen. 3. Das wäre zweckmäßig. 4. Das ist möglich. 5. und 7. Ja. 6. In diesem Falle würde strafbarer Diebstahl vorliegen. Zur Elternerziehung Sie das Schloß ändern lassen. — W. B. 95. Tragen Sie unter Vorlegung der Akten Ihre Angelegenheit dem Arbeitertribunal, Engelw. 15, vor. Soweit Ihre Schilderung erkennen läßt, ist leider das Urteil rechtskräftig geworden. Sie hätten früher die Hilfe des Arbeitertribunals in Anspruch nehmen sollen. — M. W. 1872. Ja. — R. J. 1. Sie können lediglich Ihre Forderung gegen den Betreffenden einlangen und dann Zwangsversteigerung in die Sachen vornehmen. Zweckmäßiger ist es, Sie lassen sich von dem Betreffenden die Ermächtigung geben, die Sachen zu verkaufen und aus dem Erlös sich zu beschließen. Ohne solche Einwilligung wären Sie verpflichtet, die Sachen anzubieten; eine Frist für diese Aufbewahrungspflicht gibt es nicht. — Wilmersdorf. 1. und 2. Ja. — Max R. 26. Das Testament ist gültig. — R. S. Reinholdsdorf. 1. Nein. 2. Die Behörde müßte klagen. — M. R. 43. Wenn Sie nachweisen können, daß die Vereinbarung dahin gegangen ist, der Vertrag solle am 1. April aufhören, so können Sie ziehen. Sonst ist der alte Vertrag gültig. — G. S. 26. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja. 4. Die Mitteilung in Zeitungen wäre nutzlos. Sie können die Schlüsselgenossin Ihrer Ehefrau nur dadurch aufheben, daß Sie an das Amtsgericht schreiben: Das Recht meiner Ehefrau innerhalb ihres häuslichen Wirkungsbereiches Geschäfte für mich zu besorgen, habe ich hiermit auf und befristet, die Aufhebung in das Amtsgericht einzutragen. — Ihre Unterschrift muß notariell oder gerichtl. beglaubigt sein. — G. 13. Die Mädchen könnten auf Zahlung des Lohnes klagen.

Künstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig. Preise unverändert. Bild: Zufuhr genügend, zum Teil reichlich, Geschäft still. Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr etwas reichlicher. Geschäft nicht belebend. Preise gut. Fisch: Zufuhr genügend, in Seefische reichlich, Geschäft ruhig. Preise ohne wesentliche Veränderung. Butter und Käse: Geschäft ruhig. Preise höher. Gemüse, Obst und Säfte: Zufuhr genügend, Markt fast leblos, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 23. Januar 1908.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stettin	777,8	SW	1	Rebel	1	Sabaranda	760,5	SW	2	mollig	-5
Damburg	778,5	SD	2	bedeckt	0	Petersburg	772,8	SW	1	bedeckt	-4
Berlin	777,8	SW	2	bedeckt	2	Seiffa	770,0	SW	4	bed. dd.	9
Kranz a. R.	777,0	SD	2	Rebel	-5	Herbeep	769,0	SW	1	bed. dd.	6
München	778,0	SD	2	Rebel	-8	Bart	776,0	SW	1	mollig	-4
Wien	778,2	SW	2	bedeckt	1						

Wetterprognose für Freitag, den 24. Januar 1908.

Gunstig etwas kälter, teilweise aufklarend bei schwachen südlichen Winden; später neue Erwärmung und Trübung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Sanssouci Kottbuser Straße 8.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Nordd. Sänger
u. Tanzkränzen.
Beg. Sonntag, 5. u. 8. U.
Morgen: Gr. Elita-Solree.
Hocharistisches Programm.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das glänz. Januar-Programm.
Kouskainitz - Truppe. Rumänisch-erbliche Gesänge u. Tänze. 4 Ver.
Skandal im Theater.
Vollständig mit Gesang.
Anfänger: 10 Spezialitäten.
Jeden Abend: Duskas Kinematograph.
Einung 8 Uhr, Sonntag 8^{1/2} Uhr.
Jeden Sonntagabend nachmittags 3^{1/2} Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
10, 20 und 30 Pl.

Happoldis
Neuer Konzertsaal.
Sonntag:
Großes Militär-Konzert.
Dienstag:
Klassischer u. historischer Abend.

Rheumatismus
Gicht, Gliederreizen, Nervenschmerzen, Hüftweh etc. sind oft unentzerrlich. Deshalb gebrauche man
Reichels „Elektrikum“
(Reichelsches Nierenmittel • Waldmoll). Einflaches u. ungeschädliches Naturprodukt von harter durchgreifender, schmerzstillender Wirkung. Tausende verdanken „Elektrikum“ ihre Gesundheit. Fl. 1.— u. 2.—. Die Wirkung wird noch erhöht durch d. inneren Gebrauch von Reichels Wachholder-Extrakt „Medico“, Fl. 75 Pl., M. 1.50 u. 2.50. In den Orogenien und Apotheken erhältlich u. zu beziehen durch
Otto Reichel, BERLIN SO. 43
Eisenbahnstr. 4.

Genossinnen! Genossen!

Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, bei Ballschmieder, Badstraße Nr. 16:

Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

Der Kampf ums freie Wahlrecht in Preußen.

Referentin: Genossin Klara Zetkin-Stuttgart.

Wir ersuchen die Parteigenossen, ihre Frauen auf die Wichtigkeit der Versammlung für das weibliche Proletariat aufmerksam zu machen. Die Einberuferin.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortungen.

Theater.

Freitag, 24. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus, Salome. (Anfang 8 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus, Minna von Barnhelm.

Deutsches, Was ihr wollt. Kammerstücke, Böges und sein Ring. (Anfang 8 Uhr.)

Vorhing, Die Zauberflöte. Anfang 8 Uhr.

Veßing, Die Stützen der Gesellschaft.

Neues Schauspielhaus, Wolkenkräuter.

Lustspielhaus, Panne.

Berliner, Blaubart.

Neues, Baccarat.

Schiller O., (Ballner-Theater.)

Deutsches, Immergrün.

Schiller Charlottenburg, Der Richter von Zalamea.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus, König Heinrich.

Wesken, Ein Ballertraum.

Theater an der Spree, Göttergötter.

Romische Oper, Loda.

Kleines, Der Unsichere.

Zentral, Frau Warrens Gewerbe.

Reibens, Bibi.

Luisen, Erziehung zur Ehe.

Trianon, Fräulein Josette — meine Frau.

Thalia, Immer oben auf.

Bernhard Rose, Der Hüttenbesitzer.

Bürgerl. Schauspielhaus, Gladsmann als Erzieher.

Metropol, Das muß man seh'n.

Sipels, Gymnast. La belle Alexia.

Gentes, Solles Caprice. Mal was anders, Dumme Punkte. Eine anständige Frau.

Gebr. Herrnfeld, Papa und Co.

Kafino, Die Freuden der Händelwelt.

Wintergarten, Robert Steidl. Spezialitäten.

Parodie, Nachtschl. Tannhäuser.

Ronna Banna.

Ballinge, Rudolf Mälzer. Spezialitäten.

Socuffia, Variété, Uderstr. 6/7. Spezialitäten.

Reichshafen, Steitiner Sängerkorps.

Carl-Haverland-Theater, Spezialitäten.

Wahalla, Spezialitäten.

Urania, Tausendfüßler 18/19.

Theater 8 Uhr: Eine Reise bis zum zweiten Katarakt.

Vorfall 8 Uhr: Ing. Kohnert: Eisen- und Stahlgießerei.

Sternwarte, Invalidenstr. 57/62. 8 Uhr: Privatdozent Dr. Ristenpart: Die inneren Planeten.

Berliner Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Abends 8 Uhr:

Blaubart

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Baccarat.
Hierauf:
Maud Allan: Vision der Salome.
Norgen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
Der Unsichere.
Sonnabend: Mandragola.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Marie Magdalene. Abends: Mandragola.

Theater des Westens.
8 Uhr: Ein Walzertraum.
Operette von César Strauß.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
König Heinrich.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: König Heinrich.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl. Abends 8 Uhr: Madame Sans Gêne.

Vorhing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Zauberflöte.
Sonnabend 8 Uhr: Das Glöckchen des Eremiten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 7 1/2 Uhr: Die Zauberflöte.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr zum 2. Male:
„Bibi.“
Schwank in 3 Akten von de Geffe und de Parlan.
Deutsches v. R. Schönan.
Direktion: Richard Alexander.
Sonntag, den 26. Januar, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nichts zu verkaufen?

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

JOSETTI JUNO
Cigaretten.

Cigaretten „gerade so gut“
kosten das doppelte
und mehr.

10 St. für 20 Pfg.

Dritter Wahlkreis.

Sonnabend, den 25. Januar, in den Gesamtträumen des Gewerkschaftshauses
Engelauer 15:

17. Stiftungs-Fest.

::: KONZERT :::

ausgeführt von den **Zivilberufsmusikern** unter Mitwirkung der deutsch-schwedischen Konzertsängerin **Frl. Thyra Nordström** und des **Berliner Uk-Trio.**

Reigenfahren des Berliner Arbeiter-Radfahrervereins (M. d. A.-R.-B. „Solidarität“).

Großer BALL. Herren, welche am Tanz teilnehmen,
zahlen **50 Pf.**

Anfang 8 1/2 Uhr. 21/1* Billetts 30 Pf.

Um zahlreichen Besuch ersucht. Der Vorstand.

Freiheitliche Bühne.

Da am vorigen Sonntag Hunderte von Interessenten wegen des ausverkauften Theaters keinen Zutritt mehr finden konnten, wird das

12 Jahre polizeilich verboten gewesene Schauspiel

„Ausgewiesen“

am nächsten Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Theater an der Spree zum dritten Male wiederholt!!!

Vorzeiger dieser ausgeschnittenen Anzeige des „Vorwärts“ zahlen statt des Restpreises

95 Pfennige für Parkettfauteuil.

Nur gegen Abgabe dieser Anzeige an der Theaterkasse des Theaters an der Spree, Köpenicker Str. 68. Gültig für 2 Parkettfauteuilplätze à 95 Pf.

Zentral-Theater.
Gastspiel des Hebbel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Densh. Shaw.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:

Erziehung zur Ehe.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Weg und Weisheit. Abends: Rühmstücke.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Wallenstein Tod. Abends: Des Wädchens Lebenswege.
Montag: Ein gasliches Haus. Hierauf: Er muß taub sein.

BERNHARD ROSE THEATER
Str. Frankfurterstr. 132
Der Hüttenbesitzer.
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung: Robinson Crusoe.
Abends: Die arme Miene.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 20 Pf.
Gastspiel von

Baronesse Andriakonoff
mit ihrer Quadrante.
Serenissimo im Variété
verfacht von

Dr. Fritz Friedmann.
Dazu der

Januar-Riesenspielplan.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 49/49.
8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Hörsaal 8 Uhr:
Ing. Kohnert: Eisen- und Stahlgießerei.
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
8 Uhr: Privatdozent Dr. Ristenpart: Die inneren Planeten.

Theater an der Spree
Köpenickerstr. 68, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke
Täglich 8 Uhr:
„Hokuspokus“
Neuere Berliner Gesangsposse.
(Ausverkauf bis inkl. Sonnabend.)

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:

Papa
und

Genossen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr bei halben Preisen:
Endlich allein!
und

Der Fall Blumentopf

Zirkus Schumann
Heute Freitag, den 24. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Große komische Vorstellung mit vollständig komischem Programm.
Um 9 1/2 Uhr zum 33. Male, Ende 11 Uhr:

Amerika
3. J. der Sklaverei u. Trachten von 1861-1863.
The 6 Fluffy Raffle Girls.
Rauh-Reiter
auf importierten Rautieren.
Richter Lynch:
Das Bleedern eines Hammelbieres.
Sonntag nachm.: Die lustigen Heideberger. 1 Kind frei, weitere Kinder halbe Preise.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.
Rauchen gestattet.
Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Hexenkessel.
Schaup. in 3 Akten von Georg Engel.
Hierauf: **Jungfer Immergrün**
Vollständig in 1 Akt v. G. v. Widenbruch.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Hexenkessel.
Hierauf: **Jungfer Immergrün**
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Hexenkessel.
Hierauf: **Jungfer Immergrün**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Schauspiel in 3 Aufzügen v. Calderon de la Barca.
Deutsch von Adolf Bäbrandt.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.

XIII. Saison.
Zirkus Busch.

Freitag, den 24. Januar 1908, abends präz. 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Wohltätigkeits-Vorstellung
zum Besten der

Berl. Krankenpflegestationen der Frauenhilfe.
U. a.: Auftreten des Herrn Kommissionsrat Gustav Stensbeck! Direktor des Berliner Tattersall als Gast. Bros. Clarksonians The Kromo Family. Herr Ernst Schumann. Neudressuren. Frl. Estelle Preval, Schulreiterin, sowie das große Gala-Programm. Um zirka 10 Uhr: Auf der Hallig. Große Ausstattungs-Pantomime des Zirkus Busch in 4 Bildern. Auf hoher See. — Sturm und Schiffsuntergang. — Die Wunder der Tiefsee.
Sonntag, den 26. Januar: 2 Gr. Gala-Vorstellungen. 4 u. 7 1/2 Uhr. Um 4 Uhr zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise.

Biogr-Theater „Westend“
Täglich Vorstellung von 5-11 Uhr.
Sonntag von 3-11 Uhr.
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Stetiger Eingang von Reubenen.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Ruth Vincent
Gesangskünstlerin.
Kaufmann-Truppe
reizende Radfahrkünstlerinnen.
Roches Affen
Der Affe als Kapellmeister.
Robert Steidl
der beliebte Humorist, und viele andere erstklassige Spezialitäten.

Brunnen-Theater
Badstr. 58. Direkt.: Bernh. Rosa.
Freitag, den 24. Januar 1908:

Der Kräfte von Ravenna.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Haln.
Vorverkauf vorm. 10-2 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Brunnstr. 16

In der Ferne.
Schauspiel nach dem Morgenpost-Roman.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Geschlossen.
Sonntag: Othello.

Folles Caprice
Lionsstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Berlins Tagesgespräch!

Mal was Anderes.
Revue in 3 Bildern.
Dunkle Punkte.
Eine anständige Frau.
Anfang 8 Uhr.

Parodie-Theater.
Dredenerstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr
Zum 6. Male:
Nachtschl.
Zum 33. Mal:
Tannhäuser.
Monna Vanna.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr:

Rudolf Mälzer
15 erste Klasse Nummern 15.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
La belle Alexia. die Königin des Tanzes.
Walzerwahn von Mary u. Alfred Marquard.
Siegwart Gentes in seiner Operaprobe.
Hymack.
Der Mann mit den Handflächen.
Die 3 goldenen Jungfrauen.

Wahalla Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das große Programm.
Die erste Sensation im neuen Jahr:
Der Kraftjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne musikalisch kunstvoll.
Mezzum, Komiker.
Prolongiert!
12 Akrobaten Lorch 12.
46 Variétékünstler.
Tunnel: Bockbierfest, Regimentskapelle, Dreier Schrammeln.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Borussia Variété-Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschkowski.
Ackerstraße 6-7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftr. v. 15 Künstler-Spezialit.
Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Cyprienne.

Neue Welt
Kasselerstr. 108-114.
Täglich:
Großes bayerisches Bockbierfest
Baron Muckls Bauernkapelle.
Norgen Sonnabend:
Großer Familienabend.
Anfang 7 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Entree 30 Pf., Sonntag 50 Pf.

Buggenhagen
Moritzplatz
im Theateraal täglich

Albert Böhme
und das
großartige Januar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militärkapellen: Decker, Programski, Bösch, Neumann, Offeney, Wittich.

Gegen **Rheumatismus** sagt
Zarombas Burgunder Pechpflaster.
Progerie Weinbergsweg 1.
direkt am Rosenthaler Tor.

VI. Wahlkreis.

Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, in den Pharus-Sälen,
Müllerstraße Nr. 119:

Volks-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stern — ehemals evangelischer Geistlicher in Heideberg — über: „Jesus von Nazareth und das heutige Christentum.“ 2. Freie Diskussion. 224/10*
Sehr zahlreichem Besuch ladet ein
Der Einberafer.

Handlungsgehülfen!

Heute, Freitag, den 24. Januar, abends 9 Uhr, in den Arminhallen,
Kommandantenstr. 58/59:

Öffentliche Versammlung.

Warum sprechen die Deutschnationalen gegen und stimmen für die Konkurrenzklause?

Referent: Kollege Martin Meyer.

Zahlreichen Besuch erwartet
Zentralverband der Handlungsgehülfen.
Neue Königinstr. 36.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 13:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer.

Sonntag, den 26. Januar 1908, in Sockers Lokal,
Weberstraße 17:

Winter-Vergnügen.

Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Die Kommission.

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 27. Januar 1908, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer 13.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht der Branchenkommission über ihre Tätigkeit im Vorjahre. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenkommission. 4. Abrechnung vom Weihnachtövergnügen. 5. Branchenangelegenheiten.

In dieser Versammlung haben sämtliche Verbandkollegen aus den Betrieben der Musikinstrumenten-Industrie zu erscheinen.

Die Kollegen werden ersucht, die Versammlungs-Kontrollzettel in den Mitgliedsbüchern zu beachten.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Branchenkommission.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zement-Branche.

Gruppe: Zementierer, Einsetzer und Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht und Neuwahl des Gruppenvorstandes. 2. Vorschläge zu den im Bureau tätigen Kollegen. 3. Aufstellung von Kandidaten zu Delegierten der 10. Konferenz. 4. Verschiedenes.

Der wichtigsten Tages-Ordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Der Sektionsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Amtsbüro: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1902. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1907.

Sonntag, den 26. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

für die Branche der Eisen-, Metall- und Revolverdreher

im gr. Saale des Vereins Berl. Arbeiter, Kaiser-Wilhelmstr. 18 m.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Rauchen ist nicht gestattet.

Wichtig ist unsern Kollegen mitgeteilt, daß die Verteilung der Einzahlung zum Jubiläumsvortrag am 15. Februar und zum Branchenvergügen (Kammladen) am 21. März 1908 an die Vertrauensleute in der Konferenz am 16. Januar erfolgt ist.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 Uhr:

Brauchen-Versammlung

aller in der Metall- u. Eisenindustrie beschäftigt. Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser

in Milbrodts Festhallen, Müllerstr. 7.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Heinrich Strobel über: „Die Gewerkschaften und die politischen Tage“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um regen Besuch wird gebeten.

Den Kollegen zur Nachricht, daß Broschüren im Bureau zu haben sind betreffend die Verhandlungen des Reichstages über den Gesetzentwurf betr. die gewerblichen Berufsvereine.

Für Mitglieder ist der Preis 25 Pfennig (Buchhändlerpreis 75 Pfennig).

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Infecratenteil verantw.: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Rixdorf.

Zentral-Frankenkasse der Maurer usw.

„Grundstein zur Einheit“.
Sonntag, 26. Januar, vorm. 10 Uhr,
bei T. H. I. Bergstr. 151/152:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907 und Jahresabrechnung. 2. Wahl der örtlichen Verwaltung. 3. Aufstellung von zwei Kandidaten zur 15. Generalversammlung. 4. Verschiedenes. 149/1
Mitgliedsbuch legitimiert!
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die örtliche Verwaltung.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Sonntag, den 26. Januar:

Vereinestour

nach Weidmannslust („Schmelzerhäuser“). Start: 1 1/2 Uhr von den Abstellplätzen.

2. Abt. 1 Uhr: Pilsenermerde (Bremde). Start: Fontane-Promenade.

Achtung! Motorfahrer.

Montag, den 27. d. M., abends 9 Uhr: Besprechung bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Rajino-Theater.

Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint — Hanni lacht
Operette in 1 Akt v. Jacques Offenbach.
Hierauf das neue bunte Programm
Die Freuden d. Händlichkeit.
Lustspiel in 3 Akten v. M. Humequin.
Sonntag 4 Uhr: Die Berlebente.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein der Bau- u. gewerblichen Arbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 26. Januar 1908, im Lokal Lange Straße 65:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom IV. Quartal 1907 und Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Bauhändler-Krankenkasse

Berlins und Umgegend. (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 18.)
Bureau: C. 54, Steinstr. 88. — Fernspr. Amt III, 3100.

Lauf Beschluss des Vorstandes und des Ausschusses findet die

Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr,
im Lokale von Wilke, Brunnenstraße No. 188 statt.

Tages-Ordnung:
1. Jahresabrechnung, Vorstandsbericht, Kassenbuch und Revisionsbericht. 2. Ersatzwahl des Vorstandes. Wahl des ersten Vorsitzenden, des zweiten Kassierers, eines Beisitzers und von vier Ersatzmännern. — Neuwahl des gesamten Ausschusses und vier Ersatzmänner. — Wahl eines Kassierers für Charlottenburg-Südost.

3. Abänderung der Paragraphen 3, 8 und 11 der Statuten.

Der Vorstand. A. A.: P. Meyle.
NB. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Mitgliedsbuch legitimiert!

Wahlverein Rummelsburg.

Sonntag, den 26. Januar, mittags 1 Uhr:

Generalversammlung

im Saale der Witwe Weigel, Türschmidtstr. 45.

Tagesordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder und der sonstigen Funktionäre. 4. Kreis-Generalsammlung und Wahl der Delegierten hierzu. 5. Vereinsangelegenheiten. 6/1

Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Verein für die Interessen der Hausangestellten.

Sonntag, den 25. Januar, in den Arminhallen (I. Stock)
Kommandantenstr. 58-59: 282/4

Wiener Maskenball.

Anfang 8 Uhr. Gäste willkommen! Eintritt 50 Pf.
Das Komitee.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 3-4.

Spezial-Institut für Beinleiden

Auguststr. 93, Ecke Oranienburgerstraße.
9-12, 3-6. Sonntag u. Mittw. 9-12.

Kohl !!! ev. Ohne Anzahlung !!!

50 Pf. wöchentlich an.
Gardinen, Teppiche, Stoppdecken, Partieren, Spiegel, Bettwäsche, Betten, Herrgarderobe. Kl. Anzahlung, 1 M. wöchentlich.

Kohl & Reimann, Tresekowstr. 14 II. Direkt am Wörther Platz.
:: Bitte genau auf Hausnummer 14 zu achten !!

Deutsche Konzerthallen,

An der Spandauer Brücke 3.

Täglich

Deutsch-Amerikanischer

Urbook - Orubel.

Allen Freunden und Bekannten

die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und unser guter Vater, Schlegelmater und Großvater, der Immermann

August Haase

Nieder-Schönhausen, Widmarstraße 38

im 66. Lebensjahre plötzlich verstorben ist. Dies zeigen an die tiefbetrauteten Hinterbliebenen

Honriette Haase, Otto Haase, nebst Familie.

Die Beerdigung findet Freitag, den 24. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nieder-Schönhauser Gemeinde-Friedhofs, Buchholzerstraße, statt. 28768

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichlichen Kränzchen bei der Beerdigung unsern lieben Bruders

Albert Schröter

sagen wir allen Freunden, besonders dem Sängerkreis, sowie den Kollegen der Pianofabrik Wag u. Co. und der Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter unsern herzlichsten Dank.

Albertine Schröter.
Luise Langfeld.

Deutschlands Spezialgeschäft

Bettfedern

Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe

Gustav Lustig

BERLIN S. 390 Prinzenstr. 46

berühmt geg. Rücknahme garantiert neu und gut gefüllte, gut füllende Bettfedern p. Pfd. M. 0.50-1.00-1.50; prima Halbdaunen M. 1.75; Gänsefedern M. 2.00; prima weiße Gänsehalbdaunen M. 2.50-3.00-3.50 mit einer Nonopolddaunen M. 4.00 M. 2.80, sehr reichlich, Natur, 2 1/2 vor Gänsehalbdaunen M. 3.50 3 1/2 von den Daunen genügen 3-4 Pfd. zum groß. Oberbett. — Gänsefedern (schwach) M. 0.60 per Pfund; Gänsefedern (stark) M. 0.80 per Pfund. — Austausch oder Rücknahme gestattet. Verpackung kostenfrei.

Lebhaftiger Umsatz über 2000 Berliner Bettfedern, von feinem zweiten Bettens u. Bettfedergeschäft erreicht.

Nur für Damen! Nur für Damen!

Haararbeiten.

billigste Quelle, ohne Konkurrenz ohne Zopf ohne Nordel, modern, Lock, Frisette enorme Ausw. Angeordnetes Haar wird auf Wunsch verarbt. Feine, Unbelebte, färbt, Kopfsalbe.

F. R. Müller, Berlin C. 25, Alexanderstr. 37a. I. Kein Laden. Gegenüber dem Polizeipräsidium.

Wir empfehlen unseren Lesern folgende

Neuerreichungen:

Alkoholfrage und Sozialdemokratie

von Emanuel Burau. Preis 30 Pf.

Vereinsrecht und Polizei.

Eine Denkschrift gegen die Verprechung und Verschleierung des deutschen Vereins- u. Versammlungsrechts. Preis 2 M.

Sozialdemokratische Flugschriften.

IV. Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Schiffahrt u. Landwirtschaft. Preis 10 Pf.

Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften

von Adolf Braun. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3 M.

Geschichte des Sozialismus in Frankreich

von Paul Louis. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3 M.

Die Philosophie Spinozas

von A. Stern. Dritte, stark verbesserte Auflage. Preis brosch. 1,50 M., geb. 2 M.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68. Lindenstr. 60, Laden.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

(Kämpfer-Liste) Bezirk 203, Teil I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Seliger

Moritz Huhnholz

Brangellstr. 32 gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 24. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 216/9

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Seliger

Moritz Huhnholz

am 18. Januar 1908 gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Januar 1908, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
111/9 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 21. d. M. verstarb unser Mitglied, der Maurer

Bernhard Krauel

Stimmensünderstr. 109.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Hion-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
224/12 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer

Zweigverein Berlin. — Bezirk Norden.

Am 21. Januar starb unser Mitglied

Bernhard Krauel

im Alter von 81 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Hion-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
136/6 Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

Deutschlands

Zahlstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied

Walter Lohn

am Dienstag, den 21. d. M., verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Neuen Nazareth-Friedhofes, Reinickendorfer-Weg, Berlin-Neukölln, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
63/2 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein

Charlottenburg.

Todes-Anzeige.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Karl Dobbrick

am 21. d. M. verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Nazareth-Friedhofes (Hästenbammer Weg) aus statt. 250/2
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Otto Bremer

am 21. Januar verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Hohen-Schönhausen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
75/8 Die Ortsverwaltung.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Am Sonnabend, den 25. d. M., veranstaltet der Männergefängnisverein „Froh Sinn“ in dem gesperrten Lokale von Reubeker, Mariendorfer Chaussee, einen Maskenball. Wir ersuchen, alle etwa angebotenen Villen entschieden zurückzuweisen.

Am Sonnabend, den 1. Februar etc., feiert der „Verein Berliner Faktoren“ in „Neumanns Festhale“, Rosenthaler Straße, ein sogenanntes „Kirmesfest in Lützenhausen“. Auch dieses Lokal steht der Arbeiterklasse zu Versammlungen nicht zur Verfügung. Die dem genannten Verein angehörenden organisierten Parteigenossen werden speziell auf die eventuellen Folgen eines Boykottbruchs aufmerksam gemacht.

In der Lokalliste ist unter Mierzdorf (L.-S.) bei dem Lokal von hier die Bezeichnung „frei“ fortgeblieben, es muß heißen: Mierzdorf L.-S.: Gesperrt: Restaurant Krüger. Frei: Rest. zur Wölbe, Jnb. E. Her. Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 26. d. M., abends 6 Uhr, in der „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20: Versammlung mit Frauen. Vortrag des Stadivordneten Duponi über „Rechte und Pflichten der Frau im öffentlichen Leben“. Nachher: Gesellschaftliches Beisammensein und Tanz. Eintritt mit Garderobe und Tanz 2 Pf. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis.

Am Sonntag, vormittags 9 Uhr, findet in allen Bezirken ein Extrazahltag statt. Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Eichwalde, Mierzdorf, Zeuthen und Umgegend. Als Ersatz für die im November v. J. durch den zuständigen Amtsvorsteher unrecht verbotene Versammlung findet eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 6 Uhr, im Lokale „Albrechtshof“ (Inhaber Spethmann), in Zeuthen statt. Tagesordnung: „Der Kampf der Arbeiterklasse und die Frauen“. Referent: Genossin Marie Thiel-Tempelhof.

Parteigenossen! Zeigt durch Massenbesuch dieser Versammlung, daß die durch das damalige Versammlungsverbot besetzte Leinliche Methode unserer Bekämpfung nur ansehnend gewirkt hat. Der Einberufer.

Mittenwalde. Am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 9 Uhr, findet im Lokale des Herrn W. Kranich die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Nicht aller Parteigenossen von Mittenwalde ist es, der wichtigen Tagesordnung wegen zu erscheinen. Der Vorstand.

Röhrenbeck (Bezirk Nieder-Schönhausen). Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 4 Uhr, im „Gasthof zur Sonne“ (Inhaber A. Wärich) statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Freiwaldt-Pantow: „Die Gemeindevahlen und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse“. Diskussion, Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben, Verschiedenes, Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Der Vorstand.

Bernau. Am Sonnabend, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Künze, Bürgermeisterstr. 22b, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Diskussion, Wahl des Vorstandes und der Funktionäre, Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Berliner Nachtbilder.

Die Berliner Stadtmission hat sich die Aufgabe gestellt, auch zur Nachtzeit auf Seelenrettung auszugehen. So hat sich eine besondere Nachtmission gebildet, die ihre Tätigkeit in der Hauptstraße in der Friedrichstraße ausübt. Die Abgesandten dieser Nachtmission wenden sich mit ihren Belehrungsversuchen nach Art der Heiltsarmee weniger an die Rowdies in Schnallen-schuhen und Zylinder, sondern an die sogenannten „unteren Kreise“, indem sie diesen Personen Traktätschen in die Hand drücken. Daß damit den Armen und Elenden geholfen wird, ist natürlich ausgeschlossen.

Dieser Tage lasen wir im „Reich“ einen kurzen Bericht über die Tätigkeit dieser Nachtmission, der verschiedene Nachtbilder des Elends enthält; es heißt u. a. in dem Bericht:

„Da sehe ich links (durch die Friedrichstraße gehend) an ein Haus geleht, das Haupt auf die Brust gestützt, einen Jüngling. Er schließt im Stehen. Ich wecke ihn. Die ärmliche, zerfallene Kluft (Kleidung), das trotzig blidende und doch wieder Hülfe heischende Auge erregt unter herablassendem Mitleid. Das Wenige, was er erzählt, gewährt einen tiefen Einblick in den namenlosen Jammer eines solchen unglücklichen Entertiten, eines jungen, wohl arbeitsfähigen, aber heimat-, obdach- und arbeitslosen, vielleicht arbeitsfähigen Menschen. Welch eine furchtbare Lebensgeschichte spricht aus dem einem hoffnungslosen, mißtrauischen Blick. Wir reden ihm freundlich zu und der Bruder B. bringt ihn ins Asyl des Stadtmissionshauses.“

Weitergehend treffe ich einen jungen, bildhübschen Menschen in bestem Anzug. Er ist in Gefahr, auf meine Warnung hin wird er dunkelrot, wir reden ernst miteinander, dann geht er mit dem Verprechen, mich besuchen zu wollen, nach Hause. In einer belebten Straßenecke erheben junge, anscheinend aus angesehenen Häusern stammende Männer ein Hohngelächter, als sie die Blätter erhalten. Der Herr gab mir die rechten Worte, sodah ich mit ihnen ernst sprechen konnte. Auch hier wurde ein Besuch in der Sprechstunde versprochen. Einige Schritte weiter gehend, stieß ich auf drei junge Leute. Einer von ihnen war schon durch das furchtbarste Gewerbe, die männliche Prostitution, ruinirt an Leib und Seele. Und er war kaum 20 Jahre alt. Während ich in einer Seitenstraße mit ihm spreche, bittet ein junger, 18jähriger Jude mich um einige Blätter. Eine Frau denunziert ihn als männlichen Prostituierten. In seiner Begleitung befinden sich zwei erst kürzlich konfirmierte Knaben, wie ich fürchten mußte, Verführungsobjekte für den jungen Israeliten. Die drei begleiten mich auf meine Bitte bis zum Kreuzungspunkt der Friedrichstraße und der „Linden“ und bleiben dort an einer Bank stehen. Während wir weiter arbeiten, frage ich die reduziert Aussehenden unter den vorübergehenden jungen Leuten, ob sie Obdach haben. Fast jedesmal ist die Antwort: Nein. Ich schide sie zu den an der Bank wartenden Freunden. Bald sind etwa 12 junge, unglückliche Obdachlose beisammen! Welch eine erschreckende Hülle von Elend spricht aus diesen abgekehrten, blassen, todmüden Gesichtern. „Die Knaben werden müde und matt, und die Jünglinge fallen.“ Dies Wort kam mir in den Sinn, und ich sprach zu ihnen von dem herrlichen Reize, der dem Mädchen Kraft und Stärke genug dem Unvermögen abtut. Aber wo sind die Eltern dieser Verlagenen, wer sorgt sich daheim um den, betenden Herzend um diese geliebten verlorenen Söhne? Wozu und nicht das Herz brechen über diesen entsetzlichen Jammer? Wie viele junge Männer

müssen obdachlos in den Straßen der Stadt, dem Laster preisgegeben, unherirren, wenn ich allein in einer Stunde schon 12 aufgreife. Man nennt die grauerregende Zahl von 2000 männlichen Prostituierten in unserer Stadt. Und wir stehen fast machtlos dem Jammer gegenüber, weil wir keine Arbeitsstätte und in unseren kleinen Nachtasylen nur fünf Betten zur Verfügung haben. Nur sechs von den armen Jünglingen konnten wir, so gut es ging, in jener Nacht in den Asylen unterbringen.“

An diesen Bericht knüpfte sich eine Bitte um Hilfe, die aber zugleich ein Eingeständnis von der Ohnmacht der Stadtmission diesem Elend gegenüber enthält. Aber nicht nur die Stadtmission ist hier ohnmächtig, sondern die heutige Gesellschaft überhaupt: sie bereitet ja gerade den Boden, auf dem Not, Elend und Verbrechen gedeihen. Nur eine sozialistische Gesellschaft kann diese Erscheinungen beseitigen, weil sie die Ursachen zu denselben aus der Welt schafft.

Wahlrechtsdemonstration.

Am Mittwoch schleuderten die Repräsentanten des Junkertums und deren amtliche Vertreter dem Wahlrecht fordernden Proletariat ihre Drohungen entgegen: Wir antworten mit dem Polizeifabel und den Kleinlautdrigen! Das war der Restrain aller antiwahlrechtsgegnertischer Auslassungen. Gegen die Rechtsforderung der intelligentesten Arbeiterklasse der Welt wird die Polizei- und Militärmacht, der Schrecken harter Freiheitsstrafen aufgeboten. Und Preußen nennt sich ein Kulturland! Es muß erst zu einem solchen gemacht werden. Das ist der unerfüllbarliche Wille des Proletariats. Trotz aller Drohung, Wenige Stunden, nachdem die Kulturwelt von dem auf Polizei- und Militärmacht ruhenden drohenden Rut der Junker Kenntnis erhalten, zogen am Mittwoch wiederum Tausende Proletarierinnen hinaus zur Wahlrechtsdemonstration. Mindestens 8000 Personen, weit überwiegend Frauen, alte und junge, strebten Kleins Festhale zu, um dem Vortrage der Genossin Jettin beizuwohnen. Schnell war das große Lokal gefüllt. Und immer noch mehr Scharen strömten herbei. Um 8 Uhr waren alle umliegenden Gärten dicht gedrängt voll Demonstranten. Aber nirgends Unruhe, kein Lärm. Doch die Polizei macht sich nicht nur das Recht auf die Straße, sondern auch auf die Gärten an. Man säuberte. Die Straße wurde abgeperrt. Nicht nur das! Auch die Gärten mußten geräumt werden. Als die Genossinnen Jettin und Baader erschienen, war ringum nichts zu sehen — als Uniformen. Daß man damit die Wahlrechtsbewegung nicht torfschlägt, bewies die Versammlung. Kopf an Kopf gedrängt lautete die Menge den Worten der Referentin. Begeisterte Beifallsgelübungen gaben Kunde von der Stimmung, von dem nicht zu erschütternden Willen, das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu erkämpfen. Heute (Freitag) spricht Genossin Jettin noch bei Walschnieder Wadstraße 16.

Im Café der Arbeitslosen.

Die gastlichen Räume, in denen es für einen halben Ridel einen warmen Schlud und für einen ganzen einen warmen Vöffel gibt, sind jetzt voller als je. „Volks-Kaffee- und Speise-Gallen“ nennt sie etwas langatmig der Unternehmer, und „Café Dalles“ jagt der Volksmund, der auch hier wieder mal den Nagel auf den Kopf trifft. Die Armut, die dort Stammgastrechte besitzt, drückt selbst der inneren Einrichtung ihren kahlen, nüchternen Stempel auf. Kolozgimmerte, taunene Tische und Bänke, weicheinliche Wände, ohne den mindesten Schmuck, eine einfache, langgestreckte Schänke mit „Delikatessen“, die bei Dreifeln und Hüller vergehen zu suchen sind, — so wird der Prolet wenigstens nicht verhöhnt, sieht die Großstadtbäume nicht in den Himmel wachsen und kommt nicht auf „dumme“ Gedanken.

Das ist nämlich die menschenfreundliche Ansicht derer, die fern vom Schuß solches Volks-Café als eine hochwohlfeile Errungenschaft der Neuzeit preisen und ihm einen tiefen sozialen Wert beimessen. Daß sich was mit „sozialem Wert“! Der liegt bloß darin, daß man die Armut, die dorbende, hungernde, arbeitslose Menschheit auf einem großen Haufen beisammen finden kann. Es hat einen bitterbösen sozialen Beigeschmack, hier zu sehen und zu empfinden, wie die Entertiten des Glücks, die Rechtslosen und Geschurigelten, ein Leben führen, das den Gottedemmenschen fast schon auf die Stufe des Tieres sinken läßt. Sorgt dafür, daß der getretere Erdewurm nicht zum wilden Tiere wird! Geht doch mal hin, ihr Reichen und Superklugen, ihr Sozialpolitiker vom grünen Tisch und großrednerischen Volksbegrüßer, geht hin nach jenen Hallen, in denen es wahrhaftig nicht so lustig zugeht, wie in der glücklichen Zeit jenes Heintich von Frankreich, da jeder Staatsbürger Sonntags sein Huhn im Topfe hatte. Seht euch recht genau das Gespenst an, das unsichtbar durch die weiten, dunstgeschwängerten, ungesunden Räume zieht. Unsichtbar? Nein, sichtbar ist es. Breit und deutlich sieht es da und dort, überall an den tannenen, rohen Tischen, grinst euch vorwurfsvoll an aus bleichen Wangen und hohlen, kieseligen Augen. Das Gespenst der Armut ist es, der drückenden Not und der Arbeitslosigkeit. Zwanzig, dreißig sitzen da bei einer Schale dünner Kaffeeorle, eng aneinander gedrückt, starren dumpf vor sich hin und zeigen ängstlich mit dem lehten, längst erkalteten Schlud, daß sie nicht mitleidlos hinausgejagt werden auf die nachfalte, winterliche Großstadtstraße. Wer zwei, drei Ridel übrig hat zu einem Keller Suppe, zu einem breiten, undefinierbaren Nischmasch ohne Saft und Kraft, aus dem die prüfende Sonde des Nahrungsmittelchemikers mit Schaudern wieder hinausfährt — oh, der ist schon überglücklich, zählt zu den Reichen unter den Proleten. Und gierig stürzen sich fünf, sechs andere, die den lehten Sechser ausgeben, auf jede übriggelassene Kartoffel, auf jene köstliche und heute doch so teure Frucht, die mal ein jugendlicher leibhaftiger Prinz zu seinem Erzher in gottvoller Borniertheit als „Auster des Volks“ bezeichnete.

Und nicht mal hier, nicht mal an dieser unwürdigen Stätte, die der Demittelle meidet wie die Pest, haben sie Ruhe, die Glücklosen, vor der Nacht, die über Nacht geht. Selbst hier hinein greift mit harter Faust jene Gewalt, die den „staatsbreitenden“ Säbel schwingt, ihn auf wechlose Männer, Frauen und Kinder niedersaufen läßt. . . . Wie eine Plutwelle pflanzt es sich plötzlich vom Eingang bis zum hintersten Ende des Saales fort. Noch weiß man nicht recht, was los ist. Aber dann schallt von Mann zu Mann, von Tisch zu Tisch: Die Polizei hat das Lokal umstellt! Da tauchen auch schon die ersten Helmspitzen auf. Zwanzig Schutzleute, zwei Wadmeister, zwei Leutnants, als Zugabe noch ein paar „Kriminal“ sind aufgeboten, um das „verdamnte rote Nest“ auszugeben. Alle muß aufstehen und antreten. . . . mitgefangen — mitgehangen! In der Tafel hält sich die Faust, ohnmächtig ersticht die Wut. „Raul halten!“ wird jedem entgegengedonnert, der ein Wort der Widerrede wagt, und mit „vorwärts, marsch!“ geht in langem Zuge, vor Hunderten von erschauerten Reugierigen vorüber, über die Großstadtstraße nach der nächsten Polizeiwache.

Ein erster Zug ist's, die Verförperung der Not und der Gewalt. Ein Zug von hundertfünfzig Armen und Arbeitslosen,

unter denen vielleicht noch nicht zehn sind, die die Schmach wirklich verdient haben. Der Hof der Revierwache ist in ein Feldlager verwandelt. Immer je zehn werden nach oben geführt, um sich über ihre Personalien auszuweisen, sich Liebenswürdigkeiten sagen zu lassen und ohne Entschuldigung kurzerhand rausgewiesen zu werden. Die übrigen ausgehungerten, dürftig gekleideten Gestalten lauern da unten Stundenlang wie die Verbrecher, klappern in der Winterkälte mit den Zähnen und stellen Betrachtungen an über unsere göttliche Weltordnung. Aber einer nach dem anderen passiert glatt die aufgezwungene Kontrolle, und was wirklich für zu leicht befunden wird auf der Wage der heiligen Hermandad, das ist ein winziger, erbärmlicher Rest, der das machtvolle, schmackvolle Aufgebot wahrhaftig nicht wert war. Lieb Vaterland, laßst ruhig sein . . . der Schupmann schüßt dich zart und fein . . .! Wann wird es endlich Tag werden?

Der Gummiträppl im städtischen Obdach.

Der Polizeifabel macht Schule. In Berlin, der Stadt der Intelligenz und Aufklärung, soll es jetzt an allen Ecken und Enden Reile geben. Der Reichsanzler in höchsteigener Person hat die Notenschreiben, am Mittwoch im steinernen Kaufstam am Königsplatz, und seine gefügigen Leute machen die Musik dazu. Ihnen gesellen sich jetzt auch die städtischen reaktionären Elemente zu. Jene edlen Reinschreibe, die über das städtische Obdach in der Trödelstraße Kommandogewalt ausüben, haben beschlossen, beim Magistrat zu beantragen, daß die älteren, im Dienste durchaus erprobten Aufsichtsbemanten zur Abwehr mit Gummiträpplern, nach dem Beispiele des englischen Policeman, ausgerüstet werden! Infolge des Einzelvorkommnisses im Obdach am 12. Januar, das, wie wir schon berichteten, geistlich stark aufgebauscht worden ist, hat man sich also in nervöser Furcht, angeekelt von der Polizei, zu generellen Maßregeln entschlossen, deren mögliche Folgen auf die Verantwortung der Urheber zurückfallen. Solange das Obdach steht, sind alle Ausschreitungen, die revoltierenden Charakter annehmen, immer noch durch schlechte Einrichtungen oder durch provozierendes Benehmen der Beamten entstanden. Sollte es am Sonntag, den 12. Januar, wirklich ausnahmsweise mal anders gewesen sein, so ist das noch lange kein triftiger Anlaß, den Heimslosen, die wahrhaftig nicht zum Vergnügen die unter strenger Polizeikontrolle stehende „Palme“ aufsuchen, die gratis gereichte Rehsuppe mit Prügeln zu versalzen. Auch der Gummiträppl im Obdach wäre weiter nichts als eine Provokation, eine durchsichtige Frucht der Säbelmegeleien! Wir können nur aufrichtig wünschen — mit ebenso aufrichtigem Herzen wie vorgestern der Fürst Bülow —, daß der vorläufige Beschluß der regierenden Obdachmänner nicht endgültige Wirksamkeit erhält. Wir wünschen ebenso sehr im Interesse der Obdachlosen, als in Rücksicht auf die zum Dreinschlagen amtlich sanktionierten Beamten, Allguscharf hat noch immer scharf gemacht!

Fleischpreise seit 1901.

Der amtliche Bericht des Berliner Magistrats zeigt bei Rindern, Kälbern und Schafen in den Jahren 1901/05 ein fast beständiges Steigen der Preise. Bei den Schweinen trat in den Jahren 1903 und 1904 eine starke Preidermähigung ein. Die Durchschnittspreise des Jahres 1905 übertrafen aber nicht nur bei allen Viehgattungen die der vorhergehenden vier Jahre ganz bedeutend, sondern waren auch die höchsten, die seit Bestehen des Viehhofes jemals bezahlt worden sind. Es ist dies eine Erscheinung, die durch die andauernde Knappheit von Vieh bei stetig wachsender Bevölkerung ihre hinreichende Erklärung findet. 1901 stellte sich der niedrigste Preis für Rinder auf 89,80 M. für 50 Kilogramm Schlachtgewicht, 1905 aber schon auf 59 M.; der höchste auf 65,65 M. bzw. 76,32 M., und zwar im Durchschnitt. Bei Kälbern auf 52,73 M. bzw. 50,41 M. und 74,42 M. bzw. 89,65 M.

Gebildete Rowdies.

Im Polizeibericht lesen wir: In der Nacht zog etwa ein Duzend Studenten mit Gesang und Kabau durch die Friedrichstraße. In ihrer Mitte führten sie das Obergeißel eines Kinderwagens mit sich, in dem einer der Pufenöhne lag und sich von einem Kommilitonen auf dem Vorderritz entlang ziehen ließ. Da sie der wiederholten Ausrufung eines Schupmannes, den Anflug zu unterlassen, nicht nachkamen, schritt der Beamte zu ihrer Feststellung. Wenn das Arbeiter gewesen wären, wie würde da die bürgerliche Presse über die ungebildeten, verrohten Arbeiter zernern. Aber so waren es ja Angehörige der „besseren“ Gesellschaft, die später einmal über Arbeiter zu Gericht zu sitzen haben; denen werden derartige Taten milder angekreidet, auch die Polizei ist da kulanter und stellt nur die Namen fest. Arbeiter, die ruhig und gemessen durch die Straßen gehen, werden mit dem Säbel zusammengehauen.

Ein erschütterndes Brandunglück.

dem leider drei blühende Kinder zum Opfer gefallen sind, verursachte gestern nachmittag in der Bappelallee 49 eine unbeschreibliche Aufregung. Dort kam nach 3 Uhr in der Kellertwohnung des Italieners Riglorini aus nicht ermittelter Ursache Feuer aus. Als es bemerkt wurde, drang dichter Qualm aus dem Keller heraus. Riglorini, dessen Frau nicht daheim war, stürzte herbei und holte aus der Wohnung seine drei Kinder, zwei Knaben und ein Mädchen, ohnmächtig noch vor Anknurf der Feuerwehrraus. Das Mädchen wurde schnell zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht; die zwei kleinen Knaben fuhr die Feuerwehrr sofort nach der Feuerwache in der Oberberger Straße, wo unter Leitung eines Arztes mit Sauerstoff usw. Wiederbelebungsversuche gemacht wurden. Nach zweistündigem Bemühen mußten sie eingestekt werden. Die Verzte hatten nicht mehr helfen können. Die Leichen der drei Kinder wurden nach dem Schauhause gebracht, Sie waren der Rauchergriftung erlegen. Das Feuer, das Betten, Matrassen ergriffen hatte, konnte bald gelöscht werden!

Die häufig gerügte Unsitte der Kutscher, nicht an haltenden Straßenbahnwagen vorbeizufahren, hat wiederum zu einem schweren Unglücksfall Veranlassung gegeben. Gestern nachmittag wollte der Vaterloo-Wer 1 wohnende Prokurist Löwenthein an der Ecke der Jerusalemer und Zimmerstraße einen Straßenbahnzug der Linie 88 besteigen. Beim Ueberstreiten des Fahrdammes, als sich 2. bereits dicht neben dem Straßenbahnwagen befand, wurde er von einem Omnibus der Linie 2 erfasst, zu Boden gerissen und überfahren. Der Prokurist erlitt Verliche des linken Ober- und rechten Unterschenfels und wurde nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht, wo ihm ein Notverband angelegt wurde.

Im städtischen Arbeitshause zu Rummelsburg befanden sich am 1. Oktober 1907 insgesamt 1388 Korrigenden, und zwar 1328 männliche, 60 weibliche. In dem Vierteljahr Oktober-Dezember wurden neu aufgenommen 391 männliche, 9 weibliche Korrigenden. Entlassen wurden 370 Männer und 21 Frauen, so daß am 31. Dezember ein Bestand von 1397 (1349 Männer, 48 Frauen) in der Anstalt verblieb. — In dem Hospital des Arbeitshauses befanden sich am 31. Dezember 386 männliche und 198 weibliche und in dem Hülfshospital zu Reinickendorf 188 männliche Hospitalisizte.

Kommunales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Ueber den dringlichen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der den Magistrat auffordert, schleunigst Maßnahmen zur Bänderung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen, konnte gestern noch nicht verhandelt werden. Dem Magistrat und der freisinnigen Versammlungsmehrheit erwies Herr Kommissar den Riedel den Dringlichkeit zu bestreiten — und geschäftsbildungsgemäß genigte dieser Einspruch, die sofortige Beratung zu verhindern. Der Antrag wird nun auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommen.

Im Mittelpunkt der gestrigen Sitzung standen die Verhandlungen über zwei Anträge, die sich auf Fragen aus dem Gebiet der Kinderfürsorge beziehen. Den von Freisinnigen eingebrachten Antrag betreffend die Zahnpflege der Schulkinder begründete Herr Barth so vorsichtig, wie wenn er seinen eigenen Freunden nicht recht vertraute, daß sie im Ernst diesen kleinen Schritt vorwärts zu tun beabsichtigen. Am entschiedensten wurde die in dem Antrag aufgestellte Forderung unterstützt von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion, unserem Genossen Wehl, der auch daran erinnerte, daß die Fraktion schon vor zwei Jahren Schulärztliche geordnet und dabei auch die Notwendigkeit von Schulzahnärzten betont hat. Herr Cassel beeilte sich, jedem etwaigen Versuch einer Erweiterung des Arbeitsfeldes der Schulärzte von vornherein entgegenzutreten, und erntete dabei den Beifall der Mehrheit. Nachdem dann Herr Kommissar wieder mal mit seinem „sozialen Empfinden“ renommiert und Herr Cassel ihm darin sekundiert hatte, wurde der Antrag einem Ausschuss überwiesen.

In einem Ausschuss soll auch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vorbereitet werden, der der Stadtgemeinde die Errichtung von Kruppen und Kinderergärten zuweist. Genosse Wurm begründet ihn in einer Rede, die reich an Material und von starker Beweisraft war. Zustimmung oder mindestens wohlwollend äußerten sich die Redner der „Sozialfortschrittlichen Gruppe“ und der „Neuen Linken“. Herr Dove meinte, seine Freunde seien nicht prinzipielle Gegner einer Ausdehnung der Gemeindetätigkeit, aber die Fülle solcher Anträge müsse zur Vorsicht mahnen. Und der alte Herr Vangerhans frantete noch das früher mal modern gewesene Argument aus, die Sozialdemokratie lödere durch solche Forderungen das Familienleben. Vom Magistrat sprach niemand. Mit desto größerem Redeeifer werden wahrscheinlich im Ausschuss die Vertreter des Magistrats zu beweisen suchen, daß „die Sache nicht geht“.

Aus den sonstigen Verhandlungen von gestern ist der erneute Streit um Herrn Rosenow's Hochburg zu erwähnen, der bei der Zuteilung der Stadtbezirke zwecks Ausführung von Arbeiten noch einmal entbrannte. Genosse Singer erinnerte daran, daß Herr Rosenow selber bei einer früheren Gelegenheit offen zugegeben hat, für ihn habe dieser Streit eine kommunalpolitische Bedeutung. Herr Rosenow darf nämlich in seinem Revier seinen Einfluß auf die Befestigung der kommunalen Ehrenämter nicht schwächen lassen, weil das Parteiinteresse fordert, daß diese Ämter mit freisinnigen Männern besetzt werden, die ihm bei Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen als Agitatoren dienen können. Als Genosse Singer das der freisinnigen Mehrheit mit aller Deutlichkeit zu verstehen gab, vollführten die Freisinnigen einen Höllenlärm und taten, wie wenn sie sich schwer beleidigt fühlten. Bei der Abstimmung aber — erneuerten sie ihren früheren Beschluß und das frühere Unrecht!

Gegen Ende der Sitzung gab es noch eine „Umstürzer-Debatte“, die im ganzen höchst amüsant verlief, aber doch auch ihre ernste Seite hatte. Sie drehte sich um ein Vermächtnis, aus dem im Jahre einmal einige alte Leute feillich bewirtet werden sollen, aber unter der von der Stifterin gestellten Bedingung, daß die Bewirtung nicht etwa in dem Lokal eines „Umstürzlers“ stattfindet. Genosse Singer suchte dem Magistrat begründlich zu machen, daß die betreffende Vorlage eigentlich nicht sehr der Würde des Magistrats entspricht und daß die darin enthaltene Bedingung eine dreifache Herausforderung der in Berlin stärksten Partei und des größten Teiles der Berliner Bevölkerung in sich schließt. Der Redner des Magistrats, Bürgermeister Reichel, begriff's nicht. Mit der Reitwitz, die ihn hier, erklärte er, die Stifterin habe offenbar gewünscht, daß die Bewirtung „im Hause eines ruhigen Mannes“ stattfinden solle. Eine echt Reichel'sche Leistung!

Soziales.

Prolongierte Probeengagement's.

Mit der Rechtslage bei Prolongierung von Probeengagement's hatte sich gestern die erste Kammer des Kaufmannsgerichts zu befassen. Der Kläger Fritz A. war von der Auer-Gadgüld'schen Gesellschaft am 15. August für eine 14tägige Probezeit als Reisender und Akquisiteur für die Abonnement-Einrichtung der Gesellschaft engagiert worden. Diese Probezeitstellung wurde dreimal in Etappen von einer bis zwei Wochen prolongiert. Das letzte Mal lief die Probezeit am 31. Oktober ab. Mit dem Kläger zugleich waren noch 12 Reisende auf Probe engagiert worden, die gleich dem Kläger einen Vertrag unterzeichnen mußten, nach welchem sie sich verpflichteten, einen bestimmten Wochenumsatz bei Vermehrung sofortiger Entlassung zu erzielen. Auf Grund dieses Paragraphen entließ die Gesellschaft sofort den größten Teil der Reisenden, der Kläger hingegen hatte den Umsatz, zu dem er sich verpflichtet hatte, überschritten und hoffte daher auf das ihm in Aussicht gestellte feste Engagement. Um sich zu vergewissern, wandte er sich unter Hinweis auf die vielen Entlassungen am 28. Oktober, also drei Tage vor Ablauf der letzten Probezeit, an den Abteilungsleiter mit der Anfrage: „Und wie ist es denn mit mir?“, worauf ihm dieser erwiderte: „Sie bleiben. Machen Sie, daß Sie die Kundenschaft besuchen.“ Kläger hielt sich nun für fest angeheftet, erhielt aber am 31. Oktober die sofortige Entlassung. Auf Reklamation bei der Geschäftsleitung erfolgte nur die bündige Antwort: „Wir haben kein Recht für Obdachlose!“

Das Kaufmannsgericht wies den Kläger mit seinem Anspruch auf Festgehalt ab, mit der Begründung, daß die Probezeit am 31. Oktober abgelaufen und eine direkte Erklärung, daß das Engagement in ein festes umgewandelt sei, seitens der beklagten Gesellschaft nicht erfolgt war. — Der Vorsitzende, Magistratsrat Tschow, unterließ es aber nicht, dem die Gesellschaft vorsetzenden Syndikus, Rechtsanwalt Friedmann, sein Erstaunen darüber auszudrücken, daß die Firma in ihre Verträge Klauseln aufnimmt, die das Kaufmannsgericht schon wiederholt, weil wider die guten Sitten verstößend, für ungültig erklärt hat.

Die Genidfarre

scheint in Oberschlesien die schwarzen Pocken wieder abblösen zu wollen. Noch sind letztere nicht erloschen, und schon wird amtlich das Neuaufreten der Genidfarre gemeldet. Natürlich sind es in erster Linie Arbeiter, deren Leben gefährdet ist. Im Schlafhause II der Gräfin Lautschütte bei Königshütte wurde die gefährliche Infektionskrankheit festgestellt. Auch ein Sogen der „Arbeiter-Wohlfahrtsvereinigungen“.

Die sächsischen Industriellen

hielten in Dresden am Sonntag und Montag ihre 6. ordentliche Hauptversammlung ab. Der Verband umfaßt nach dem Syndikus des Vereins, dem Hans in allen Klassen Streifemann, zurzeit 4000 sächsische Betriebe mit 400 000 Arbeitern, repräsentiert also eine gewaltige ökonomische Macht. Nach seinen Ausführungen beschäftigt die gesamte sächsische Industrie circa 700 000 Arbeiter, triumphierend wies er darauf hin, daß eine derartige Industriellenorganisation in keinem anderen deutschen Bundesstaat vorhanden sei. In der sächsischen Zweiten Kammer saßen zurzeit 24 Mitglieder. Er hat natürlich vergessen hinzuzufügen, daß trotzdem die konservativen Blockfreunde ihre agrarische Uebermacht im Landtage dazu benutzen, eine durchaus agrarische industriefeindliche Politik zu treiben. Der Verneinung sprach dann den edlen Wunsch aus, daß die in Dresden sich entwickelnde nationale Arbeiterbewegung immer mehr an Umfang zunehme, „um den deutschen Arbeiter von dem Trüde der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung zu befreien“.

Dieser Wunsch des Herrn dürfte schwerlich in Erfüllung gehen, dazu haben die deutschen Arbeiter in ihrer großen Mehrzahl denn doch zu viel Einsicht, um sich von den Herren Industriellen als politisches Stimmvieh, als willen- und würdeloses Ausbeutungsgesetz mißbrauchen zu lassen. Es ist im Gegenteil zu konstatieren, daß die sogenannte nationale: christliche, gelbe und kirchlich-Demokratische Gewerkschaftsbewegung — wenn man davon überhaupt reden kann, immer mehr in Dresden im Rücktritt kommt. Sie hat in letzter Zeit jebiel moralische Ohrfeigen bekommen, daß die Erkenntnis über die Notwendigkeit, zu den freien Gewerkschaften überzutreten, gewachsen ist.

Die Industriellen nahmen dann noch Stellung zur Kohlenfrage, zu der sie folgende Resolution gegen 1 Stimme annahm:

Der Verband Sächsischer Industrieller erklart in der Syndizierung der Produktion wichtiger industrieller Rohstoffe eine Erscheinung, welche die Verfügungsfreiheit der verarbeitenden Industrie bedroht, falls es nicht gelingt, auch die Abnehmer der Rohstoffe zu gemeinsamen Vorgehen zu vereinigen. Der Verband erachtet es daher für seine Aufgabe, namentlich zu den Lieferungsbedingungen der Rohstoffe, insbesondere der Kohlen, im Sinne der Berücksichtigung der Konsumenteninteressen Stellung zu nehmen.

In einer anderweitigen Resolution protestierte er gegen die geplante Umänderung der Fernspreckgebühren, „da er darin eine ungerechtfertigte Belastung der mittleren und kleineren sowie der auf den Lokalabsatz angewiesenen Betriebe erblickt. Die Einführung höherer Einnahmen für die Postverwaltung läßt sich nach Ansicht des Verbandes auch durch eine klassenweise Abkürzung der Verkaufsgebühr sowie dadurch erreichen, daß von einer bestimmten Zahl von jährlichen Gesprächsverbindungen ab die Errichtung weiterer Verbindungsstellen zur Pflicht gemacht wird. Von der allgemeinen Einführung der Einzelgesprächsgebühren muß dagegen gewarnt werden, da diese mit einer wesentlichen Einschränkung der Fernsprecher verbunden sein würde und ein großer Teil der erhofften Mehreinnahmen hierdurch verloren gehen müßte“.

Zum Schluß machten die Industriellen noch in Kolonialenthusiasmus; sie forderten in einer Resolution den Ausbau des Eisenbahnebes in den deutschen Kolonien zur Förderung des Baumollenbaues. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Eine flackernde Ohrscheibe für die Gewerkschaftsführer

wurde auf der Hauptversammlung der westfälischen Landwirtschaftskammer, die in Münster am 20. Januar tagte, ausgeteilt. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Ausdehnung des Koalitionsrechtes auf die ländlichen Arbeiter und Dienstboten, welche Betreibungen — wie das bei einer solch reaktionären Gesellschaft nicht anders zu erwarten ist — natürlich in Grund und Boden verdammt werden. Immerhin waren die Herren Agrarier noch weit vernünftiger als jene christlichen Gewerkschaftsführer, die den Landarbeitern bei Verletzung des Koalitionsrechtes ein Streikrecht nicht oder doch nicht während der Ernte zugehanden wissen wollen. Der Berichterstatter der Landwirtschaftskammer, Freireiter von Debedur gab zwar die Weisheit zum besten, das Koalitionsrecht sei eine Kampforganisation, nach seiner Uebersetzung im eibischen und christlichen Sinne immer eine Unmoralität. Er wußte ferner zu melden, daß die ländlichen Arbeiter selbst nicht einmal das Koalitionsrecht verlangen und ein ländlicher Arbeiter seine Familie viel besser ernähren könne als der industrielle; mußte jedoch bei letzterer Behauptung gleich die Einschränkung machen, daß letzteres nur zu konstatieren sei, weil die ganze Familie des ländlichen Arbeiters auf Ackerweid ausgehe. Dann erklärte er jedoch sehr richtig: das Koalitionsrecht ohne Streikrecht sei undenkbar und ein Verbot des Streiks in der Erntezeit uneinsetzbar, da die Erntezeit verschieden sei und vom Frühjahr bis zum Herbst dauere!

So müssen sich die christlichen Gewerkschaftsführer von einem Agrarier reinigen lassen, sagen lassen, daß sie mit ihrer Stellungnahme zur Landarbeiter-Organisationsfrage ein Doppelspiel treiben, nur darauf bedacht, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen.

Ein Beitrag zur Landstucht.

Der 24jährige Gutsinspektor Hugo Wisemann geriet eines Tages auf dem Gutshofe des Amtearsls v. Zimmermann mit dem seit langer Zeit dort beschäftigten 57jährigen Arbeiter Angler wegen Verrechnung einer Ueberstunde in Wortwechsel. Als Angler sagte, wenn er die Stunde nicht bezahlt erhalte, arbeite er nicht mehr nach Feierabend, geriet der Inspektor deartig in Wut, daß er den Mann, der dem Alter nach sein Vater sein konnte, mit seinem Gesichte dratig verprügelte, daß der Verletzte sechs Wochen arbeitsunfähig war. Angler meinte der der Strafkammer in Halle, wo der Inspektor wegen der Mißhandlung angeklagt war, der brutale Mann müsse ihm die Rippen entzwei geschnitten haben. Ein Arzt stellte nach zwei Wochen nach der Zeit am Rücken des Mißhandelten eine 7 Zentimeter lange und 2 Zentimeter breite mit Blut unterlaufene Stelle fest. Und für diese Noheit wurde der Gutsinspektor mit — 25 M. Geldstrafe belegt.

Gerichts-Zeitung.

Ohrscheiben als „Lehrmittel“ für 7jährige Mädchen.

Wenn beherrschende Pädagogen den Stoch als Aufstimmittel aus der Schule verbannt wissen wollen begio, für Abschaffung des körperlichen Zuchtungsrechts der Lehrer überhaupt plädieren, dann findet sich gewöhnlich gleich eine ganze Anzahl sogenannter „Gedankenverständiger“, die mit mathematischer Genauigkeit nachweisen, daß die Vollschiule ohne den Stoch nicht auskommen kann. Würden diese Vertreter altpreussischer Korporalutafel einmal selbst ihre Kinder einer solchen „Erziehungsprozedur“ aussetzen müssen, wie sie z. B. an zwei kleinen 7jährigen (11) Volksschülerinnen in Duttrop bei Offen geübt wurde, wir werten zehn gegen eins, daß diese Prügelentwüthungen sehr schnell kuriert würden. Man sollte es kaum für möglich halten, daß es Redner geben könnte, die 7jährige Mädchen in der Schule durch kräftige Ohrfeigen und Knien in die

Baden „erziehen“ wollen. Und doch stand am Sonnabend, den 18. d. Mts. ein solcher Jugenderzieher in Offen a. d. Ruhr vor dem Schöffengericht, um sich dieserhalb wegen Mißhandlung der ihm anvertrauten Schülerinnen Elisabeth A. und Marie St. zu verantworten. Der Herr, welcher sich einer solchen Methode bediente, heißt Karl Kerkhoff und hat in der Schule in Duttrop zu unterrichten. Die Züchtigung durch Schlägen an den Kopf und Knien in die Backen war erfolgt, weil die kleinen Dinger ihre Schulaufgaben nicht erledigt hatten! Daß der Herr Lehrer nicht gerade sehr sanft geschlagen und geknien hatte, bewies das ärztliche Gutachten, wonach die Züchtigungen im Gesicht blutunterlaufene Stellen hinterlassen hatten — bei 7jährigen Mädchen! — Dabei soll nach einer Verfügung der oberen Schulbehörde überhaupt nicht gezüchtigt werden, wenn Schüler die gestellten Schulaufgaben nicht begreifen können. Das Schlägen an den Kopf ist ebenfalls verboten. Der Schullehrer Kerkhoff schulderte den Angeklagten als einen „erregten“ Mann, dem aber sehr wohl bekannt sei, daß er die Kinder nicht an den Kopf schlagen dürfe. Der Schullehrer mußte dann aber zugeben, daß er selbst die Kinder in der Klasse des Angeklagten an den Kopf geschlagen habe!! Freilich fügte er naiv hinzu, das sei für den Angeklagten noch kein Grund, nun seinerseits die Kinder auch an den Kopf zu schlagen! —

Der Amtsanwalt beantragte, da der Angeklagte das Züchtigungsrecht weit überschritten habe, eine Geldstrafe von — 30 M. Das Gericht erkannte auf — 10 M. Geldstrafe.

Arme, belagertenwerde Kinder, die in einer solchen Schule „erzogen“ werden!

Vermischtes.

Die Katastrophe der „Amsterdam“.

Die Annahme, daß es allen Passagieren und Besatzungsleuten der „Amsterdam“ gelungen ist, den „Amstster“ zu erreichen, hat sich, wie wir gestern bereits berichteten, leider als unzutreffend erwiesen.

Die Agenten der Hartwich-Linie teilen mit, daß in der sehenden Schaluppe der „Amsterdam“ sich 21 Personen befanden, darunter eine Dame, drei Stewardessen, der Chef-Steward, zwei Heizer und ein Matrose. Die Schaluppe fahre für einige Tage hinreichende Mengen von Wasser und Biskuit mit sich, auch seien Ruder, ein Segel und ein Kompaß vorhanden. Alle Bemühungen, die Schaluppe aufzufinden, sind bis jetzt erfolglos geblieben. Inzwischen ist dichter Nebel eingetreten. Falls derselbe sich verzöhere sollte, werden die Bemühungen zur Auffindung der Schaluppe noch im Laufe der Nacht fortgesetzt werden.

Neuerlichen Nachrichten zufolge befanden sich 28 Personen darin, darunter 21 Passagiere. Der Dampfer „Vienna“, der vorgestern abend wegen des Nebels nicht antlaufen konnte, ist gestern früh in See gegangen.

Geht von Holland, 23. Januar. Ueber die vermiste Schaluppe vom Dampfer „Amsterdam“ ist noch nichts bekannt.

Der Dampfer „Dresden“ kam heute morgen zur gewohnten Stunde hier an, während die „Vienna“ mit 55 Passagieren an Bord in See ging.

Müderischer Ueberfall. Einer Meldung aus Breslau zufolge wurde der Kutscher der Seltzerwasserfabrik Braun, der am Montag mit einem Gefährtsgefahr über Land war, auf dem Heimwege kurz vor Breslau nach von einem Unbekannten, den er auf sein Ditteln hin ein Stück Weges mitgenommen hatte, mit einem harten Gegenstand an der Schläfe verletzt. Er verlor die Bewußtsein und stürzte vom Wagen. Seine Geldbörse mit 50 M. wurde ihm geraubt. Der Täter ist entkommen. Der Wagen wurde an der Stadigrenze aufgefunden. Der Kutscher begab sich, da er nur leicht verletzt war, zu Fuß nach der Breslauer Unfallstation.

Eisenbahnzusammenstoß. Amlich wird von gestern und Frankfurt a. M. gemeldet: Der um 4 Uhr 44 Minuten heute früh hier abgegangene Verlonenzug 253 Frankfurt-Rdm ist bei der Einfahrt in Rüsselshelm mit einer Rangierabteilung zusammengefahren. Der Badwagen und ein Wagen 4. Klasse sind stark, ein weiterer Wagen 4. Klasse ist leichter beschädigt. Zugführer Eduard von hier wurde leicht an der Schulter verletzt und Schaffner Göbel-Bischhoffshelm bei Mainz mit abgefahrenem rechten Arm unter der Rangierabteilung hervorgezogen. Reisende sind nicht verletzt. Das Signal für den Verlonenzug stand auf freier Fahrt. Jedenfalls ist die Rangierabteilung unberechtigtweise vorgefahren.

Beim Schlittschuhlaufen ertrunken. In Radevormwald ertranken, wie aus Eiderfeld berichtet wird, am Mittwochnachmittag beim Schlittschuhlaufen zwei schulpflichtige Knaben. Der ältere Bruder des einen, der bei einem Rettungsvorfall ebenfalls zu ertrinken drohte, wurde von einem Lehrer gerettet.

Ein Ueberfall. Der Kurantbote Kurt Hetopp der Braunschweigischen Landeseisenbahn wurde Braunschweigischer Kleidung zufolge vorgestern auf einem Dienstwege von einem noch unermittelten Manno überfallen und schwer verletzt. Dem Hetopp, der eine größere Summe bei sich trug, wurden 72 M. geraubt; er liegt jetzt im Herzoglichen Krankenhaus und ist noch nicht vernehmungsfähig.

Explosion. Eine Meldung aus Budapest besagt: In der Fabrik von Ganz fand eine Explosion eines Trodenofens statt. Hierbei wurde ein Arbeiter getötet, mehrere tödlich verletzt. Der durch die Explosion entstandene Brand richtete großen Materialschaden an.

Die verunglückte Schlittenpartie. Wie aus Wll (St. Gallen) berichtet wird, wurde bei einer Schlittenpartie von Wll nach Vischhofzell der Direktor der Aktienbrauerei Wll, Robert, aus dem Schlitten geschleudert und getötet, seine Tochter erlitt einen doppelten Beinbruch.

Ein Erdbeben hat einer Meldung aus Rom zufolge gestern früh 5 Uhr 10 Minuten in Reggio (Calabrien) stattgefunden. Nachrichten aus der Provinz zufolge trat das Erdbeben in Bianco, Africo, Francalons, Bruzzano, Ferruzzano und in den übrigen schon das letzte Erdbeben mitgenommenen Gegenden mit größerer Heftigkeit auf. Es erregte unter der Bevölkerung Panik, richtete aber keinen Schaden an.

Wie eine spätere Meldung aus Reggio (Calabrien) besagt, hat das Erdbeben in der Gemeinde Bianco mehrere Gebäude, die schon von der letzten Erdrerschütterung der Risse aufwiesen, erheblich beschädigt. Das Amtshaus ist unbewohnbar.

Die Cholera. In Konstantinopel sind von neun vorgelommenen Cholerafällen acht tödlich verlaufen.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	22. 1.	21. 1.		22. 1.	21. 1.
	em	am ¹⁾		em	am ¹⁾
Remel, Ruhr	255 ⁹⁾	+0	Scale, Grodüh	154	-10
Bregel, Amberg	218 ⁹⁾	+14	Sedel, Somban ⁹⁾	109	-1
Weghl, Don	224 ⁹⁾	0	Katzenow ⁹⁾	151	-1
Ober, Mülbach	143 ⁹⁾	-0	Spee, Jörnswald ⁹⁾	—	—
• Krollen	146	-2	Weser, Münden	152	-1
• Brandert	274 ⁹⁾	-4	Weser, Münden	—	-3
Wartje, Schimm	199	+3	Weser, Münden	52	0
• Canthberg	98 ⁹⁾	+0	Weser, Münden	277	-1
Rege, Borsama	67	+8	Weser, Münden	—	-1
Eide, Seimeich	16	+15	Weser, Münden	—	-1
• Dresden	122	-15	Weser, Münden	—	-5
• Budy	143 ⁹⁾	-5	Weser, Münden	120	+12
• Magdeburg	120 ⁹⁾	+10	Weser, Münden	—	—

¹⁾ + bedeutet Sturz, — Sturz. — ²⁾ Untergeg. — ³⁾ Sturz. — ⁴⁾ + bedeutet Sturz, — Sturz. — ⁵⁾ Untergeg. — ⁶⁾ Sturz. — ⁷⁾ Sturz. — ⁸⁾ + bedeutet Sturz, — Sturz. — ⁹⁾ Untergeg. — ¹⁰⁾ Sturz.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18

Veteranenstrasse 1-2

Freitag und Sonnabend:

Billige Lebensmittel

Prima Apfelsinen 10 Stück	20 Pf.	Spitzbeine Pfund	25 Pf.
Prima Mandarinen Pfund	28 Pf.	Eisbeine Pfund	40 Pf.
Prima Citronen 10 Stück	35 Pf.	Pökel-Eisbeine in Portionastücken	Pfund 55 Pf.
Hochfeine Tafeläpfel Pfund	15 Pf.	Prima Pökelrippen Pfund	60 Pf.
Feinste Tiroler „Edelrot“ Pfund	25 Pf.	Ohren und Köpfe Pfund	35 Pf.
Feinste graue Italiener Pfund	25 Pf.	Kassler Rippespeer Pfund	68 Pf.

Zwiebelleberwurst Pfund	45 Pf.	ff. Leberwurst Pfund	90 Pf.	Land-Leberwurst Pfund	85 Pf.
Land-Blutwurst Pfund	50 Pf.	Westf. Mettwurst Pfund	95 Pf.	Braunsch. Mettwurst Pfund	88 Pf.
Pa. Fleischwurst Pfund	95 Pf.	Schinkenspeck Pfund	95 Pf.	Wiener Würstchen 3 Paar	20 Pf.

Blumenkohl Kopf	18 Pf.	Prima Sprossen Kistchen ca. 2 Pfund	55 Pf.
Rheinisches Apfelkraut Pfund	45 Pf.	Auslese-Kaffee 1/2 Pfund	40 Pf.
Feinster Grus-Tee 1/2 Pfund	68 Pf.	Bruch-Chocolade 1/2 Pfund	43 Pf.

Pharus-Säle, Müllerstr. 142.

Sonntag, den 26. Januar 1908:

Kunst-Abend

arrangiert von

Margarete Walkotte.

Mitwirkende:

Margarete Walkotte, Herr Kun Arpad, der jugendliche Violinvirtuos, Herr Will Hagen, Rezitator, Fräulein Lucy Bogathy, moderne Sprecherin, Herr Dallmann, Bariton, Herr Bernhard Nitzsche, am Flügel.

Entree 60 Pf., im Vorverkauf. Abendkasse 75 Pf.

Anfang 7 1/2 Uhr. Anschließend Ball.

Vorverkauf bei Herrn Mazanke, Zigarrenhandlung, Pankstraße 18, in der Tabakarbeitergenossenschaft, Kopenhagenerstraße 2, bei Herrn Restaurateur Doje, Müllerstr. 32, bei Hrn. Horsch, Engelauer 15, bei Herrn Fahrow, Ravenstr. 6, und in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142.

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen Markus- und Krautstraße), mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen.

Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots usw. teils aus ersten Abkommenshäusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern usw., die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen.

Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der meist sehr mangelhaft angefertigten Konfektionsware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Zebe) und tadelloser Sitz auszeichnen. Wir empfehlen gereinigte, reinwollene

3 Monat 2 Monat 1 Monat
getragene getragene getragene

Maß-Anzüge 8 M. 12 M. 16 M.
Maß-Paletots 6 M. 10 M. 14 M.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Große Frankfurterstraße 93

zwischen Markus- und Krautstraße.

Frack und Gesellschaftsanzüge werden zu billigen Preisen

verkauft.

Einziges christliches Geschäft dieser Art am Platz.

Achten Sie auf die blauen Schilder.

Möbel

Fabrik Richard Fuhrmann

am Winterfeldt-Platz

Gleditschstraße 47/48

Tischlermeister

empfehlen komplette Wohnungseinrichtungen, von einfachsten bis zu den elegantesten, billigste Fabrikpreise. 1 Zimmer und Küche 295 M. Großes Lager in Herren- und Speisekammern. Nur den „Vorwärts“-Lesern gewähre bei Barzahlung 3 Prozent Rabatt. Langjährige Garantie. — Sonntags geöffnet von 8-10, 12-2 Uhr.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

10r die nächste Nummer werden in allen Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Harzbelegten Fabrik-

niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Wasserhoff. 41

Wardinghaus Große Frankfurter-

straße 9, parterre. Kein Laden. Wasserhoff. 17

Steppdecken billigst Fabrik Große

Frankfurterstraße 9, parterre 41

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00

mer Teilzahlung kann oder nachweil.

Sämtliche Systeme. Postkarte genügt.

Drucker, Frankfurter Allee 101,

Laden. 297084

Teppiche! (Fledermaus) in allen

Größen für die Hälfte des Wertes

im Teppichlager Brünn, Dadescher

Markt 4, Babudol Börse. 264111

Hygienische Bedarfsartikel, billige

Bezugsquelle. Versand nach außer-

halb. Frau Wieser, Berlin 18,

Grünemannstr. 31. 10217

Wandbildband Hermannplatz 6.

Wanderverlauf! Herrenanzüge, Win-

terpaletots sehr erträglich! Betten-

verkauf, Schlafdeckenverkauf, Uhrenverkauf,

Teppichverkauf, Gardinenverkauf. 458

Nähmaschinen kaufen Sie immer

30 Mark billiger, Woche 1 Mark, im

großen Nähmaschinen-Verkaufs-

geschäft E. Runge, Reichanker, Lange-

straße 95. 26348

Monatsanzüge und Winter-

paletots sowie Koppen von 5,00

Marken von 1,50, Gebrochene von

12,00, Frack von 2,50, sowie für for-

pulente Figuren. Neue Garderobe

zu namend billigen Preisen, aus

Glandelben verlassene Sachen kann

man am billigsten bei H. H. Kauf-

straße 11. 26396

Steppdecken Spottblind, Fabrik

Große Frankfurterstraße 60. 29438

Bilder, Spiegel ohne Verzählung,

Uhren, Steppdecken, Tischdecken, Por-

zellanen, Gardinen, Teppiche, Postker-

waren, Gasföten, Herren-Konfektion,

Teilzahlung von 0,50 pro Woche an,

lieferiert Weber, Brenzlauerstraße 49. *

Nähmaschinen. Gable hohe Ver-

gütung. Hauptlager aller Friseur-

Rohmann-Systeme. Grada, Rosen-

thalerstraße 19. 26665*

Gasofenverkauf!!! Extragroße

Gasparlörcher 11 2,00. Gasplättchen!

Gasbügelapparat! Schneiderei!

billig. Gaslöhren 14. Wohlfahrer,

Wohlfahrerstraße 32. 1518*

Industrie-Extrakte Spottblinder

Stühle gratis. Teppichhaus Emil

Rehore, Dranienstraße 158. 1138*

Reichgeflückte Portieren, Filzsch

3,75, Wolltücher 8,85, Filzsch 7,85,

ganze Dekorations. Inventur-

Räumungpreis. Teppichhaus Emil

Rehore, Dranienstraße 158. 1128*

Litauer Nähmaschinen ohne An-

zahlung, wöchentlich 1,00, gebraucht

12,00, Wienerstraße 1-6, Garfänger-

straße 67, Aderstraße 111. 26756

Kartoffeln Remter 3,00 bis 3,60

im Detail zu Engros-Preisen. Rig-

dorf, Steinmehlstraße 113, Berlin,

Stalhoferstraße 119. 458*

Neu. Horst. Wald- oder Land-

verlauf! 275 Mark. Brunnhöfer,

Berlin, Rollendochstraße 3. 468

Restauratoren besorgt Drauerel-

vertreter Einrichtung. Kaufhäuser,

Osterte Bierperle Postamt 22. 22688*

Wegen Umbau verlaufe jetzt Bett-

stellen mit Matrize 15,00, Filzsch

48,00, bunte Rüche 55,00, Kleider-

spindeln, Kurant, 38,00, ganze Ein-

richtungen Spottblind, Tischschmieg, nur

Brunnenstraße 30. 26806

Zigarren, Zigaretten, äußerst billig

für Wiederverkäufer in Fabriken usw.

Kontinental Offerten „Zigarre“ Post-

amt 59. 458

Geschäftsbüchlein, äußerst stabil,

50,00. Holz, Blumenstraße 36b. 445

Kanarienhähne aufgebaldet,

Schulze, Wilhelmshavenerstraße 16.

Damenhemden, Herzjassen, mit

gestickter Passe 1,25, Herrenschemen 1,30,

Beizbezug nebst zwei Kopfstücken 4,75.

Normalmöbels. Arbeiterhemden, so-

wie einzelne Reismuster Spottblind.

Wäscheabteil Salomonstraße, Dresden-

straße 21, Alexanderplatz. Sonntags

geöffnet. 242/3

Dringend. Wegen Aufgabe einer

ganzen Etage verlaufe Buchstilleber-

spind, Tischstühle 28 Mark, Aus-

sichtisch, Stühle 3, Kuchentische 12,

Säulentrumeau 36, Bettstelle mit

Matratze, Kommode, Waschtische 20,

Derrenschreibtisch 50, Kasseiolo,

Rüchschloß, Schloßloß 36, Küchen-

möbel, gefülltes Kuchbaumhöhl,

Anteilschein 50, Federbetten Stand

20. Nach Teilzahlung. Ballstraße 81 L.

Geschäftsverkäufe.

Gutgehendes Milch- und Kolonial-

warengeschäft billig zu verkaufen

Ober-Schönemünde, Reuleauxstraße 7.

Zeitungsgeschäft verläufiglich Kop-

penhagenstraße 42. 26808

Vollrath Co., Eilasserstraße 21,

verkauft Restaurant Deutsch-Wilmers-

dorf. Riete 1650, 30/2 Bahr., 6/2 Reich-

bier. Preis 3000. 16198

Vollrath Co., Eilasserstraße 21,

verkauft Schankgeschäft, Parteilokal

Riete 1500. Sonntag 50/2. Preis

3500. 16288

Vollrath Co., Eilasserstraße 21,

verkauft Papiergeschäft, Ofen, sichere

Erkennung, für 350 Mark inklusive

Wachsmaschine für Freipergoldung und

Prüganstalt. 16488

Modestgarderobe verkauft Spot-

tblind zu jedem annehmbaren Preis

Klaar, Wienerstraße 56a, Hof rechts

1 Treppe. 411

Kohlengeschäft billig verläufiglich

Kopenhagenerstraße 65, Laden. 474

Restaurations Rest zum Verkauf

Brangeststraße 108. Drauerer hilft.

Edelstahl, Jubiläums des Waff-

vereins, will verkaufen. Anfragen

Reckardstraße 2, Parteilpedition Rigdorf.

geöffnet. 242/3

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gütlicher-

straße 9a. 26588*

Verst die Mutterprache beherrschten!

Erfolgreichen, leicht fasslichen Unterricht

in Wort und Schrift der deutschen

Sprache erteilt Damen und Herren

(separat) auch abends ein tüchtiger

und gewissenhafter Privatlehrer. Die

Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-

richtsstunde wöchentlich genügt. Ge-

fällige Angebote sind unter G. 4 an

Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Wer ein Geschäft kaufen oder

verkaufen will, wende sich an Voll-

rath u. Co., Eilasserstraße 21, Amt 3a,

4375. 1458*

Rauhhöpferei von Frau Rosa

Charlottenburg, Goethestraße 84, I.*

Platina, Gold, Silber, Gefäße,

Reisgold, sowie sämtliche gold- und sil-

berhaltigen Abfälle kauft Edelmetall-

schmelze Köpenickerstraße 29. Tele-

phon IV, 6958. 10214*

Bücher kauft, beliebt Antiquariat

Kochstraße 58. 29408*

Wäsche wird sauber gewaschen,

gerollt, Latex, Leibwäsche, 4 Hand-

tücher 10 Pfennig, Abholung Montags.

Frau Buchwald, Köpenick, Stubbenrauch-

straße 5. 378*

Wer Stoff hat? Fertige Herren-

anzüge 15,00. Wagner, Schneider-

meister, Lichterbergerstraße 9.

Wesohlanstalt, Ammenstraße 29,

empfehle den Genossen. Robann

Brodsja. 26565*

Schöneberg. Freunden und

Parteiengenossen zur Kenntnis, daß

ich Brühlstraße 11 ein Zigarren-

geschäft übernommen habe. Bitte

bei Bedarf um geneigten Zutritt.

August Wänther, Zimmerer.

Sängerverein! Witimod frei

geworden. „Vereinshaus“, Invalden-

straße 146. 481

Aufpolsterung, Bettmatratze 4,00,

Sofa 5,00, auch auherm Hause.

Goßmann, Neue Königstraße 30.